

Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Enquête-Kommission "Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jedem Form von Diskriminierung"

6. Sitzung

12. September 2025

Beginn: 11.03 Uhr

Schluss: 16.52 Uhr

Vorsitz: Raed Saleh (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Raed Saleh: Mir wurde vorab mitgeteilt, dass Herr stellvertretender Sachverständiger Königsberg eine persönliche Erklärung abgeben möchte. Dafür möchte ich ihm das Wort erteilen. – Bitte schön!

Sigmund Königsberg: Herr Vorsitzender, vielen Dank! – Ich möchte sagen, dass ich auf der letzten Sitzung, bei der ich anwesend war, die Abgeordnete Frau Eralp persönlich angegriffen habe. – Das war unangemessen von mir, und deshalb möchte ich Sie deswegen um Entschuldigung bitten. – Dessen ungeachtet bleibt meine inhaltliche Kritik an der Linkspartei und deren Verhalten bezüglich Antisemitismus vollumfänglich bestehen. – Ich danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Königsberg, auch dafür, dass Sie diesbezüglich die Kollegin Eralp noch mal persönlich direkt angesprochen haben; auch ein Zeichen von Größe! Vielen Dank dafür!

Gibt es Anmerkungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann beginnen wir mit

Punkt 1 der Tagesordnung

Grundlagen von Antischwarzem Rassismus, Antiasiatischem Rassismus und Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze und Strategien dagegen

Hierzu: Anhörung

Bevor wir mit der Anhörung beginnen, möchte ich zunächst daran erinnern, dass wir bei der Aussprache, das heißt, den Fragen an die Anzuhörenden und Statements der Kommissionsmitglieder, vereinbart hatten, alternierend nach Koalitions- und Oppositionsfaktionen vorzugehen. Es beginnt daher die CDU, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke. Wir führen bis zu zwei Rederunden durch. In jeder Rederunde dürfen bis zu zwei Personen pro Fraktion sprechen. Für die erste Runde sollen jeweils zehn Minuten vorgesehen werden. Die Redezeit für eine mögliche weitere Rederunde ergibt sich aus der verbliebenen Zeit für den jeweiligen Tagesordnungspunkt gemäß dem Zeitplan, der Ihnen vom Kommissionsbüro vorab zugesandt wurde. Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls für den Tagesordnungspunkt 1 gewünscht ist? – Dann machen wir das so.

Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1. Wir begrüßen als Anzuhörende ganz herzlich Frau Dr. Kaneza, Leiterin des Büros für die Rechte von Menschen afrikanischer Herkunft; sie nimmt digital an der Sitzung teil – schön, dass Sie da sind! Vielen Dank dafür! –, Frau Dr. Suda, Humboldt-Universität zu Berlin – schön, dass Sie da sind! –, Frau Reinhardt, stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma; sie nimmt ebenfalls digital teil – schön, dass Sie da sind! Vielen Dank dafür! –, und Frau Privatdozentin Dr. Weiß, Humboldt-Universität zu Berlin. – Schön, dass Sie da sind! Vielen Dank dafür! – Sie sind darauf hingewiesen worden, dass die Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass eine Aufzeichnung auf der Webseite aufzurufen sein wird. – Ich darf feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. – Vielen Dank dafür!

Dann starten wir mit den Stellungnahmen. Ein interner Hinweis: Vorgabe an die Eingeladenen ist sieben Minuten. Das heißt, ich gebe dann vorsichtig einen Hinweis, wenn das in Richtung sieben Minuten geht. Die Stellungnahmen finden, wie gesagt, bei zwei Personen digital statt. – Wir fangen mit Frau Dr. Kaneza an. – Sie haben das Wort.

Dr. Elisabeth Kaneza (Büro für die Rechte von Menschen afrikanischer Herkunft) [zugeschaltet]: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung und grüße Sie und auch alle Teilnehmenden sowohl vor Ort als auch digital und auch meine anwesenden Kolleginnen. Ich darf zu den Grundlagen von anti-Schwarzem Rassismus sprechen. Hier ist mir ganz wichtig, zu Beginn zu sagen, dass ich mit der Ausgangslage von Kolonialrassismus beginne. Dabei handelt es sich um eine spezifische Form des Rassismus gegen afrikanische und Schwarze Menschen, die dadurch ausgedrückt wird, dass es eine Versklavung und Kolonialisierung von Afrikanerinnen und Afrikanern gab mit dem Ziel, sie zu unterdrücken und auszubeuten. Die Legitimierung dieses Rassismus wurde durch das Konstrukt von Schwarzen Menschen als einer minderwertigen und zu zivilisierenden Rasse begründet. Hautfarbe wurde als rassischer Marker für geringere intellektuelle Fähigkeiten festgelegt, und das führte auch zur Entmenschlichung von Schwarzen Menschen sowohl im Alltag als auch im Recht.

Der Bezug zu Deutschland und Berlin ist sehr relevant. Es gab eine deutsche Beteiligung am transatlantischen Sklavenhandel, und Deutschland war selber Kolonialmacht, nachdem es eine graduale deutsche Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent gab und auch wirtschaftliche Aktivitäten. – Ich werde mich auf den afrikanischen Kontinent beziehen, die Kolleginnen werden sicher auch zu den anderen Formen des Kolonialrassismus sprechen. – Es gab dann auf dem afrikanischen Kontinent eine formale Kolonialisierung durch die Afrikakonferenz in Berlin, die 1884 bis 1885 stattfand.

Die Kontinuitäten des Kolonialrassismus haben sich auch auf den deutschen Kontext bezogen. Wir haben eine strukturelle Diskriminierung von Kindern von afrikanischen Kolonialsoldatinnen und auch deutschen Frauen nach dem Ersten Weltkrieg gehabt. Es gab eine Verfolgung und einen Völkermord im sogenannten Dritten Reich. Das ist eine oft nicht dokumentierte Geschichte Schwarzer Menschen in Deutschland. Es kam zu Zwangsarbeit und Ermordung in Konzentrationslagern, und es gab eine kollektive Sterilisierung von Schwarzen Menschen während der NS-Zeit. Nach dem Krieg gab es Zwangsaufnahmen von afrodeutschen Kindern in der Bundesrepublik, und es kam zur Segregation von schwarzen Vertragsarbeiterinnen aus Mosambik, Angola und Kuba in der DDR. Auch heute hält die Diskriminierung an, strukturelle Formen der Diskriminierung auch durch Verwaltung sind Racial Profiling und auch Polizeibrutalität. Wir haben auch Diskriminierung in anderen Sektoren wie Gesundheit, Wohnungsmarkt, Arbeitsbereich, aber auch Bildung.

Ich möchte nun die Erklärung von Durban zitieren, die genau diesen historischen Bezug mit den gegenwärtigen Kontinuitäten aufzeigt, und zwar hat die Erklärung von Durban von 2001 in § 14 festgehalten – das sind die Staaten, die das gesagt haben –:

„Wir anerkennen, dass der Kolonialismus zu Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz geführt hat und dass Afrikanerinnen und Afrikaner, Menschen afrikanischer Abstammung, Menschen asiatischer Abstammung sowie indigene Völker Opfer des Kolonialismus waren und nach wie vor Opfer ihrer Folgen sind. Wir anerkennen das Leid, das durch den Kolonialismus verursacht wurde, und erklären, dass der Kolonialismus, wo und wann immer er aufgetreten ist, verurteilt und sein erneutes Auftreten verhindert werden muss. Wir bedauern ferner, dass die Auswirkungen und das Fortbestehen dieser Strukturen und Praktiken zu den heute in vielen Teilen der Welt fortdauernden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten beigetragen haben.“

Ich möchte nun auf die Definition der strukturellen Diskriminierung in § 4 Nummer 20 der Allgemeinen Politikempfehlung Nr. 2 der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz hinweisen, nämlich:

„Strukturelle Diskriminierung bezieht sich auf Vorschriften, Normen, Routinen, Verhaltens- und Einstellungsmuster in Institutionen und anderen gesellschaftlichen Strukturen, die, bewusst oder unbewusst, Hürden für Gruppen oder Einzelpersonen darstellen, die gleichen Rechte und Chancen wie andere wahrzunehmen, und die für sie zu ungünstigeren Ergebnissen als für die Mehrheit der Bevölkerung beitragen.“

Schwarze Menschen und Menschen afrikanischer Herkunft sind Opfer von struktureller Diskriminierung in Deutschland und auch in Berlin, und sie erfahren auch institutionellen Rassismus. Hier möchte ich die Definition des Macpherson-Reports zitieren:

„.... das kollektive Versagen einer Organisation, angemessene und professionelle Dienstleistungen für Personen wegen ihrer Hautfarbe, Kultur oder ethnischen Herkunft anzubieten.“

Ich komme nun zur UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft, weil sie vonseiten der UN einen internationalen Rahmen dafür schafft, wie wir auf die historischen Bezüge eingehen können und gleichzeitig andauernde Diskriminierungen gegen Menschen afrikanischer Herkunft bekämpfen können. Die UN-Dekade wurde 2015 lanciert, und sie wurde für zehn Jahre festgelegt. Dieses Jahr hat die zweite UN-Dekade begonnen; die UN-Dekade wurde von der UN zum zweiten Mal eröffnet. Sie hat die Schwerpunkte Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung. Unter Anerkennung stehen die Sichtbarkeit für die Historie und den gesellschaftlichen Beitrag von Menschen afrikanischer Herkunft, die Anerkennung der historischen Menschenrechtsverbrechen sowie der Kontinuitäten von Rassismus und Diskriminierung und die Anerkennung ihrer Menschenrechte. Unter Gerechtigkeit fallen die Themen Gleichheit vor dem Gesetz, Prüfung der Gesetzgebung und Rechtspraxis nach diskriminierender Wirkung und unter Entwicklung die Bekämpfung von Diskriminierung, insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Wohnraum.

Ich komme nun zu meinen Empfehlungen. Ich empfehle dem Senat eine Senatsstrategie für anti-Schwarzen Rassismus, eine Berliner Gesamtstrategie für Antirassismus und Gleichberechtigung, die Harmonisierung der Maßnahmen für verschiedene Diskriminierungsformen mit einem Fokus auf Intersektionalität, eine Beauftragtenperson für anti-Schwarzen Rassismus und die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft und die Umsetzung der zweiten UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft. Berlin ist das erste Bundesland, das die UN-Dekade umgesetzt hat. Leider fehlen weitere Schritte für die Umsetzung der zweiten UN-Dekade. Hier muss daher nachgelegt werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Dr. Kaneza, für Ihren Beitrag und auch für Ihre Empfehlungen in Richtung der Politik! – Wir machen weiter mit Frau Dr. Suda. – Sie haben das Wort.

Dr. Kimiko Suda (Humboldt-Universität zu Berlin): Vielen Dank für die Einladung! – Die Einwohnerregisterstatistik zu Berlin vom 30. Juni 2025 gibt an, dass 26,4 Prozent der Berlinerinnen und Berliner mit ausländischem Pass aus Asien kommen. Das sind mehr als 250 000 Personen. Hinzu kommen natürlich auch noch die zweite, dritte und vierte Generation mit deutschem Pass. Das sind alles Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt, die potenziell von antiasiatischem Rassismus, zum Teil auch in der Überschneidung mit antimuslimischem Rassismus, betroffen sein könnten.

Die wissenschaftliche Datenlage zu dieser spezifischen Form von Rassismus ist sehr unzureichend. Es müssten dringend mehr Daten quantitativ und qualitativ erhoben werden, um einen besseren Überblick zur Beschaffenheit und zum Ausmaß des Phänomens zu schaffen. Gleichzeitig ist natürlich zu erwähnen, dass bereits mindestens seit den Achtzigerjahren Filme, wissenschaftliche, literarische, essayistische, journalistische und künstlerische Arbeiten

zur rassistischen Gewalt gegenüber Menschen asiatischer Herkunft bestehen. Es sei natürlich auch erwähnt, dass sich europäische rassistische Narrative im Kontext von antiasiatischem Rassismus bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgen lassen und insbesondere ab dem 19. Jahrhundert in der Biologie, der Anthropologie und der Medizin zu finden sind.

Zurück zur Frage der Daten. Hier einige Ergebnisse einer Kurzstudie, die als Kooperationsprojekt von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der HU Berlin, der FU Berlin und dem DeZIM-Institut während der Pandemie 2020 durchgeführt wurde – ich war auch beteiligt –: Von 703 Teilnehmenden eines Onlineservices, in dem Personen asiatisch-diasporischer Communitys befragt wurden, gaben 55 Prozent, also knapp die Hälfte, an, im ersten Jahr der Coronapandemie Rassismus erfahren zu haben. 75 Prozent der Befragten, die hier Rassismus erfuhrten, erlebten rassistische Diskriminierung nonverbaler Art, beispielsweise hasserfülltes Anstarren, Gemiedenwerden in der U-Bahn, abwehrende Gesten im Supermarkt und auf dem Gehweg. 62 Prozent erlebten verbale Diskriminierung, beispielsweise: Geh zurück nach China, du Schlampe! –, oder: Euch sollte man in den Kopf schießen! – 11 Prozent erlebten physische Gewalt, beispielsweise wurden Studienteilnehmende bespuckt und geschubst. Am häufigsten wurden die Befragten im öffentlichen Raum von ihnen zuvor unbekannten Personen abgewertet und angegriffen. 52 Prozent gaben als Ort die Straße an, 51 Prozent den öffentlichen Nahverkehr und 31 Prozent Geschäfte.

Aus einer 14-tägigen Tagebuchstudie, auch Teil der besagten Kurzstudie mit Personen der asiatischen Diaspora, mit 80 Teilnehmenden ließ sich entnehmen, dass alltägliche Rassismuserfahrungen über den Kontext der gesellschaftlichen Zäsur der Pandemie hinausgehen. Beispielsweise wurden folgende wiederkehrende Erfahrungen erwähnt: Kinder und Erwachsene werden für ihre Augenform, für ihr Essen und durch das Nachahmen asiatischer Sprachen gehänselt und beleidigt. Jugendliche trauen sich nicht in Jugendeinrichtungen, fahren nicht gerne mit den Verkehrsmitteln, weil sie angepöbelt und angegriffen werden. Racial Profiling durch den Bundesgrenzschutz wird insbesondere an Bahnhöfen, in Zügen und in Fernbussen erlebt. Asiatische Frauen werden im öffentlichen Raum und im Internet regelmäßig sexuell belästigt in der Verschränkung mit rassistischer Diskriminierung. Aus einer Teilstudie zu einem Jobcenter in Berlin im Rahmen des Verbundprojekts „Institutionen & Rassismus“, die ich 2023 durchgeführt habe, lässt sich vorläufig die Schlussfolgerung ziehen, dass im Behördenalltag regelmäßig rassistische Zuschreibungen zu vietnamesischen und vietdeutschen Berlinerinnen und Berlinern gemacht werden. Ich wollte auch noch gern erwähnen, dass der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor am DeZIM in unterschiedlichem Ausmaß auch immer wieder Daten zu antiasiatischem Rassismus erhebt und dadurch zum Teil auch Langzeitanalysen erlaubt.

Was lässt sich positiv für die Gegenwart anmerken? – Antiasiatischer Rassismus wird inzwischen in der jährlichen Berichterstattung der Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus – wenn auch nur in minimaler Form – erwähnt. Antiasiatischer Rassismus ist auch im Begriff, vom Aktionsplan gegen Rassismus der Europäischen Union aufgenommen zu werden. Es ist also an der Zeit, dass auch auf der Berliner Ebene diese spezifische Form von Rassismus zukünftig in relevanten Programmen und Maßnahmen mit berücksichtigt wird.

Was wird also benötigt, um antiasiatischen Rassismus in Berlin besser bekämpfen zu können? – Hier einige Beispiele: Es braucht finanzielle Ressourcen für empirische Forschungen, beispielsweise aus der Perspektive der südasiatischen, muslimischen und Sikh-Communitys so-

wie zu genderspezifischen Ausprägungen. Die Erfahrungen der aus Asien neu angeworbenen Arbeitskräfte sollten wissenschaftlich begleitet werden, um strukturelle Diskriminierungen der Vergangenheit zu vermeiden. Beispielsweise ging es um das Pflegepersonal, das aktuell aus den Philippinen, aus Vietnam und aus der VR China angeworben wird. Um institutionellen Rassismus besser erforschen zu können, muss der Zugang zu den Institutionen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler grundsätzlich gewährleistet werden. Aktuell hängt der Zugang zu sehr vom individuellen Ermessensspielraum der jeweiligen Leitung eines Hauses und des jeweiligen Betriebsrats ab. Weiterbildungen zu diversen Formen von Rassismus sollten verpflichtend für Mitarbeitende der Berliner Verwaltung eingeführt und klare intern verankerte und extern überprüfbare Regeln für den Umgang mit institutionellem Rassismus vorgegeben werden, damit Dinge nicht intern überdeckt oder verschleppt werden.

Außerdem braucht es finanzielle Ressourcen für postmigrantische Selbstorganisationen, die grundlegende antirassistische Arbeit in der Stadt leisten, denn ohne diese Organisationen und deren Wissen, Netzwerke und Outreach kann auch nicht zu Rassismus geforscht werden; die Aufnahme der Geschichte der Einwanderung aus Asien und die Geschichte des deutschen Kolonialismus im Asien-Pazifik-Raum in das reguläre Curriculum öffentlicher Institutionen mit Bildungsauftrag; die Aufarbeitung und offizielle Anerkennung rassistischer Morde im Kontext von antiasiatischem Rassismus, insbesondere in der Kolonialzeit und der Nachwendezeit; eine öffentliche und eindeutige Positionierung für eine Migrationsgesellschaft und gegen das Remigrationsnarrativ, um einer gesellschaftlichen Atmosphäre aktiv entgegenzuwirken, in der rassistische Gewalt gegen eingewanderte Menschen und deren Nachkommen im aktuellen öffentlichen Diskurs oftmals legitimiert zu werden scheint.

Ich wünsche mir ein klares Bekenntnis von der Berliner Regierung, zukünftig die Bekämpfung von antiasiatischem Rassismus in ihrer Antidiskriminierungsarbeit mit zu berücksichtigen. Das wäre ein wichtiges Signal dahingehend, dass Menschen asiatischer Herkunft den Respekt und die Wertschätzung in Berlin erfahren, die in einer Migrationsgesellschaft für alle selbstverständlich sein sollten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Dr. Suda, für Ihren Beitrag und für Ihren Input! – Dann machen wir jetzt weiter mit Frau Reinhardt, die uns zugeschaltet ist. – Sie haben das Wort.

Dotschy Reinhardt (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Schönen guten Tag allerseits! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! – Ich versuche auch, mich so an den sieben Minuten zu orientieren wie die Vorrednerinnen. Das war ja meisterhaft, und ich bin jetzt natürlich umso ehrgeiziger, das auch zu schaffen. – Ich darf Ihnen im Namen des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma für die Einladung zur Anhörung der Enquete-Kommission sehr danken.

Ich beginne mit einem geschichtlichen Abriss über das Leben der deutschen Sinti und Roma. Während die Shoah von 6 Millionen Juden bereits nach Kriegsende anerkannt wurde, sollte der Holocaust an 500 000 Sinti und Roma noch Jahrzehntelang geleugnet und erst 1982 offiziell anerkannt werden. Bis dahin gingen behördliche Schikanen und ein paternalistischer, rassistischer Antiziganismus mit der fehlenden Anerkennung des erlittenen Unrechts für Sinti und Roma einher. So sahen sich Überlebende und deren Angehörige oft ihren ehemaligen NS-Peinigern ausgeliefert, die nach Kriegsende wichtige Positionen in Behörden und Justiz inne-

hatten. In einer Täter-Opfer-Umkehr wies man Entschädigungsanträge der Überlebenden mit rassistischer Argumentation zurück und konnte sich über diesen Weg selbst als ehemaliger NS-Täter rehabilitieren, indem man die Minderheit kriminalisierte und stigmatisierte. Erneut wurde aus antiziganistischen, rassistischen Gründen willkürliche Entscheidungsgewalt gegen die deutschen Sinti und Roma ausgeübt. Dieses institutionalisierte Unrecht prägte das antiziganistische Bild von Sinti und Roma in der Mehrheitsbevölkerung maßgeblich. Es ist bis heute wirkungsmächtig und schürt Hass gegen Sinti und Roma, weshalb sich viele aus der Minderheit nicht zu ihrer Herkunft bekennen.

Die Kontinuität nationalsozialistischer Ideologie und Verfolgungspraxis innerhalb des deutschen Behörden- und Justizapparats wird in einem Urteil des Bundesgerichtshofs von 1956 besonders deutlich. Die Richter behaupteten, dass – Zitat – nicht „rassenideologische Gesichtspunkte“ für die Verfolgung der Sinti und Roma verantwortlich waren, sondern die „asozialen Eigenschaften der Zigeuner“. Diese Rechtsprechung prägte nicht nur die Entschädigungspraxis für die überlebenden Sinti und Roma und schloss viele von Wiedergutmachungsleistungen aus, sondern stützte auch die Rechtfertigungsstrategien der vormaligen Täterinnen und Täter aus dem SS- und Polizeiapparat.

Erst mit der politischen Selbstorganisation der Betroffenen und der Gründung der Bürgerrechtsbewegung des heutigen Zentralrats, die seit Ende der Siebzigerjahre durch öffentliche Veranstaltungen auf ihre Anliegen aufmerksam machte, wurde ein Wandel eingeleitet. Träger dieser Emanzipationsbewegung waren die Kinder der Opfergeneration, die im Schatten von Auschwitz aufgewachsen waren.

Eine wichtige Station in der Bürgerrechtsarbeit markierte der an Ostern 1980 in der Gedenkstätte Dachau durchgeführte Hungerstreik, über den in den Medien bis in die USA sehr ausführlich berichtet wurde. Adressat dieser Aktion war das bayerische Innenministerium. Dabei ging es insbesondere um die Methoden der rassistischen Sondererfassung von Sinti und Roma bei Justiz- und Polizeibehörden auf Grundlage der alten Aktenbestände aus der Nazizeit und teilweise mit dem damaligen SS-Personal. Zudem wurde die Anerkennung des Holocaust an den Sinti und Roma gefordert. Zwei Jahre später, im März 1982, erfolgte die offizielle Anerkennung des Völkermords an den Sinti und Roma aus Gründen der sogenannten Rasse durch den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt.

In vielen Bundesländern entstanden zu dieser Zeit Landesbüros. 1982 gründeten diese regionalen Verbände eine neue Dachorganisation, den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma mit Sitz in Heidelberg. Seither vertritt der Zentralrat auf nationaler wie auf internationaler Ebene die Interessen der in Deutschland lebenden Sinti und Roma und kann bis heute auf die Durchsetzung wichtiger politischer Forderungen verweisen, wie etwa die Errichtung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas, die Einrichtung der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, den Entschließungsantrag zur Umsetzung der UK-Empfehlungen und den Aufbau der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus, um nur einiges zu nennen.

Am 10. September 1997 hat die Bundesrepublik Deutschland die Europäische Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert. Damit verpflichten sich die Bundesregierung und die Länderregierungen, die hier lebenden autochthonen Minderheiten vor Diskriminierung zu schützen, ihre Sprache zu bewahren und ihnen die Grundrechte wie Ver-

sammlungs- und Religionsfreiheit zu gewähren. Wir deutschen Sinti und Roma sind seit 1997 eine anerkannte nationale Minderheit neben den Dänen, Friesen und Sorben. Es ist wichtig zu betonen, dass der Staat seine Verantwortung erkennt und Maßnahmen zur Bekämpfung des virulenten Antiziganismus ergreift. Trotz positiver Entwicklungen sind wir sehr besorgt über das Anwachsen eines neuen Rechtsextremismus, Nationalismus und Antisemitismus in unserem Land, der sich wieder mit Gewalt gegen unsere Minderheit und andere Minderheiten richtet. Als Beispiel verweise ich hier auf die Amokläufe in München 2016 mit drei Toten und in Hanau 2020 ebenfalls mit drei Toten aus unserer Minderheit. Die 2021 ins Leben gerufene Melde- und Informationsstelle Antiziganismus – MIA – hat am 23. Juni 2025 eine Steigerung der gemeldeten antiziganistischen Vorfälle, darunter auch Fälle von Gewalt, von 1 233 im Jahr 2023 auf 1 681 im Jahr 2024 festgestellt. Das macht uns Angst.

Der Antiziganismus war in unserer 600-jährigen deutschen Geschichte die Grundlage für Verfolgung, Ausgrenzung und Progrome. Die Nationalsozialisten haben den tief verwurzelten Antiziganismus zu einer Rassenideologie geformt, der zur Rechtfertigung der Ermordung von einer halben Million Sinti und Roma im NS-besetzten Europa diente. Ich erinnere heute daran, dass vor 90 Jahren, 1935, Hitlers Innenminister Frick gegenüber der NS-Presse anordnete, dass bei Berichten über Juden deren Abstammung hervorzuheben ist. Diese ständige Hetze in der NS-Presse war für die menschenverachtenden Maßnahmen gegen Juden wie auch gegenüber Sinti und Roma eine wichtige Voraussetzung für spätere Deportationen in die KZs.

Medien haben eine hohe Verantwortung, da sie die öffentliche Meinung nicht nur abbilden, sondern bilden. Die Medien haben als vierte Gewalt eine Verantwortung für die Kontrolle unseres Rechtsstaats. Wir fühlen uns als deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen dadurch ausgegrenzt und bedroht, wenn einzelne Angehörige unserer Minderheit bei Beschuldigungen in den Medien auf ihre Abstammung reduziert werden. Strafbare Handlungen müssen in einem Rechtsstaat ohne Ansehen der Person verfolgt und bestraft werden. Diese Praxis einer rassistischen Etikettierung, die bewusst die Staatsbürgerschaft ignoriert und stattdessen den Vorwurf an der Abstammung festmacht, bildet die Munition für Gewalt von Rechtsextremisten und Nationalisten und dient wieder der Propagierung von Hass gegenüber unserer Minderheit. Die praktizierte Minderheitenkennzeichnung durch Behörden wie Polizei und Justiz, die bei der Pressemitteilung gegenüber Angehörigen aus der Minderheit die Beschuldigung zum Merkmal der Abstammung hervorhebt, ignoriert bewusst die Staatsangehörigkeit der deutschen Sinti und Roma. Wir sehen dies vor dem Hintergrund unserer Erfahrung im NS-Staat mit großer Besorgnis. – Die Empfehlungen ergeben sich aus dem Vortrag. Es ist viel zu tun. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Reinhardt, für Ihren Input und für Ihre Worte, auch an uns, an die Politik gerichtet! – Als Nächste ist jetzt Frau Dr. Weiß dran. – Sie haben das Wort.

Dr. Jane Weiß (Humboldt-Universität zu Berlin): Guten Tag! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Runde! Vielen Dank für die Einladung! Auch vielen Dank an meine Vorednerinnen für Ihre Beiträge! Ich fühle mich geehrt, in dieser Reihe jetzt weitersprechen zu dürfen. Ich mache so ein bisschen didaktisch kurz eine Struktur: Ich versuche, die Ergebnisse der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, die Dotschy Reinhardt ja auch erwähnt hat, kurz darzulegen, dann auf die zentralen Forderungen der UKA einzugehen, und stelle dann Fragen an die Berliner Politik. Ich war selbst auch Mitglied der Kommission.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zu den Ergebnissen: Es gibt drei zentrale Ergebnisse unserer zweijährigen Arbeit. Zum einen: Antiziganismus beziehungsweise Rassismus gegen Sintizze, Sinti, Romnja und Roma ist ein strukturell angelegtes, vielschichtiges Gewalt- und Unrechtsverhältnis langer Dauer. Wir haben das auch in dem Vortrag von Dotschy Reinhardt gut gehört; ich werde das jetzt nicht weiter ausführen. Wichtig ist vielleicht noch mal zu betonen, dass auch der Kern vielfach gleich geblieben ist und dass insbesondere auch diese historische Tiefendimension aber auch wie bei anderen Formen von Rassismus dazu führt, dass es enorme Wirksamkeit bis heute gibt, wir also bestimmte Motive oder bestimmte Handlungsweisen immer wiederfinden.

Das Zweite ist – darauf ist ja Dotschy Reinhardt auch ausführlich eingegangen, deswegen hier nur kurz –: Ein Roter Faden des Berichts, der sich während der Arbeit ergeben hat, sind eben diese Auswirkungen des NS-Völkermords für Sintizze, Sinti, Romnja und Roma in Deutschland, also diese Leugnung, die Schuldumkehr und dieses – so benennen wir es im Bericht – behördlich-politische hermetische Schweige- und Entlastungskartell im Zentrum des Staatsapparats. Das war also die Situation nach 1945 für viele Jahrzehnte: keine Verurteilung von Täterinnen und Tätern, im Gegenteil konnten diese ihre Karrieren weiterführen, die Sondererfassungen bis heute – hat auch Dotschy Reinhardt erwähnt – sowie gesellschaftliche Segregation und Exklusion.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das dritte zentrale Ergebnis ist, dass die Rassismuserfahrungen der Communitys im öffentlichen Raum kaum präsent sind. Das hat sich tatsächlich seit Ende der Kommission mit Einrichtung der Meldestellen ein Stück weit verbessert, würde ich sagen, aber das ist immer noch nicht ausreichend. Es gibt nach wie vor wenige valide rassismuskritische sowie wissenschafts- und forschungsethisch grundierte Studien, obwohl auch Wissenschaft, gerade im NS, einen großen Anteil an Verfolgungspraktiken und deren Legitimierung hatte. Auch die Tätigkeiten der Zivilgesellschaft, der NGOs sowie deren Arbeitsbedingungen, die auch von Barrieren geprägt sind, wie wir ja auch schon vielfach gehört haben, sind kaum bekannt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann die zentralen Forderungen: Es gibt erstens die Schaffung eines unabhängigen Amtes, das wurde umgesetzt, und auch die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission – bei beiden geht es darum, die Empfehlungen aus dem Kommissionsbericht auch umzusetzen und auch unabhängige Ansprechstellen zu haben für die Belange der Communitys –, drittens die umfassende Anerkennung und Entschädigung für Überlebende und deren Folgegenerationen – die Notwendigkeit dessen hat der vorige Vortrag sehr anschaulich dargelegt –, viertens ganz konkret die Einrichtung einer Kommission zur Aufarbeitung dieses Unrechts nach 1945, fünftens die Anerkennung geflüchteter Romnja und Roma als besonders schutzwürdige Gruppe – hier geht es darum, dass Deutschland an sich auch in einer historischen Verantwortungsübernahme steht und hierbei eine besondere Sensibilität walten lassen müsste – und sechstens die Umsetzung und Verfestigung von Partizipationsstrukturen. All diese Punkte finden sich dann auch in den Fragen an die Berliner Politik wieder.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Nur noch mal drei übergreifende Handlungsempfehlungen vorweg: Die Maxime, die eine übergreifende Handlungsmaxime sein sollte, ist „nothing about us without us“, also das Thema der Partizipation. Dann, zweitens: Wir brauchen rassismuskritische, auf communitybasierten forschungsethischen Standards beruhende Wissenschaft und Forschung und nicht das Gegen teil davon, und drittens die Einrichtung von Interventionsoptionen bei rassistischer Diskriminierung und den Ausbau von Diskriminierungsschutz.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zu den ersten beiden Forderungen und meinen Fragen an die Berliner Politik: Darin geht es um die Berufung des Beauftragten oder der Beauftragten und das Einsetzen der Bund-Länder-Kommission. In Berlin gibt es nun mal eine Ansprechperson in der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung. Meine Fragen dazu: Warum gibt es nicht, analog zu der Bundesbeauftragtenstelle, eine unabhängige Stelle, sondern eben die Einbindung in die Behörde? Wieso ist die Ansprechperson keine Person aus der Community? Wieso war bei der Berufung beziehungsweise der Einstellung der Person der Beirat für die Angelegenheiten von Romnja, Roma, Sintizze und Sinti nicht eingebunden, soweit ich weiß? Dann generell die Frage: Welche Aufgaben nimmt Berlin in der Bund-Länder-Kommission zu Antiziganismus wahr, beziehungsweise welche Themen werden dort eingebracht?

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zu den Forderungen drei und vier der UKA, Anerkennung, Entschädigung, Thematik der zweiten Verfolgung: Sind hierzu Maßnahmen und Schritte geplant? Werden zum Beispiel die zuständigen Behörden auf den Grundsatz einer Kollektivverfolgung von Sintizze, Sinti, Romnja und Roma für den Zeitraum vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 hingewiesen? Gibt es ein Augenmerk auf die beziehungsweise eine Sensibilisierung bezüglich der Folgegenerationen nach dem NS-Völkermord, vor allem der zweiten Generation? Setzt sich Berlin für die Einrichtung einer Kommission zur Aufarbeitung des nach 1945 verübten Unrechts auf Bundesebene ein?

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zur fünften Forderung, die Anerkennung von Romnja und Roma als besonders schutzwürdig und Bleiberecht für geflüchtete Romnja und Roma: Welches Bewusstsein gibt es in der Berliner Politik für die historische Verantwortung gegenüber den Romnja und Roma Europas, die bis heute aufgrund andauernder Unrechtsverhältnisse aus ihren Ländern flüchten müssen? Werden in den Asylverfahren kumulative Fluchtgründe anerkannt? Gibt es Bestrebungen, die sogenannten Kettenduldungen, die aufgrund der damit verbundenen Perspektivlosigkeit Biografien massiv beeinträchtigen, zu beenden? Und, hier spreche ich noch mal ausdrücklich als Bildungsforscherin, dasselbe gilt auch für Abschiebungen zum Beispiel von in Deutschland aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die sechste Forderung der UKA, nämlich nach Partizipation; hier meine Fragen an die Berliner Politik: Wie stellt die Berliner Politik sicher, dass die politische, soziale und kulturelle Partizipation von Romnja, Roma, Sintizze und Sinti in Berlin gewährleistet ist? Im politischen

Bereich: Wird zum Beispiel der Beirat in alle Vorgänge, die Sintizze, Sinti, Romnja und Roma in Berlin betreffen, eingebunden? Welche Entscheidungsbefugnisse hat er? Wie werden die Einhaltung und der Schutz von Minderheitenrechten sichergestellt? Dotschy Reinhardt hat darauf auch hingewiesen. Im sozialen Bereich: Was wird getan, um gleichberechtigte Teilhabe sicherzustellen und gezielt gegen Diskriminierung vorzugehen? Ich denke hier zum Beispiel an den Schulbereich. Schulen sind nach wie vor für die Communitys, also für die Kinder, keine sicheren Orte. Dazu habe ich auch selbst geforscht. Und der letzte Punkt, kulturell: Welche Formen der Kulturförderung gibt es von und für Sintizze, Sinti, Romnja und Roma in der Stadt? –, wie zum Beispiel: Gibt es Communityräume, die Austausch ermöglichen, ein Theater, Förderung von Vereinen, also eine breite und diverse Förderung von Vereinen et cetera? – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Dr. Weiß, für Ihren Input! – Dann kommen wir nun zu den Fragen der Kommissionsmitglieder in der Reihenfolge CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke. Interner Hinweis: Die Vorgabe ist zehn Minuten pro Fraktion, bis zu zwei Personen. – Ich würde sagen, wir fangen jetzt an. – Herr Stettner, wer macht das bei Ihnen?

Dirk Stettner (CDU): Herr Prof. Lehnstaedt.

Vorsitzender Raed Saleh: Gerne! Wird es in zwei Teile aufgeteilt?

Dirk Stettner (CDU): Ja.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay! – Dann haben Sie das Wort.

Dr. Stephan Lehnstaedt: Ganz herzlichen Dank für die wirklich hochinteressanten Vorträge! – Meine Frage richtet sich an Frau Reinhardt. Sie haben ja ausführlich darauf hingewiesen, wie die deutsche Gesellschaft nach 1945, nach dem Genozid an den Sinti und Roma, weiter die Diskriminierung – man muss ja fast schon sagen – gepflegt hat und wie man die Anerkennung verweigert hat. Sie haben auf das Skandalurteil des BGH von 1956 hingewiesen. Es war ja leider auch nicht das letzte Skandalurteil. Wir haben 1961 ein Urteil vom Oberlandesgericht München, das erklärt, die Deportation von Roma nach Auschwitz sei nur eine ordnungspolitische Maßnahme gewesen, aber keine rassistische Verfolgung. Das ist jetzt gute 60 Jahre her, wie gesagt, es ist die Bundesrepublik. Wir haben Dinge wie die verweigerte Beschäftigung auch mit Wiedergutmachung, weil man den Deportierten – den wenigen, die Auschwitz überlebt haben – erklärt hat: Ihr seid ja gar keine Deutschen. Wie wollt ihr Anträge stellen? – Warum sind die keine Deutschen? – Na ja, weil die Nazis ihnen mit der Deportation die Staatsbürgerschaft entzogen haben. Deswegen waren sie dann staatenlos. Und die Bundesrepublik hat dann erklärt: Deswegen seid ihr keine Deutschen mehr.

Es ist eine wirklich beschämende Tradition, und mir scheint tatsächlich, dass wir bis heute Probleme mit der Anerkennung haben. Ich möchte daran erinnern, dass wir – ich glaube, es war letztes oder vorletztes Jahr – hier in Berlin die Debatte um die Nord-Süd-Trasse der S-Bahn hatten, die unter dem Reichstag langgehen soll, wo ernsthaft debattiert wurde, ob man da nicht mal eben das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma verlegen, abtragen, was auch immer, wegtun kann. Wir können uns alle mal fragen, ob irgendjemand auf diese Idee gekommen wäre, wenn es um das Holocaust-Mahnmal gegangen wäre.

Vor diesem Hintergrund meine Frage an Sie: Wie sehen Sie die Vermittlung von historischem Wissen einerseits über die zweite Verfolgung, andererseits natürlich auch über die erste Verfolgung? Wie sehen Sie das Wissen in Deutschland, wie sehen Sie die momentan erfolgende Vermittlung, und welchen Nachholbedarf haben wir da in Schulen, in der Gesellschaft, in Gedenkstätten, um das Wissen auch tatsächlich zu vermitteln? Wir haben 22 600 Sinti und Roma, die nach Auschwitz deportiert werden. Wir haben 20 000, die nach Łódź deportiert und im Vernichtungslager Kulmhof ermordet werden. Es sind riesige Zahlen. Ich werde mit Ihnen nicht einig über die Gesamtzahl. Wir Historiker wissen von, haben Belege, Fakten für 200 000 ermordete Sinti und Roma – schlimm genug, ein Genozid, ganz furchtbar –; auf 500 000 werden Sie, glaube ich, die Historiker nicht festlegen können. Aber ungeachtet dessen: Wir haben, wie ich finde, große Lücken, aber vielleicht sehen Sie es anders, und vor allem würde mich interessieren: Was müssen wir tun, damit wir diese Lücken tatsächlich schließen können? – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Wir sammeln erst mal die Beiträge aus den Fraktionen und kommen danach zur Beantwortungsrunde, Frau Reinhardt, okay? – Vielen Dank! – Herr Stettner, wer ist der Zweite bei Ihnen?

Dirk Stettner (CDU): Herr Königsberg.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Königsberg, Sie haben das Wort.

Sigmund Königsberg: Vielen Dank für die Vorträge! – Ich habe an Frau Dr. Kaneza und Frau Dr. Suda folgende Fragen: Gibt es in Berlin spezifische Meldestellen zu Rassismus gegen Asiatinnen und Asiaten oder gegen Schwarze oder nur die allgemeinen Meldestellen? Werden die Betroffenen angemessen gehört? Wie ist es bezüglich des Dunkelfelds? Gibt es schon zumindest empirische Ansätze, wie groß das Dunkelfeld ist? Damit meine ich: Wie viele Menschen, die eigentlich betroffen sind, melden Vorfälle überhaupt nicht? Ich weiß aus der Antisemitismusforschung, dass 80 Prozent der Vorfälle gar nicht gemeldet werden, nur so als Background. Die Frage nach dem Dunkelfeld würde ich gerne auch an Frau Dr. Weiß und Frau Reinhardt bezüglich der MIA richten. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Dann wären wir jetzt bei Ihnen, Herr Walter. Wer spricht für Sie? – [Zuruf von Sebastian Walter (GRÜNE)] – Bitte schön!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Von mir auch vielen Dank an alle Anzuhörenden für Ihre Statements! – Das vielleicht als Erstes: Meine Frage an Sie alle wäre, wenn Sie noch konkret Input haben oder auch Forderungen an die Berliner Landespolitik – Sie hatten ja wenig Zeit zum Ausführen –, dann würde ich Ihnen gern mit meiner Frage die Möglichkeit geben wollen, darauf noch mal einzugehen, was Sie konkret an uns alle richten, die hier sitzen, was Forderungen für die Landesebene angeht.

Ich möchte kurz eingangs sagen: Ich bin sehr dankbar für die heutige Sitzung, weil wir uns hier mit Diskriminierungs- und Rassismusbereichen beschäftigen, die im politischen Feld bislang viel zu wenig Aufmerksamkeit bekommen haben, und wo ich ehrlicherweise auch sagen muss: Ich weiß nicht, ob es zu groß ist, da von Schuld oder von Versagen zu sprechen, aber de facto ist es so, dass bislang viel zu wenig Aufmerksamkeit, gesellschaftliche wie politische, auf diese Diskriminierungsbereiche gelegt worden ist. Das geht ja bis hin dazu, dass

auch die Strukturen und die Förderungen, wie sie hier angelegt sind, wenn man das vergleicht, wirklich in keinem guten Verhältnis stehen. Damit meine ich nicht, dass in anderen Bereichen eingespart werden soll, ganz im Gegenteil, sondern ich finde, es braucht gleiche Voraussetzungen und gleiche Bedingungen für alle. Das bedeutet für mich auch, dass gerade im Bereich Empowerment, aber auch Prävention, Aufklärung, Beratungsstellen und so weiter ähnliche Strukturen existieren müssen. Ich würde behaupten, für alle drei Diskriminierungsbereiche, die hier heute vertreten sind, über die wir heute sprechen, braucht es ganz deutlich noch mal mehr Unterstützung, um die entsprechenden Strukturen im Land Berlin auch aufzubauen, von Beschwerdestellen über Beratungsstrukturen und so weiter. Zum Teil – das muss ich nicht sagen – sind die Bedingungen äußerst prekär mit wenig personellen Ressourcen, wenn es überhaupt schon etwas gibt.

Sie haben das ja auch in allen drei Feldern gesagt, und das ist eine Gemeinsamkeit neben der historischen Dimension, der historischen Verwurzelung der jeweiligen Rassismen, dass es beispielsweise an Studien fehlt, an Wissenschaft, an Forschung. Ich glaube, das kann man so zentral festhalten, dass dort mehr passieren muss, aber auch, dass es sich in großen Teilen auch um Phänomene von strukturellem Rassismus handelt, und hier gerade die öffentlichen Bereiche, die Behörden eine besondere Verantwortung haben. Ich habe es fast überall durchgängig rausgehört. Egal, ob es sich um den Umgang mit Polizei handelt – Racial Profiling –, im Bereich Jugend und Schule – Jugendämter –, im Bereich Arbeit – Arbeitsagenturen –, Gesundheit, das zieht sich so ein bisschen durch, und ich glaube, auch da gibt es eine besondere Verantwortung, auf diese strukturellen und intersektionalen Diskriminierungsdimensionen genau draufzuschauen.

Ich würde von hinten beginnen. – Frau Dr. Weiß, es ist sonst nicht üblich, dass Anzuhörende Fragen an den Senat richten. Deswegen würde ich mir jetzt Ihre Fragen einfach zu eigen machen und sagen: Ihre Fragen interessieren mich auch, was der Senat dazu sagt, und würde sie hier quasi einmal als Enquête-Mitglied reformulieren. Die Antworten würden mich auch interessieren, insbesondere auch, was die Rolle des Beirats angeht, der Beauftragtenperson, dabei auch verbunden mit der konkreten Frage, was gegen den institutionellen oder strukturellen Rassismus gegen Sintizze, Sinti, Romnja und Roma in den Behörden getan wird und welche Rolle die Beauftragte hier spielt. Die Fragen haben Sie aber alle genannt.

Zum anti-Schwarzen Rassismus: Es gibt ja zwei große Projekte – Frau Dr. Kaneza hat es ja schon gesagt –, die UN-Dekade und die Umsetzung in Berlin, wozu das Abgeordnetenhaus in der letzten Wahlperiode einen Beschluss gefasst hat. Ich will mich hier ganz kurz halten und nur fragen, wie tatsächlich die Perspektive nach vorne ist. Es ist jetzt die zweite UN-Dekade ausgerufen worden. Es müsste eigentlich weitergehen, und trotzdem ist unser Eindruck: Berlin hat da noch keinen Plan. Deswegen gibt es auch einen gemeinsamen Parlamentsantrag von Linken und Grünen, aber auch hier den Senat ganz konkret gefragt: Was ist zur Verstärkung der bisherigen Maßnahmen der UN-Dekade geplant? Aber dann auch mit Blick nach vorne: Wie soll die UN-Dekade weiter umgesetzt werden? Wie soll insbesondere der wichtige Dialog mit der Zivilgesellschaft hier fortgesetzt und verstetigt werden?

Ich würde noch ganz kurz zum antiasiatischen Rassismus kommen. Hier wird besonders deutlich, wie bisher Förderung fehlt, wie bisher Strukturen, die staatlich unterstützt werden, fehlen, wie Forschung fehlt. Auch hier hätte ich noch mal die große Bitte an Sie, Frau Dr. Suda, etwas ausführlicher zu werden mit konkreten Forderungen, wie wir als Politik hier unterstüt-

zen können, insbesondere auch die Bereiche, die Sie gerade nur angedeutet haben; ich habe hier mitgenommen: Behörden, Racial Profiling, Öffentlichkeit. Vielleicht können wir noch ein bisschen mehr Details zu dem, was Sie gesagt haben, in der Ausführung bekommen. – Ich würde jetzt übergeben an meine Kollegin, Frau Bozkurt.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich danke auch den Anzuhörenden. Ich habe das digital verfolgt, was Sie alle berichtet haben, uns auch mitgegeben haben. Vielen herzlichen Dank dafür, vor allen Dingen für die Darstellung der Kontinuität von diversen Formen von Rassismus, wie Sie sie vorgetragen haben, auch historische Kontinuität und eben auch der strukturellen Ebene dieser Form von Rassismus!

Wir reden über Rassismusformen, die kaum benannt werden, unsichtbar gemacht werden, gewollt oder nicht gewollt. Einige von Ihnen haben ja auch darauf Bezug genommen, dass struktureller Rassismus nicht notwendigerweise intentional ist und trotzdem sehr wirkmächtig und sehr viel negative Bedeutung für betroffene Gruppen hat. Ich glaube, was wichtig ist, noch mal darzustellen – viele Fragen gingen schon in die Richtung –, ist, dass wir deutlich machen, dass es keine Randphänomene sind und dass es nicht darum geht, bei Übergriffen, die geschehen, einmal alle zusammen unisono aufzuschreien und deutlich zu machen, wie gravierend und schlimm ein solcher Übergriff ist, sondern auch deutlich zu machen, dass es eben Systematiken in unseren Denk-, Arbeits- und Handlungsstrukturen und institutionellen Strukturen gibt, die dazu führen, dass solche Dinge nun mal nicht ausgeschlossen werden können. Ich glaube, ein wichtiger Faktor ist auch, darauf hinzuweisen, dass eine Demokratie ihre Glaubwürdigkeit verliert, wenn sie nicht wirklich Maßnahmen ergreift, die funktionieren, die systematisch und durchdacht sind und gemeinschaftlich mit betroffenen Gruppen entwickelt werden, die wirkmächtig sein sollen. Das ist ein Grund, warum wir das auf jeden Fall mit Demokratiefähigkeit beziehungsweise dem Schutz der Demokratie verknüpfen und sagen: Antidiskriminierung oder auch der Schutz vor Rassismus ist ein Recht, eben weil es auch den demokratischen, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Dann möchte ich zu meinen Fragen kommen. Ich habe mich ein bisschen auf antiasiatischen Rassismus fokussiert. Weil wir eben – ich glaube, sehr viele von uns, und ich kann auch für uns sprechen – sehr viele blinde Flecken haben, was den antiasiatischen Rassismus angeht, wäre es auf jeden Fall wichtig zu verstehen, wie das Ausmaß ist. Es gibt natürlich einige Studien, Sie haben das ja auch erwähnt, Frau Dr. Suda, an welchen Sie gearbeitet haben und welche es gibt. Wenn wir jetzt eine Art Monitoring aufbauen wollten, innerhalb von zwölf Monaten einen tragfähigen Antiasiatischer-Rassismus-Mindeststandard aufbauen wollten, was wären die Bausteine, die wir für so ein Monitoring bräuchten, die unverzichtbar wären? Vielleicht können Sie uns ja sagen, was Sie glauben, welche Ressourcen dem auch zugrunde liegen müssten.

Dann Gesundheit und Verwaltungspraxis: Wo bestehen die größten Praxislücken, wenn Sie an Kliniken, an das Gesundheitswesen denken, aber auch an so etwas wie Jobcenter und Schulen? Vielleicht haben Sie ja Ideen, wie man in gerade diese Richtung Fortbildungsanforderungen stellen könnte.

Dann Meldeverhalten und Zugang: Welche niedrigschwelligen mehrsprachigen Meldekanäle erhöhen Ihrer Ansicht nach die Anzeigenquote? Was genau davon lässt sich in Berlin Ihrer Meinung nach gut pilotieren?

Dann vielleicht noch mal zu südasiatisch gelesenen Gruppen und Pflege: Wo sehen Sie besondere Intersektionen, zum Beispiel auch sexualisierte Belästigung – Sie haben ja auch davon gesprochen –, Arbeitsausbeutung im Pflegesektor und Ähnliches? Welche Schutz- und Kontrollmechanismen bräuchten Träger, um beispielsweise die Wirkung messbar zu machen?

Zum Bildungsbereich und zur kulturellen Bildung: Welche Pflichtmodule zum Thema anti-asiatischer Rassismus gehören in Rahmenlehrpläne und in die Lehrkräftefortbildung? Es kann natürlich sein, dass Sie das im Konkreten gar nicht benennen können, aber wenn Sie Ihre Gedanken mit uns teilen, wäre ich schon sehr dankbar.

Ich soll die Frage stellen, meinst du? – Was tut die Landesantidiskriminierungsstelle eigentlich in diesem Bezug? – Ich habe auch Fragen an den Senat, lieber Herr Kollege. Ich komme dazu.

Ich möchte noch ganz kurz ein paar Fragen zum Thema Rassismus gegen Romnja, Roma, Sintizze und Sinti stellen. Wir haben eine Ansprechperson, aber wie müsste ein unabhängiger Beschwerdeweg für Kitas, Schulen und Behörden aussehen? Was glauben Sie, wie Berlin das organisatorisch aufbauen müsste? Haben Sie da Gedanken, die Sie mit uns teilen können?

Dann: Welche standardisierten Prüf- und Dokumentationsschritte verhindern Leistungsausschlüsse und Aktenwillkür? Stichworte wären da irrelevante Unterlagen, pauschale Ablehnungen, die Menschen erleben, die in der Verwaltung Anträge einreichen, was immer mal wieder vorkommt. Welche Sanktionen und Feedback bräuchte es gegenüber den Dienststellen, die diese Anträge zum Beispiel abweisen?

Zur Schule auch an Sie: Welche verbindlichen Vorgaben gehören in Rahmenlehrpläne und Lehramtsausbildungen? – Ich schaue, dass ich keine Redundanzen habe. Ich glaube, ich komme auch mit meiner Zeit – –

Vorsitzender Raed Saleh: Sie sind schon eine Minute drüber.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Oh, okay! Dann die letzte Frage: Aus Ihrer Perspektive, welche Mindestgarantien braucht das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Romnja, Roma, Sintizze und Sinti bei Infrastrukturvorhaben? Was können Sie uns dazu sagen? Das würde ich gerne wissen. – Die Fragen an den Senat kann ich jetzt wahrscheinlich noch nicht weiter ausführen. Das würde ich dann im nächsten Punkt machen. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Dann wären wir jetzt bei Ihnen. Wer macht das bei Ihnen, Herr Özdemir?

Orkan Özdemir (SPD): Bei uns startet Prof. Dr. Auma, und dann geht es weiter.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay!

Dr. Maisha-Maureen Auma: Ich möchte auch damit beginnen, mich sehr herzlich bei den Anzuhörenden zu bedanken, bei Frau Dr. Kaneza, Frau Dr. Suda, Frau Reinhardt und Frau Privatdozentin Dr. Weiß. – Ich möchte erst mal ganz kurz etwas zu den Grundlagen von anti-Schwarzem Rassismus und den Strategien zum Abbau von anti-Schwarzem Rassismus im

Land Berlin sagen. Es gibt da große Erfolge. Berlin hat eine hervorgehobene Position im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Wir haben von Frau Dr. Kaneza gehört, dass die erste UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft von 2015 bis 2024 einen starken verbindlichen Rechtsrahmen erzeugt hat und dass ein solches Instrument hilft, einen Fokus, eine Systematisierung und auch eine langfristige Arbeit zu ermöglichen.

Die Bilanz ist aber sehr unterschiedlich, wenn wir uns die Berliner Verwaltung anschauen und wenn wir uns die Berliner Politik anschauen. Die Berliner Verwaltung hat eine höhere Verbindlichkeit und hat im Kontext der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung langfristig angelegte Strategien zum Abbau von durch anti-Schwarzen Rassismus verursachten Barrieren und auch zur Gleichstellung von Schwarzen, afrikanischen und afroasiatischen Berlinerinnen und Berlinern eingeschient. Da gibt es auch so etwas, was sich vorsichtig eine rassismuskritische Infrastruktur nennen lässt. Das ist in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und auch mit Trägerinnen und Trägern, die im Bereich der Gleichbehandlung und Bildungsgerechtigkeit arbeiten, nämlich dem RAA Berlin und einer der ältesten Schwarzen selbstorganisationen, der Schwarzen queerfeministischen Organisation ADEFRA – Schwarze Frauen in Deutschland, entstanden.

Ich würde jetzt einmal ganz kurz die Jahreszahlen sagen. Es ist immer ein bisschen problematisch zu versuchen, eine Timeline aufzumachen – ich würde das auch als schriftliche Stellungnahme nachreichen –, aber ich würde gerne noch mal kurz zeigen, was eine Kontinuität und eine Verbindlichkeit für die Systematisierung einer solchen gesellschaftlichen Aufgabe bedeuten. Am 8. Dezember 2016 wurde im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün die Umsetzung, die Implementierung der ersten UN-Dekade verbrieft. 2018 wurde ein Senatsbeschluss zur Umsetzung der UN-Dekade verabschiedet. Daraus ging 2018 ein Konsultationsprozess mit Berlinerinnen und Berlinern afrikanischer Herkunft hervor. Dieser Prozess war dazu da, um die Lebenswirklichkeiten von Berlinerinnen und Berlinern afrikanischer Herkunft besser verstehen zu können, also um die Geschichten von durch anti-Schwarzen Rassismus verursachten Barrieren nachvollziehen zu können und auch nachvollziehen zu können, in welchen Lebensfeldern eine Unterrepräsentation oder auch eine erhöhte Vulnerabilisierung, Verletzungsgefahr vorlag. Ich darf anteuern, dass Bildung ein solcher Bereich ist und dass der Bereich der Gesundheit besonders interessant war.

Wir haben von Frau Dr. Suda gehört, dass es in der Arbeitsmarktpolitik, in der Pflege und der Gesundheit einen sehr hohen Anteil postmigrantischer Menschen, von Menschen, die rassistisch markiert sind, gibt. Die Gesundheitsberufe haben also einen sehr hohen Anteil, gleichzeitig ist das aber auch ein Bereich, in dem viel Dehumanisierung, Verweigerung von Behandlungen oder Abqualifizierung von zum Beispiel Ärztinnen und Ärzten, die einen türkischen Hintergrund haben, von Schwarzen Ärztinnen und Ärzten und so weiter, stattfindet. Es gibt keine verbindlichen Gruppen, die diese Erfahrungen systematisieren.

Wir haben einen ersten Versuch gemacht. Wir haben uns verschiedene Felder angeschaut und haben versucht zu sehen: Wie konkretisiert sich anti-Schwarzer Rassismus, also aufgrund von Kolonialität und Versklavung geprägtes rassistisches Wissen, das in einigen Instituten ungebunden weitergeführt wurde? – Da muss ich Frau Dr. Weiß und Frau Reinhardt zustimmen. Frau Dr. Kaneza hat bezogen auf die Sterilisierung und Adoption angedeutet, dass es hier Kontinuitätslinien gibt und dass es teilweise auch zu wenig Verstörung demgegenüber gibt, dass dort Kontinuitäten bestehen.

So, die versprochene Zeitleiste: 2016 im Koalitionsvertrag, 2018 der erste Senatsbeschluss und der Konsultationsprozess, dann 2021 der zweite Senatsbeschluss, auch der letzte in Sachen UN-Dekade, was wirklich ein Problem ist. Da gibt es also Selbstkritik – Frau Piesche, die nachmittags hier sitzen wird, und ich sind beide für die SPD in dieser Kommission –, da gibt es tatsächlich aber viel Enttäuschung und auch eine Frage an die SPD, um den Begriff von Frau Dr. Weiß „Fragen an die Berliner Politik“ auszuleihen. Dem würde ich mich anschließen und die SPD noch mal fragen, warum es nicht möglich ist, kontinuierlich als politisches Instrument die Verbindlichkeit auf der politischen Ebene zu erhöhen. – [Zuruf von Orkan Özdemir (SPD)] – Ich kenne mich im Feld der Politik schlecht aus, ich bin grobschlächtig. Ich habe es immer versprochen. Insofern würde ich den Kollegen hier zustimmen und sagen, ich frage das den Senat. Ich kann in meiner Grobschlächtigkeit auch noch ein bisschen konkreter werden. Vielleicht habe ich das mit der schriftlichen Stellungnahme auch eingeholt. – 2021 gab es also einen Senatsbeschluss und einen sehr umfassenden Maßnahmenkatalog, der sich aus der Arbeit von der zivilgesellschaftlichen Seite zum Abbau vom anti-Schwarzen Rassismus und zur Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft zusammensetzt. Und dann war die Besonderheit, dass dieser zivilgesellschaftliche Maßnahmenkatalog von einem senatsseitigen Maßnahmenkatalog gespiegelt wurde, in dem die unterschiedlichen Fachressorts der Berliner Verwaltung einmal kurz zum Status quo sagen, wie sie zum Abbau von anti-Schwarzen Rassismus, von Barrieren, die durch anti-Schwarzen Rassismus verursacht sind, arbeiten, aber auch, wie sie zum Thema Gleichstellung von Schwarzen, afrikanischen, afroasiatischen Berlinerinnen und Berlinern arbeiten.

Dann hatten wir die Wahlwiederholung im Februar 2024; ich muss das nachschlagen, denn nach meinem Gefühl war das eigentlich 2023. Es war tatsächlich erst letztes Jahr. Danach haben wir einen Koalitionsvertrag, in dem die UN-Dekade nicht mehr auftaucht. Obwohl wir wirklich sehr stark auf allen Ebenen von Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und so weiter versucht haben, die Wichtigkeit eines verbindlichen Hinweises, einer Verbriefung der UN-Dekade hervorzuheben, ist es nicht gelungen. Ich nehme mal an, das ist auch wieder eine Frage an den Berliner Senat, warum es nicht gelungen ist, das in dem neuen Koalitionsvertrag zu verankern.

Dann will ich einmal ganz kurz darauf hinweisen, dass auf Bundesebene noch unter Kanzlerin Angela Merkel 2022 ein Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsradikalismus und Rassismus eingerichtet wurde und dass dort auch die UN-Dekade mit einem Punkt bedacht ist und dass im Februar 2022 auf dieser Grundlage eine Koordinierungsstelle, eine Geschäftsstelle auf Bundesebene errichtet worden ist. Dort gibt es auch die schlechte Nachricht, dass in der neuen Koalition, in der Großen Koalition von diesem Jahr, im Koalitionsvertrag diese Geschäftsstelle nicht mehr bedacht ist und auch die zweite UN-Dekade nicht bedacht ist. Das ist eine Katastrophe, weil es bedeutet, dass die Geschäftsstelle zum Februar 2026 ausläuft.

Damit beende ich die schlechten Meldungen und komme dazu, einmal zu verstärken, was die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft als Instrument für die Fundierung des Verständnisses von anti-Schwarzem Rassismus und die Erhöhung des Wissensstands zum anti-Schwarzen Rassismus leistet und wie sie auch Wege für die Stärkung von Demokratie mit der sozialen und politischen Inklusion von historisch marginalisierten Gruppen oder auch von rassistisch marginalisierten Gruppen aufzeigt. Ich möchte betonen, dass wir in der Arbeit auf Landesebene – hier verweise ich auf die Kolleginnen Katja Kinder und Peggy Piesche; Peggy Piesche werden wir, wie gesagt, heute Nachmittag hier hören – stets betont haben, dass es wichtig ist, eine solidarische Netzwerkarbeit von allen rassistisch marginalisierten Communities zu erzeugen und nicht davon auszugehen, dass es eine Tempogleichheit gibt. Auch aufgrund der Spezifität der rassistisch geprägten Normen und Strukturen ist es nicht zu erwarten, dass die rassistisch marginalisierten Gruppen gleichermaßen Instrumente entwickelt haben, aber es geht darum, voneinander zu lernen und dort, wo sich ein Instrument als besonders erfolgversprechend erwiesen hat, sich dieses auszuleihen.

Jetzt komme ich zu meinen Fragen. Eine Frage richtet sich an alle vier Anzuhörenden, und zwar ist das diese Frage der Erhöhung der Verbindlichkeit und auch die Frage fehlender rechtlicher Instrumente, um rassistische Gewalt zu ahnden, zu dokumentieren, auf den Punkt zu bringen. Es ist klar, dass es Monitoring gibt, aber es gibt aus meiner Sicht zu wenige rechtsverbindliche Instrumente, die eine Klage gegen rassistische Diskriminierung oder Entmenschlichung erfolgreich erscheinen lassen. Diese Frage ist eine transdisziplinäre Frage, deswegen frage ich hier nicht nach einer juristischen Einschätzung. Ich versperre mich auf jeden Fall nicht dagegen, sondern ich will einfach nur wissen: Was sind die Strategien und Wege dahin, die Verbindlichkeit zu erhöhen?

Dann habe ich noch zwei Fragen an Frau Dr. Kaneza. Die beiden Fragen betreffen den Senatsbeschluss, den ich mir letztes Jahr, 2024, erhofft hätte und den ich mir jetzt zur Ausrufung der zweiten UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft dieses Jahr gewünscht hätte. Ich nehme auch nächstes Jahr; ich fände es wichtig, relativ schnell einen Senatsbeschluss auf den Weg zu bringen, um die zweite UN-Dekade zu begrüßen. Die zweite UN-Dekade hat direkt im Anschluss an die erste UN-Dekade begonnen. – Sorry, ich bekomme hier gerade eine Time-Keeping-Note. Ich versuche mal, zum Ende zu kommen. Nein, ich komme zum Ende, ich versuche es nicht. – Wo war ich stehen geblieben? – Senatsstrategie, alles klar! Hier kommen meine zwei Fragen: Wie gesagt, der Zeitpunkt eines Senatsbeschlusses ist dringend. Die zweite UN-Dekade hat dieses Jahr, 2025, begonnen und geht bis 2034. Es wäre als Erhöhung der Verbindlichkeit wirklich sehr wichtig, die zweite UN-Dekade offiziell zu begrüßen.

Zur Orientierung: Es gab bereits zwei UN-Dekaden zur Bekämpfung von Kolonialismus, und es gab auch schon zwei UN-Dekaden zur Bekämpfung von Rassismus. Die Vereinten Nationen haben spezifisch noch mal eine erste und eine zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ausgerufen, weil diese Gruppe als eine Gruppe, die global besonders durch Dehumanisierung und durch barrierereiche Wege gekennzeichnet ist, anerkannt wird, also eine sehr anerkennungsorientierte Position. Deswegen wäre es wichtig, einen Senatsbeschluss zu fassen.

Meine Fragen: Frau Dr. Kaneza, zur Senatsstrategie zum Abbau von anti-Schwarzem Rassismus und zur Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft würde ich Sie gerne bitten, stärker zu erläutern, welche Rolle ein solches Instrument bekommt. Dann haben Sie ange-

sprochen, dass es eines Landesbeauftragten für Menschen afrikanischer Herkunft bedarf. Ich würde Sie gerne bitten, auch das länger auszuführen. – Ich entschuldige mich, dass ich die Zeit überschritten habe.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Beitrag! – Dann wären wir jetzt bei Ihnen. Wer macht das bei Ihnen?

Elif Eralp (LINKE): Frau Barz fängt an, und dann mache ich weiter.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, super! Vielen Dank!

Hajdi Barz: Vielen lieben Dank! – Vielen Dank auch an die Eingeladenen für die umfassende Thematisierung! Ich möchte noch mal etwas hinzufügen, weil ich nicht weiß, ob es ganz deutlich wurde. Die Rassismusdefinition von Frau Isidora Randjelović weist darauf hin, dass Rassismus eine historisch gewachsene Gewalt ist, die auf die Psyche und die Körper von Romani- und Sintisubjekten einwirkt und Lebenserschwernisse, Verletzungen und Krankheit, verkürzte Lebenserwartung bis hin zum Tod verursacht, und zwar – das möchte ich hier noch mal ganz klar machen – nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch aktuell, also auch durch Abschiebungen, die in vermeintlich sichere Herkunftsländer stattfinden. Das hat sie mit anderen in der Studie „Unter Verdacht“, die dankenswerterweise im Rahmen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus in Auftrag gegeben wurde, sehr klar deutlich gemacht, an Lebensgeschichten von Menschen, die von einer Abschiebung zur nächsten – – und dann wieder abgeschoben werden an Orte, bei denen es klar ist, dass sie ermordet werden. Das ist etwas, was ich hier noch mal ergänzen möchte.

Ich möchte auch noch mal darauf hinweisen, dass keine der Maßnahmen, die es bisher gibt und die Wirkung zeigen, ohne die Selbstorganisation der Sintizze, Sinti, Romnja und Roma stattgefunden hätten. Hier möchte ich die Frage stellen: Wer sollte eigentlich im Lead sein? Sollten das nicht die Senatsverwaltungen sein, die eine Verantwortung haben, oder sollen das die Selbstorganisationen sein, die nicht nur die Missstände aufzeigen, sondern die auch die Lösungen anbieten? – Da möchte ich darum bitten, dass alle vielleicht noch mal in die Reflexion gehen.

Das ist eine schöne Überleitung zu der Frage nach nachholender Gerechtigkeit, die ja auch direkt mit der Unabhängigen Kommission Antiziganismus verbunden ist. Frau Dr. Kaneza, Frau Dr. Suda und Frau Dr. Weiß können sicherlich ganz klar benennen, wie diese nachholende Gerechtigkeit in Berlin aussehen kann. Vielleicht können Sie dazu ein paar Beispiele nennen. Was würde das für die Parteien und für die unterschiedlichen Senatsverwaltungen bedeuten? Was bedeutet so eine unabhängige Kommission zur Aufarbeitung des Unrechts nach 1945 beziehungsweise welche Kommissionen braucht es denn eigentlich zur Aufarbeitung bei anti-Schwarzem Rassismus beziehungsweise antiasiatischem Rassismus?

Dann möchte ich noch mal darauf aufmerksam machen, dass wir hier in dieser Sitzung durchaus nicht am Ende aller Rassismusformen sind, denn es gibt unheimlich viele Gruppen, die wir überhaupt nicht benennen. Wir haben auch noch nicht angefangen, intersektional darüber zu sprechen. Denn es gibt Menschen, die eine Mehrfachdiskriminierungserfahrung haben, die verschiedenen Gruppen angehören, die jüdisch und Romani sind, die Schwarz und Sintizze sind, die queer sind und so weiter. Ich frage mich tatsächlich: Wie werden wir dem Schutz

dieser Gruppen gerecht? Vielleicht können Sie dazu noch mal etwas sagen, denn letztendlich zeigt die Forschung bisher, dass jede zusätzliche Diskriminierungsform die andere verstärkt. Inwiefern werden die Maßnahmen, die wir haben, diesen Menschen gerecht? Denken wir bisher überhaupt an diese Menschen?

Frau Dr. Weiß, ich würde Sie gerne noch mal bitten, die Forderung nach dem Bleiberecht für Romnja und Roma zu erläutern. Was ist die Begründung dessen? Können Sie vielleicht auch noch mal den Begriff „kumulative Verfolgung“ benennen und erläutern? Ich glaube, das würde uns allen hier helfen. – Ich habe mich kurz gehalten in dieser Runde.

Elif Eralp (LINKE): Dann mache ich mal weiter. Erst mal möchte ich Herrn Königsberg für die Entschuldigung danken. – Ansonsten zu der heutigen Sitzung: Es wurde vorhin von den Anzuhörenden schon die Frage von Schulungen adressiert. Ich habe verschiedene Schriftliche Anfragen gestellt, und dabei kam heraus, dass unter 5 Prozent der Beschäftigten des Landes überhaupt an solchen Antidiskriminierungsschulungen teilnehmen. Meine Frage an die Anzuhörenden dazu ist, wie ihre Auswertung und ihre Erfahrung sind, und an den Senat, warum dieser Missstand nicht behoben wird, obwohl laut dem LADG diese Schulungen, für die Führungskräfte zumindest, verpflichtend sind, aber auch in den anderen Bereichen stattfinden sollen. Gerade bei den Führungskräften – beispielsweise im LEA, aber auch in anderen Abteilungen, habe ich abgefragt – ist eigentlich kaum etwas bis gar nichts passiert.

Dann möchte ich zum Bereich Rassismus gegen Romnja, Roma, Sintizze und Sinti und Antiziganismus fragen: Wird von den Jobcentern Berlins die Arbeitshilfe der Bundesagentur für Arbeit mit dem Titel „Bekämpfung von organisiertem Leistungsmisbrauch durch EU-Bürger“ weiterhin genutzt? Selbstvertretungen sagen, dass das vor allem zur Diskriminierung rumänischer und bulgarischer Staatsangehöriger geführt hat, also Romnja und Roma, die unter Generalverdacht gestellt werden, Leistungsbetrug zu begehen. Der Senat sagt auf eine Schriftliche Anfrage von mir, dass trotzdem an dieser Arbeitshilfe festgehalten wird, dass sie sinnvoll ist und man ja schon Dinge verändert hat. Ich frage den Senat, warum er diese diskriminierende Arbeitshilfe nicht endlich abschafft und den Jobcentern sagt, sie sollen sie nicht mehr benutzen. Auch die LADG-Ombudsstelle, die ja beim Senat angesiedelt ist, geht davon aus, dass sie abgeschafft werden soll und diskriminierend ist.

Viele Fragen hat Frau Dr. Weiß schon gestellt. Was ist mit der Umsetzung der Empfehlungen der UKA für die Landesebene? Ich habe auch die Frage: Was ist eigentlich mit der Zusammenarbeit mit den Communitys und der Ansprechperson? Wie findet sie aktuell statt? Wie ist die Zusammenarbeit der Verwaltung mit dem Beirat? Das war ein sehr wichtiges Anliegen von R2G, das haben wir damals für Romnja, Roma, Sintizze und Sinti ins Gesetz geschrieben. Ist das eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe? Wie haben sie Zugang zu Informationen der Verwaltung? Werden ihnen Akten zur Verfügung gestellt? Wie läuft der Austausch? Inwiefern wirkt der Senat darauf hin, dass Polizeidaten diskriminierungskritisch überarbeitet werden? In Berlin wurde noch ganz lange von sogenannten Wanderarbeitern gesprochen. Das ist dann auch auf Druck von uns verändert, abgeschafft worden. Aber es gibt, wie meine letzten Anfragen ergeben haben, immer noch, weiterhin diskriminierende Abfragen, nämlich wird der vermeintlich ethnische Hintergrund immer noch erfasst, indem dort solche Dinge stehen wie „südafrikanisch“ und „nordafrikanisch“. Ich habe mehrfach danach gefragt, warum das neben Phänotypen, Haarfarbe, Hautfarbe und der Staatsangehörigkeit eine relevante Kategorie ist. Ich habe es bis heute nicht verstanden. Da wird dann so etwas gesagt wie: Ja, wenn die Zuge-

hörigkeit abweicht von der Staatsbürgerschaft. – Was soll das heißen? Jemand, der Schwarz ist, kann eben nicht wirklich deutsch sein, deswegen müssen wir das doch noch irgendwie anders umschreiben. – Dazu möchte ich gerne noch eine Antwort. Wir werden das sicher auch noch mit der Senatsverwaltung für Inneres besprechen, aber hier ist zumindest die Verwaltung anwesend, die hier auf die Senatsverwaltung für Inneres Einfluss nehmen muss.

Dann ist meine Frage, die ich sehr wichtig finde: Das Bleiberecht aus historischer Verantwortung ist eben schon angesprochen worden, wir als Linksfraktion haben dazu auch Anträge vorgelegt. Es gab zu Recht so eine Regelung für jüdische Menschen, die nach der NS-Zeit zurückgekehrt sind, die das sicherstellte. Wir erwarten, dass es aus historischer Verantwortung so eine Regelung auch für Romnja und Roma gibt. Wir fragen natürlich auch immer die Abschiebezahlen der Menschen nach Moldau ab. Die haben sich massiv gesteigert, seit Schwarz-Rot hier am Zug ist. Das betrifft vor allem Romnja und Roma. Teilweise haben sich die Zahlen verdoppelt. Und dann wird mir auf die Schriftliche Anfrage geantwortet, dass

„der Anstieg der Abschiebungen noch als vergleichsweise moderat und steigerungsfähig zu bewerten“

ist. Wie bewertet das die Senatsverwaltung für Antidiskriminierung? Teilt sie diese Einschätzung, die mir hier mitgeteilt wurde – unterschrieben ist das von Herrn Max Landero –, oder wie sehen Sie das? Wie sehen das die Anzuhörenden hier?

Vorsitzender Raed Saleh: Frau Eralp, eine Sekunde!

Elif Eralp (LINKE): Bitte?

Vorsitzender Raed Saleh: Eine Sekunde, bitte!

Elif Eralp (LINKE): Entschuldigung, aber alle haben überzogen, und ich bin jetzt gerade genau bei zehn Minuten!

Vorsitzender Raed Saleh: Nein, eine Sekunde! – Wir haben gerade eine gute Diskussion, muss ich wirklich sagen, die Beiträge, die Argumente, die ausgetauscht werden. Es ist leichter, wenn wir einander zuhören, wenn Ruhe im Saal ist. Deswegen wäre meine Bitte, die Gespräche jetzt nicht hier zu führen, sondern wirklich der Kommission die Aufmerksamkeit zu schenken. – Frau Eralp, Sie haben weiter das Wort.

Elif Eralp (LINKE): Okay! – Dann gehe ich weiter zu DOSTA/MIA. Ist die finanzielle Absicherung – hier stand im Raum, dass der Bund die Mittel entzieht, das ist jetzt hoffentlich abgeräumt – gewährleistet, sonst über den Senat? Ist hier beispielsweise das Abdecken über das Demokratiefördergesetz geplant?

Einen Punkt muss ich noch zu dem Mahnmal sagen, das wurde hier zu Recht schon angesprochen. Dazu haben wir auch nachgefragt. Da heißt es dann, dass vonseiten des Berliner Senats nicht gesagt werden kann, welche Communitys und welche Verbände mit einbezogen wurden. Das finde ich sehr merkwürdig, denn Berlin saß in den Verhandlungen mit dem Bund mit am Tisch. Da erwarte ich schon, dass mir geantwortet wird, denn es gibt die Kritik von Selbstvertretungen, dass sie selber in diesem ganzen Prozess nicht einbezogen wurden, wie

mit dem Mahnmal umgegangen wird, das für Berlin und natürlich auch für die Communitys wahnsinnig wichtig ist.

Jetzt komme ich zu anti-Schwarzem Rassismus. Die Verlängerung der UN-Dekade wurde angesprochen. Dazu möchte ich höchstens noch mal fragen, welche Empfehlungen und Maßnahmen auch aus der Sicht der Anzuhörenden noch nicht umgesetzt wurden aus dem Bericht zu dem Konsolidierungsprozess der UN-Dekade, der hier schon angesprochen wurde und den Frau Auma, Frau Piesche und Frau Kinder vorangetrieben haben, und wie es sich mit dem Projekt Intersectional Black European Studies verhält. Das ist ja beendet worden, weil es keine Finanzierung mehr gab. Was hat das für die Menschen hier in unserer Stadt bedeutet? Vielleicht könnte Frau Dr. Kaneza dazu auch noch etwas sagen und vor allem auch der Senat, warum er die Finanzierung eingestellt hat, denn eigentlich wollten wir ja, dass dieser Studienangang hier in Berlin langfristig verankert wird. – Ansonsten gibt es natürlich die Frage von Racial Profiling, die würde ich dann auf die nächste Sitzung verschieben, in der Polizei und Innenpolitik Thema sind.

Die letzte Frage ist zu antiasiatischem und antislawischem Rassismus. Es gibt diese beiden und beispielsweise auch noch andere Formen, die kaum erfasst, kaum bearbeitet werden. Was plant der Senat an Studien, an Strategien im Umgang mit diesen? Ich bin auch Frau Dr. Suda sehr dankbar für die Fragen dazu. – Das war es.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, vielen Dank! – Wir haben jetzt die Fragen beziehungsweise auch die Kommentare aus den jeweiligen Blöcken gehört und kommen jetzt zur Beantwortungsrounde. Mein Vorschlag mit Blick auf die Uhr ist, dass wir zur Beantwortung bis zu zehn Minuten einräumen. Das andere wird dann nach Möglichkeit schriftlich – dafür wären wir sehr dankbar – nachgereicht. Ich würde nach neun Minuten einen Hinweis geben, weil es sehr viele Fragen sind, sodass wir dann kurz noch zum Senat kommen. Auch dazu gibt es gleich einen Verfahrensvorschlag von mir, aber jetzt würde ich sagen, bis zu zehn Minuten. Wir machen es in umgekehrter Reihenfolge, also zuerst Frau Dr. Weiß. – Sie haben das Wort.

Dr. Jane Weiß (Humboldt-Universität zu Berlin): Ich habe noch eine Nachfrage: Zehn Minuten pro Person oder insgesamt?

Vorsitzender Raed Saleh: Nein, zehn Minuten pro Person, Frau Dr. Weiß, also bis zu zehn Minuten. Sie haben gerade so viele Fragen bekommen, dass Sie andere Sachen eventuell nachreichen können, je nachdem.

Dr. Jane Weiß (Humboldt-Universität zu Berlin): Okay! Gut, dann versuche ich es kurz und knackig. – Vielen Dank für die Fragen! Ich will nur noch mal sagen: Die Frageform ist tatsächlich eine wissenschaftliche, legitime Form, und insofern wollte ich hier nicht das Prozedere stören, sondern bin meiner Profession gefolgt, Fragen zu stellen.

Dann fange ich mal von vorne an. Erst mal an Herrn Königsberg: Danke für die Frage nach dem Dunkelfeld! Ich glaube, das kann ich kurz und knackig machen. Wahrscheinlich sind es auch 80 Prozent, und möglicherweise spreche ich hier auch für andere betroffene Gruppen. Ein Problem ist dabei, dass viele, die Rassismus erfahren, in Strukturen sind, die es ihnen nicht unbedingt ermöglichen, loszugehen und das Ganze anzusehen und Maßnahmen zu ergreifen. Das ist eine Grundproblematik und betrifft auch die anderen Fragen, die heute immer

wieder aufkamen: Brauchen wir Beschwerdestellen, die unabhängig sind? – Ja, wir brauchen die, aber wir brauchen auch in irgendeiner Form eine Struktur, die es Menschen ermöglicht, dann ihre Rechte auch wahrzunehmen. Da kann man jetzt nicht sagen: Punkt eins, Punkt zwei, Punkt drei –, sondern das ist eigentlich ein Zusammenwirken von verschiedenen Punkten. Maisha Auma hat das eine rassismuskritische Infrastruktur genannt, das fand ich sehr schön. Dazu gehören sehr viele Elemente, die ich jetzt unmöglich alle aufzählen kann. Aber zu Beschwerdestellen auch für den Bereich, den Frau Bozkurt angesprochen hat, Kita, Schule, Behörden: Wie gehen wir dort mit dem Rassismus um, der immer wieder alltäglich auftaucht? – Auch dort braucht es Stellen, die eben nicht in diese Weisungsstruktur eingebunden sind, sondern jenseits davon vorhanden sind und wo Menschen hingehen und sagen können: Das und das ist mir passiert. Ich werde jetzt erst mal vorurteilsfrei – hoffentlich – angehört und kann dann auch die entsprechenden rechtlichen Schritte einleiten.

Vielleicht ganz interessant: MIA hat jetzt – ich weiß nicht, ob es Dotschy Reinhardt oder jemand anders im Raum vielleicht weiß, mir fällt jetzt nicht genau ein, wie es heißt – so eine Art Rechtshilfesystem etabliert. – [Zurufe] – Einen Fonds, genau! MIA Bund ist das. Das ist zum Beispiel ein sehr wichtiger Schritt, weil damit ermöglicht wird, gegebenenfalls rechtliche Schritte einzuleiten und dann auch dabei begleitet zu werden, diese Rechtsbeihilfe überhaupt zu beantragen, was ja auch oft eine Barriere ist. Diese Stelle macht das zum Beispiel und vermittelt dann an Anwältinnen und Anwälte, die die jeweiligen Fälle übernehmen können. Das ist so ein Beispiel, darüber könnte man auf Berliner Ebene auch nachdenken. Es ist noch nicht angelaufen, aber ich würde denken, dass das ganz gut funktionieren könnte.

Dann zum Denkmal: Prof. Lehnstaedt hat dankenswerterweise auf diese wirklich skandalösen Vorgänge hingewiesen. Für mich ist der Mindeststandard, dass es nicht angerührt wird, Punkt, denn wir haben wirklich Jahrzehnte dafür gekämpft, und es gibt bekanntermaßen Alternativen für diese Trasse, die gebaut werden soll.

Der nächste Punkt, zur Frage von Hajdi Barz zur nachholenden Gerechtigkeit: Ich hoffe, dass ich mit meinen Fragen hier Punkte aufgeworfen habe, um darüber nachzudenken. Ich habe jetzt nicht sofort Rezepte parat. Ich fände es schön, wenn Berlin sich dafür einsetzt, dass es auf Bundesebene, wirklich vom Deutschen Bundestag eingesetzt, diese Kommission gibt, denn das – und jetzt spreche ich auch als Communitymitglied der autochthonen Minderheit in Deutschland – ist für uns einfach ein Punkt, der muss sein. Vielleicht noch mal als kleine Annotation: Dieses BGH-Urteil von 1956 beruht darauf, dass das Land Rheinland-Pfalz geklagt hat, und zwar gegen die Zuerkennung einer Entschädigungsleistung an eine klagende Sintiza. Die wurde ihr daraufhin wieder aberkannt. Das, um noch mal zu illustrieren, wo wir standen und was sich teilweise bis heute noch durchzieht. Insofern: Bei der nachholenden Gerechtigkeit geht es auch um eine politische, historische Anerkennung dessen, aber eben auch um die Frage: Wie kann es eine Aufarbeitung geben? – Das könnte sich auch Berlin vornehmen, vielleicht noch mal zu schauen: Was ist denn hier nach 1945 in den Behörden, in den Regierungen gelaufen? – Menschen brauchen zum Beispiel Beratungsangebote, aber eigentlich generell auch diese Anerkennung dazu. Es gibt aber zum Beispiel kein Netzwerk in Bezug auf Traumatisierungen, bis heute nicht, zumindest für unsere Communitys. An dem Punkt spreche ich mal in dieser Rolle.

Dann zur Frage des Bleiberechts, die Hajdi Barz noch angesprochen hat: Die Kommission hat ja Expertisen, Gutachten in Auftrag gegeben, und daraus wurde deutlich, dass für Romnja und

Roma keine sicheren Herkunftsstaaten bestehen. So haben wir das aus dieser wissenschaftlichen Perspektive festgestellt und dass es von daher wichtig ist, das im Blick zu haben und diese kumulative Verfolgung anzuerkennen, dass es in den Ländern zu rassistischer Diskriminierung kommt, und eben begründet aus humanitärer und gleichzeitig historischer Verantwortung dahingehend zu wirken, dass Romnja und Roma in Deutschland Bleiberecht gewährt wird. Ich meine, noch mal als Bildungswissenschaftlerin gesprochen, diese Biografien, die unterbrochen werden, wo Kinder in Länder abgeschoben werden, deren Sprache sie nicht einmal kennen – ich glaube, ich muss nicht weiter ausführen, was das für Auswirkungen auf Selbst- und Weltverhältnisse hat. – Ich glaube, ich habe sogar alles beantwortet, oder? – Gut, wenn ich noch Zeit habe!

Vorsitzender Raed Saleh: Ja, haben Sie!

Dr. Jane Weiß (Humboldt-Universität zu Berlin): Im Hinblick auf die Frage von Elif Eralp: Was Sie schildern, ist ja ein Diskurs, den es eben auch in den Neunzigerjahren schon gab in Bezug auf die Romnja-und Roma-Geflüchteten nach Deutschland, die da auch schon als parasitär und so weiter dargestellt wurden. Es geht also wieder in diese ähnliche Richtung der Homogenisierung, des Generalverdachts, und das ist ja die Realität auch in Berlin. Das wird ja heute Nachmittag sicherlich auch von Violeta Balog von Amaro Foro berichtet werden, dass dann auf den Ämtern bei einem bestimmten Erscheinungsbild oder einem bestimmten Pass bestimmte Mechanismen angehen. Das sind leider immer wieder Vorgänge, bei denen wir wissenschaftlich feststellen können, dass das durch die Medien, durch politische Diskurse einfach verstärkt wird und im Grunde niemandem hilft, sage ich jetzt mal so ein bisschen banal ausgedrückt.

Zu guter Letzt, weil Sie auch das Demokratiefördergesetz angesprochen haben: Ja, dieses Prinzip der Partizipation, was ich ja auch so kritisch angemerkt habe für Berlin – es braucht eben wirklich verlässliche Strukturen für die Zivilgesellschaft, damit diese arbeiten kann. Es ist ja auch, sehr wichtig, noch mal angemerkt worden, dass die Zivilgesellschaft bestimmte Themen überhaupt eingebracht und vorangebracht hat, aber dazu braucht sie auch Ressourcen. Dann wird es für alle Seiten einfacher.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Dr. Weiß! – Als Nächste ist jetzt Frau Reinhardt dran. – Frau Reinhardt, Sie haben das Wort. Bitte!

Dotschy Reinhardt (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Frau Dr. Weiß hat einiges schon erklärt, einiges lasse ich so stehen. Was mir aufgefallen ist, ist der Titel dieses Komplexes, der Sinti und Roma hier betrifft, das ist „Rassismus gegen Sinti und Roma“. Ich würde das gerne als Zentralrat als Antiziganismus benennen und auch sehen wollen, weil es mehr ist als Rassismus; ohne jetzt hier Hierarchien aufzumachen, aber es ist wirklich eine komplexe Ideologie.

Dann mache ich gleich weiter bei der Bildung. Dreh- und Angelpunkt und auch Möglichkeit für ein Gamechanger-Versprechen oder ein Versprechen zur Besserung wäre, authentisches Wissen in die Schulen, Institutionen und generell in die Gesellschaft hineinzutragen. Dazu hat der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma zwei Empfehlungen mit der Kultusministerkonferenz verabschiedet, eine zur Implementierung des Wissens über die Vergangenheit und die Gegenwart von Sinti und Roma und die andere zum Umgang mit Antiziganismus in deutschen Bildungseinrichtungen, Deutschlands Schulen. An Wissen mangelt es generell. Die Informationen, die weitergegeben werden, sind nicht einheitlich, oft nicht oder meistens nicht antiziganismuskritisch, sondern eher von einem latenten Rassismus oder bestenfalls von einem romantisierenden Halbwissen geprägt. Wenn Sinti und Roma in den Bildungseinrichtungen, in den Schulen in Deutschland eine Rolle spielen, dann allenfalls – und dann kann man schon froh sein – im Zusammenhang mit dem Holocaust, in dem 500 000 Sinti und Roma – Herr Lehnstaedt, bitte entschuldigen Sie, ich möchte bestimmt nicht Ihre Professionalität als Historiker infrage stellen, aber wir feilschen nicht um Opferzahlen. Wenn der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma an der halben Million Sinti und Roma, die im Nationalsozialismus Opfer wurden, festhält, dann hat das auch interne Ursachen beziehungsweise interne Quellen, die wir verwenden. Wir wissen sehr wohl, dass Roma und Sinti, aber allen voran Roma im NS-besetzten Europa in den Wäldern erschossen wurden, und die wurden nicht mitgezählt. Insofern – so viel dazu.

Dann zur generellen Situation der Sinti und Roma in Deutschland: Das ist auch allen voran immer die Politik des Zentralrats gewesen; wir sehen uns als gleichberechtigten Bestandteil unserer Gesellschaft und fordern diese Gleichberechtigung, wo wir sie nicht sehen, auch ein. Aber es ging niemals um Sonderrechte. Das will ich hier auch dazusagen. Es ging um gleiches Recht. Das ist die Bürgerrechtsarbeit des Zentralrats, und auch da haben wir noch sehr viel Arbeit vor uns, um diese Gleichberechtigung überhaupt zu erreichen. Alles andere darüber hinaus ist im Schutz nationaler Minderheiten geregelt und können wir auch in Anspruch nehmen. Die Umsetzung fordern wir ein, und die kann auch umgesetzt werden, wenn sie eingefordert wird.

Des Weiteren zu der Dunkelziffer, was es an antiziganistischen Fällen gibt, die nicht gemeldet werden, kann ich, wie schon gesagt, Frau Dr. Weiß nur zustimmen, dass sich viele gar nicht trauen, an diese Meldestellen heranzutreten. Insofern kann von einer großen Dunkelziffer deutschlandweit ausgegangen werden.

Zur historischen Verantwortung Deutschlands gehört natürlich auch, an den demokratischen Werten insgesamt festzuhalten. Was wir momentan in Deutschland sehen, ist eine Spaltung, ist ein Abdriften an den rechten Rand und an den linken Rand, muss ich hier auch dazusagen. Antisemitismus hat Hochkonjunktur. Wichtig ist es aus meiner Sicht zu differenzieren, jedes Phänomen, jeden Rassismus, wer das so möchte, jeden Antisemitismus und jeden Antiziganismus genau unter die Lupe zu nehmen und reflektiert und ehrlich in der Politik mit diesen antidemokratischen Strömungen und Erscheinungen, die immer stärker werden, umzugehen, Werkzeuge dagegen zu finden und dann gerne zusammen mit der Community nach diesen Lösungen suchen. Aber letzten Endes liegt die Hauptverantwortlichkeit beim Staat, in diesem Fall beim Land Berlin, und nicht bei den Communitys. – Sollte ich etwas vergessen haben, dann würde ich das nachreichen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Reinhardt! – Wir sind jetzt bei Frau Dr. Suda. – Sie haben das Wort.

Dr. Kimiko Suda (Humboldt-Universität zu Berlin): Ich würde auch auf die Frage von Herrn Königsberg antworten. Ich würde mich Frau Dr. Weiß anschließen mit der Einschätzung, dass es ungefähr 80 Prozent sind. Aus dieser Studie während der Pandemie konnten wir sehen, dass 10 Prozent verbale Gewalt gemeldet haben und 22 Prozent körperliche Angriffe, also ist 80 Prozent, glaube ich, eine gute Einschätzung. Es gibt im Rahmen eines „Demokratie leben!“-Projekts in der NGO GePGeMi, glaube ich, so eine 20-Prozent-Stelle, wo jemand versucht, eine Meldestelle zu antiasiatischem Rassismus aufzubauen, aber ich glaube, mit so einer geringen Finanzierung ist es auch nicht wirklich möglich, Leute zu erreichen, weil es sehr viel Outreach benötigt, Übersetzungen. Man muss einfach in der Stadt unterwegs sein, um Leute zu erreichen, daher würde ich sagen: minimal, aber auf keinen Fall ausreichend.

Dann möchte ich gerne etwas zur nachholenden Gerechtigkeit sagen, weil ich denke, da ist gerade so ein Knackpunkt, dass der Senat ja ein Änderungskonzept zu deutschem Kolonialismus mit in Auftrag gegeben hat. Unter der Leitung von Dr. Ibo Diop haben sich dann auch diverse Communityorganisationen jahrelang getroffen und Vorschläge erarbeitet. Das Konzept liegt vor, aber jetzt ist die große Frage: Was passiert damit? Wird es einen konkreten Ort geben? Wird es Gelder geben, damit Lernmaterialien erarbeitet werden? Ein zentraler Bildungs- und Lernort kann natürlich auch ein Ort sein, wo Schulklassen quasi verpflichtend, zum Beispiel ab Klasse 10, diesen Ort besuchen. Das heißt, es steht für mich jetzt auf der Kippe. Es wurde erarbeitet, aber wird es in der Schublade verschwinden? Das wäre wirklich auch eine Missachtung dieser langen Arbeit unter der Leitung von Dr. Ibo Diop. Das ist quasi ein afro-asiatisches Cross-Community-Projekt zu deutschem Kolonialismus.

Zur Frage offener Klagen: Ich glaube, im Kontext des LADG gab es auch die Diskussion, ob es auch die Möglichkeit zu Verbandsklagen geben könnte, wenn einzelne Personen diesen langen Weg finanziell, emotional und so weiter nicht auf sich nehmen wollen oder auch mehrere Personen ähnliche Erfahrungen machen; dass diese Form der Verbandsklage auch eingeführt und ernst genommen wird.

Zur Verwaltung: Im Fall meiner Studie war es ja ein Jobcenter. Dazu vielleicht noch mal aus dem Nähkästchen: Was mich am meisten geschockt hat, war der Widerwillen der Mitarbeitenden gegen Weiterbildung und Wissen überhaupt. In den Interviews haben Leute gesagt: Nein, ich sehe keine Nachrichten. Nein, ich würde keine Weiterbildung besuchen. Nein, ich habe vom Arbeitgeber noch nie etwas an Wissen zu Rassismus oder an Fortbildung oder so angeboten bekommen oder besucht. – Ich denke, das ist wirklich peinlich für eine solche multidiverse Gesellschaft wie die Berlins, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung sich denken: Ich sitze hier und hoffe, dass ich irgendwie durchkomme –, anstatt zu sehen, dass es vielleicht auch einen bestimmten Auftrag gibt, einen bestimmten Anspruch an Wissen und so weiter. Hier muss ich auch sagen, dass es sehr schade ist, dass Saraya Gomis nicht mehr da ist, die sich ja vehement dafür eingesetzt hat, die Konzepte entwickelt hat und die damals auch bewusst zum Beispiel Personen der asiatischen Diaspora eingeladen hat, sich zu organisieren, sich zusammenzufinden und so weiter. Seit sie nicht mehr da ist, finden auch diese Treffen nicht mehr statt, und es gab auch keine Einladungen mehr, und ich habe auch nicht gesehen, dass diese Initiative fortgesetzt wird. Das vielleicht auch als konkrete Frage an Herrn Landero, ob da irgendwas geplant ist. Soweit ich weiß, gibt es von der LADG ja auch Angebote für

die Verwaltung, sich weiterzubilden, das hieße, es gäbe zum Teil auch die Möglichkeit, zum Beispiel Jobcenter zu verpflichten, Angebote der LADG wahrzunehmen, die auch einen Pool an Expertinnen zu unterschiedlichen Formen von Rassismen hat. Das heißt, manchmal habe ich in Berlin das Gefühl, es gibt sehr viele Expertinnen, es gibt unterschiedliche Stellen, aber manchmal werden bestimmte Dinge nicht zusammengeführt oder einfach nicht umgesetzt.

Zum Punkt der Bildung: Bildung ist ja Ländersache. Das fragen sich bestimmt andere Communitys auch, warum es nicht möglich wäre, neue Schulbücher, zum Beispiel für den Geschichtsunterricht, einzuführen oder zumindest Lehrmaterialien für Lerneinheiten, die dann auch verpflichtend durchgeführt werden müssen. Hier ist mein Eindruck, ebenso wie zum Beispiel im Jobcenter, dass es einfach keine so große Motivation gibt, zum Beispiel auch bereits bestehende Angebote, die NGOs erarbeitet haben, die auf wissenschaftlichen Quellen basieren, anzunehmen und einzubinden. Das heißt, eine Verpflichtung wäre, glaube ich, sehr sinnvoll. Dazu vielleicht noch der Hinweis auf Prof. Dr. Linda Juang: Sie ist an der Universität Potsdam und entwickelt auch Formate für das Lehramtsstudium, worin einerseits Wissen von außen vermittelt wird, aber auch mit diversen Klassen zusammengearbeitet wird, falls Sie so ein Format noch interessiert. – Ich glaube, ich habe jetzt alle Themen grob angeschnitten und stehe natürlich auch sonst noch gern zur Verfügung.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Dr. Suda! – Jetzt sind wir bei der weiteren Beantwortung bei Frau Dr. Kaneza. – Sie haben das Wort.

Dr. Elisabeth Kaneza (Büro für die Rechte von Menschen afrikanischer Herkunft) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich danke auch den Kommissionsmitgliedern für ihre Fragen und ihre Hinweise. – Mir ist anfangs wichtig zu sagen, dass die Bekämpfung des anti-Schwarzen Rassismus nicht als eine moralische Frage zu behandeln ist, sondern wirklich als ein menschenrechtliches Erfordernis. Ich möchte ergänzen, dass dies für alle Rassismen zutrifft, die heute behandelt werden. Mit dem Abbau des anti-Schwarzen Rassismus wird das Ziel verfolgt, Barrieren zur Teilhabe für Menschen afrikanischer Herkunft abzubauen und natürlich auch ihren Beitrag zur Demokratie zu erhöhen. Es ist überhaupt ein Beitrag zur Demokratie, wenn wir Rassismus abbauen.

Es wurde zu Meldestellen gefragt. Anders als für andere Gruppen kann ich nicht bestätigen, dass wir in Berlin ein sehr weitreichendes Netz an strukturellen Meldestellen haben. Wir haben punktuell natürlich auch Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, beispielsweise bei Each One Teach One mit einer Monitoringstelle, und natürlich auch die Möglichkeit, Beschwerden und Diskriminierungserfahrungen zu melden. Auch andere Selbstorganisationen machen diese Arbeit und bemühen sich darum, aber mir ist wirklich wichtig festzuhalten, dass es nach wie vor noch nicht ausreichend ist, um eine wirklich wichtige, nennenswerte Arbeit zu leisten, die auch die Organisationen nicht überfordert. Und wir haben nach wie vor das Problem, dass, wenn es staatliche Stellen sind, das Vertrauen natürlich gering ist.

Dann wurde die Frage gestellt zu meinen Empfehlungen mit Blick auf die Senatsstrategie und auch einer Beauftragtenperson für die Bekämpfung des anti-Schwarzen Rassismus. Mir ist wichtig zu sagen, dass eine Senatsstrategie notwendig ist, um überhaupt ein Handeln aufzuzeigen. Wir brauchen einen Plan für die Bekämpfung des anti-Schwarzen Rassismus. Wir brauchen auch zeitliche Vorgaben. Wir haben bisher selten den Fall, dass wir Strategien mit

Zeitvorgaben haben. Das bedeutet wirklich, wie auch im Fall der UN-Dekade, dass man sagen kann, man hat vier Jahre, man hat bis zu acht Jahren beispielsweise oder sogar zehn Jahre für eine Strategie. Mir ist natürlich bewusst, dass sich das an Legislaturperioden anschließen muss. Das kann man alles besprechen, aber dass klar ist: Es geht nicht um punktuelles Handeln. Ich möchte auf das Land Hamburg hinweisen. Die haben bereits eine solche Senatsstrategie gegen den anti-Schwarzen Rassismus und verbinden tatsächlich auch die Ziele mit den Punkten, die wir heute angesprochen haben, also beispielsweise Aufarbeitung kolonialen Unrechts, Erinnerungspolitik und -kultur, aber auch Empowerment und Antidiskriminierungsarbeit; also da verweise ich gerne auf die Senatsstrategie in Hamburg. Und wenn wir uns das Ausland anschauen, gerne auch bis hin nach Kanada schauen: Da ist das von der staatlichen, der föderalen Ebene bis hin zu den landes- und kommunalen Ebenen ersichtlich, dass Strategien erarbeitet wurden, Racial Justice Strategies, aber auch Antirassismusstrategien mit Bezug auch auf Schwarze Menschen.

Wir brauchen aber auch eine Beauftragtenperson, die diese Arbeit auch auf Senatsebene und in der Verwaltung bündeln kann. Bisher lastet ein Großteil der Arbeit für die Bekämpfung des anti-Schwarzen Rassismus auf den Schultern der Communitys, das muss man heute wirklich deutlich sagen. Das muss sich ändern. Das ist nicht nachhaltig, und es ist auch menschenrechtlich überhaupt nicht zu rechtfertigen, dass die Betroffenen diejenigen sind, die kontinuierlich seit Jahrzehnten sicherstellen, dass ihre Rassismen angesprochen werden, aber auch, dass ihre Diskriminierung strukturell bekämpft wird. Das müssen wir in Berlin besser machen. Das wäre auch ein Bekenntnis dafür, dass man anti-Schwarzen Rassismus ernst nimmt und eine Entlastung auch der Communitys bewirken möchte.

Dann zur nachholenden Gerechtigkeit mit Blick auf anti-Schwarzen Rassismus: Ich verweise hier gerne auf die UN-Dekade – die UN-Dekade hat ein Aktivitätenprogramm, das online abrufbar ist, auch in deutscher Sprache – und auf die Empfehlungen des CERD-Ausschusses, des UN-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, weil darin ganz klar aufgezeigt wird, was noch zu tun ist, auch in Bezug auf Deutschland, und das ist überhaupt die Anerkennung, dass Kolonialismus in den Kolonien Deutschlands ein Verbrechen war. Wir haben in Namibia einen Völkermord an den Herero und Nama, der noch nicht aufgearbeitet wurde, und wir haben immer noch die Frage, ob wir Reparationen zahlen müssen, sollen oder nicht, und auch in Berlin, sozusagen Angelpunkt des deutschen Kolonialismus, fehlen nach wie vor historische, auch städtisch bezogene Marker, wo die Menschen überhaupt diese Geschichte aufnehmen können, lernen können. Auch mit Blick auf Erinnerungspolitik muss hier viel mehr getan werden.

Deswegen auch die Frage: Welche Empfehlungen wurden im Rahmen der UN-Dekade noch nicht umgesetzt? – Ich muss leider sagen, es betrifft die Mehrheit. Die Mehrheit der Empfehlungen wurde noch nicht umgesetzt. Wir haben es in den letzten zehn Jahren erst geschafft, mit der Umsetzung der UN-Dekade auf diesen ersten Schwerpunkt zu kommen, nämlich Anerkennung, also überhaupt die Themen und die Anliegen von Schwarzen Menschen besprechbar zu machen, in der Politik überhaupt Zugang zu geben – deswegen war auch der Konsultationsprozess in Berlin sehr wichtig –, aber der Schwerpunkt Gerechtigkeit, also wirklich Antidiskriminierung mit Bezug auf Schwarze Menschen zu gestalten und sich überhaupt einen Überblick mit Studien und Zahlen zu machen – – Wir brauchen auch ein Konzept für positive Maßnahmen, denn wir brauchen einen Nachteilsausgleich. Strukturelle Diskriminierung muss im Umkehrschluss heißen, Nachteilsausgleich. Wir haben da viel Arbeit geleistet

in Bezug auf Geschlechterdiskriminierung, und es ist immer noch so, dass es nicht übertragbar gemacht wird auf andere Diskriminierungsmerkmale. Das muss sich ändern.

Und das Letzte, die Entwicklungsebene der UN-Dekade ist, dass wir uns ganz detailliert die Bereiche Wohnen, Bildung, aber auch Arbeit und Gesundheit anschauen. Auch dazu verweise ich gerne auf das Ausland, Kanada beispielsweise. Die haben mit ihren Strategien auch die verschiedenen privatrechtlichen und wirtschaftlichen Sektoren verpflichten können, zum Beispiel Indikatoren für den Abbau von Diskriminierung zu erreichen; das als ein Hinweis.

Ich kann nichts zum Studiengang Intersectional Black European Studies sagen, weil ich nicht involviert war, aber die Kolleginnen, die auch in der Kommission sind, können dazu bestimmt gerne Auskunft geben, zum Beispiel Maisha Auma und auch Peggy Piesche.

Ich möchte abschließend noch ein paar Worte an Sie richten, die mir wichtig sind: Wir benötigen ein politisches Bekenntnis für die Bekämpfung des anti-Schwarzen Rassismus. Ich beobachte – und das tun Sie bestimmt auch – diesen Rechtsruck in der Gesellschaft. Der ist alarmierend, aber was mich noch sehr viel schlimmer trifft, ist, dass in der Politik und auch in der Verwaltung insgesamt ein Schweigen zu beobachten ist und mit der fehlenden Unterstützung der Communitys, die auch dadurch gezeigt wird, dass Mittel zurückgenommen oder nicht bestätigt werden, der Eindruck entsteht, dass nicht alle Diskriminierungsformen gleichwertig behandelt werden. Dem gilt es wirklich entgegenzuwirken, und daher wünsche ich mir ein Bekenntnis aus dieser Kommission, aber auch insgesamt der Berliner Politik, dass anti-Schwarzer Rassismus weiterhin relevant ist und dass die Bekämpfung ein zentrales Anliegen ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Dr. Kaneza, für Ihren Beitrag, auch für die Beantwortung der Fragen! – Folgender Vorschlag: Wir würden jetzt in eine zweite Runde einsteigen. Wir haben noch die Zeit, wir haben die Zeit bisher gut eingehalten. Mein Vorschlag ist, fünf Minuten, mit der Möglichkeit, auch noch mal gezielt Fragen an den Senat zu stellen, und dass Sie dann, je nachdem, noch kurz darauf eingehen können, ansonsten eventuell auch noch mal neue Fragen schriftlich nachreichen, und ich würde dann noch mal kurz die Möglichkeit geben, Fragen, die an den Senat gerichtet worden sind, zu beantworten. Ich glaube, wir bekommen das in dieser einen Stunde gut hin. – Sie haben einen anderen Vorschlag, Herr Walter?

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für den Vorschlag! Ich wäre dankbar, wenn der Senat auch noch antworten könnte.

Vorsitzender Raed Saleh: Das war gerade mein Vorschlag. Wir können es auch umdrehen und sagen, zuerst die Antworten des Senats.

Sebastian Walter (GRÜNE): Genau, erst der Senat und dann wir.

Vorsitzender Raed Saleh: Wir können es auch so machen, aber mein Vorschlag war, umgekehrt, denn es gibt vielleicht auch Fragen von Ihnen, die Sie gezielt an den Senat stellen wollen. Sie haben ja gerade viele Fragen in Richtung der Experten adressiert. Wir können es auch umdrehen. Aber sonst würde ich Ihnen mit den fünf Minuten die Möglichkeit geben, Ihrer-

seits, also von der Kommission aus, noch mal Fragen an den Senat zu adressieren; wie Sie wollen. Was ist Ihr Vorschlag?

Sebastian Walter (GRÜNE): Ich fände es gut, wenn der Senat zunächst auf die Fragen antwortet. Dann können wir in der zweiten Runde ja auch noch mal darauf reagieren.

Vorsitzender Raed Saleh: Da bin ich leidenschaftslos, das können wir so oder so machen. Dann würde ich sagen, zuerst der Senat. – Wer fängt von Ihnen an? – Frau Senatorin. – Eine Sekunde! – Herr Stettner!

Dirk Stettner (CDU): Vollkommenes Einverständnis; lassen Sie uns nur sicherstellen, dass wir bitte nachher noch die Gelegenheit für die zweite Runde bei den Antworten des Senats haben.

Vorsitzender Raed Saleh: Von mir aus; da kennen Sie mich mittlerweile. Dann ist eben die Mittagspause kürzer oder findet gar nicht statt. Ich muss immer im Interesse der Kolleginnen und Kollegen darauf achten, dass wir Punkt 17 Uhr fertig werden. Deswegen können wir es gerne so machen. Das wäre meine Bitte; vielleicht konzentriert der Senat, und wir würden dann, je nachdem, was an Zeit übrigbleibt, noch eine zweite Runde eingehen. Okay? – Super, vielen Dank! – Dann Frau Senatorin.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Das macht schlechte Laune, zumindest bei mir, wenn es keine Mittagspause gibt; aber gut. – Vielen Dank! – Ich freue mich auch, heute hier zu sein. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kommissionsmitglieder! Liebe Anzuhörende! Ich bin aus terminlichen Gründen ja etwas später gekommen, deshalb werde ich grundsätzlich etwas sagen. In dieser Zeit wurden auch Fragen an den Senat gerichtet. Das würde dann der Staatssekretär beantworten.

Ich freue mich, dass wir uns heute mit den Bereichen anti-Schwarzer Rassismus, antiasiatischer Rassismus und Rassismus gegen Romja, Roma, Sintizze und Sinti beschäftigen, weil das auch in einer vielfältigen Stadt wie Berlin auf der Tagesordnung steht und für Berlin auch eine Herausforderung ist. Die Erscheinungsformen sind bekannt, sie wurden hier besprochen und vorgetragen. Alle betroffenen Gruppen erleben auch hier in Berlin täglich Diskriminierung, sei es auf dem Wohnungsmarkt, auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungs- und Gesundheitssektor, wenn wir beim Arzt sind, im Arbeitsleben, aber auch im sozialen Miteinander. Ich kann auch bestätigen: Diese Erfahrungen sind nicht nur individuell, sondern sie sind oftmals auch strukturell verankert in Institutionen, die wir haben, in medialen Diskursen, wie zum Beispiel jüngst in der antiziganistischen Berichterstattung über die Ereignisse in der Fuggerstraße, aber auch in historischen Kontinuitäten, insbesondere der deutschen Kolonialgeschichte.

Deshalb freue ich mich, heute und hier auch sagen zu dürfen, dass die Zuwendungsbescheide an EOTO, nämlich zur Errichtung des Schwarzen Community-Zentrums, rausgehen werden, das heißt, wir haben es bundes- und länderseitig erreicht, dass wir die Gelder hierfür haben und solch ein Zentrum in Berlin errichtet werden kann.

Wir haben diese Kommission. Hier wurden auch einige Vergleiche zu anderen Bundesländern gezogen. Da bitte ich ein bisschen um Vorsicht, weil Berlin noch immer bundesweit ein Vorreiter in der Antidiskriminierungsarbeit ist. Berlin ist das einige Bundesland, das ein Landesantidiskriminierungsgesetz hat. Mit der Frage, wie wir hier vorankommen, beschäftigt sich ja genau die Kommission, und damit, welche Maßnahmen wir in Zukunft politisch umsetzen wollen. Auch die UN-Dekade zu anti-Schwarzem Rassismus hat meine Verwaltung sehr positiv begleitet. Wir hatten verschiedene Veranstaltungen dazu, das will ich auch noch einmal hervorheben. Ob von der Kommission Maßnahmen beschlossen werden, wird sich in dieser Legislatur zeigen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten und die Diskussion dazu fortführen.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich glaube, es wird schwierig, auf die Vielzahl der Fragen zu antworten. Wir liefern gerne, wenn noch etwas übrig ist, auch noch einmal schriftlich nach. Es gab ein paar Fragenkomplexe, zu denen wir auf jeden Fall ein Stück weit Stellung nehmen wollen. Sie haben aber auch noch einmal die Gelegenheit, uns konkreter auf die einzelnen Punkte anzusprechen.

Erst einmal – die Senatorin hat es gerade gesagt – bewerten wir die Begleitung der UN-Dekade durch unsere Verwaltung positiv, und wir haben es geschafft, diese Maßnahmen zu verstetigen. Ich glaube, das ist schon an sich ein großer Erfolg. Die Senatorin hat gerade auch noch einmal ein Leuchtturmpunkt genannt. Es ist wichtig herauszuheben, dass wir – kurz nach dem Abschluss der einen UN-Dekade, ich glaube, da war im März oder April die Abschlussveranstaltung – zivilgesellschaftlich zusammengefasst und praktisch überhaupt erst einmal einen Überblick geben: Wo stehen wir da? Wir sind als Verwaltung gerade an dem Punkt, dass wir mit diesen Ergebnissen und auch mit den neuen Punkten in die Planung eintreten. Sie haben es gerade dargestellt. Das letzte Mal hat es zwei oder drei Jahre bis zu einem Senatsbeschluss gedauert. Wir hoffen nicht, dass es so lange dauert, aber wir haben natürlich trotzdem jetzt erst einmal Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen und müssen auch fachlich bei uns priorisieren: Was können wir leisten?

Dann fand ich das Thema – wir sind ja noch bei Grundlagen – zu den Ansprechpersonen sehr interessant. Da wurde die Beauftragte gefordert. Wir sind dezidiert einen anderen Weg gegangen. Wir haben gesagt, wir wollen bewusst eine Person, die in der ministeriellen Verwaltung verankert ist, die auf das Netzwerk innerhalb der Verwaltung zurückgreifen kann, die auch auf den Stab der Verwaltung zurückgreifen kann, also wirklich sehr eingebunden ist und sich mit den Kolleginnen und Kollegen auch um andere Themenfelder kümmert – nicht als Einzelkämpferin, sondern als Teamplayerin. Das ist eine Erfahrungs- oder Einschätzungsfrage politischer Art: Ist das jetzt besser als jemand, der ein bisschen isoliert von der normalen Linie der Verwaltung ist und vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle nicht in Vorgänge miteingebunden wird, oder vielleicht dann doch jemand, der in der Verwaltung verankert ist? Jedenfalls haben wir uns für diesen Weg entschieden. Wir haben aber die Ansprechperson durch den Auftrag des Senats auch mit einem Presserecht und eigenen Aufträgen ausgestattet, sodass sie auch sehr autonom handeln kann. Natürlich ist das auch immer eine Abstimmung mit uns als politischer Leitung. Deswegen sind wir sehr zuversichtlich und optimistisch, dass die Arbeit dieser Ansprechperson, die gerade erst vor doch relativ kurzer Zeit ihre Arbeit aufgenommen hat, Früchte tragen wird, und sie trägt auch schon Früchte. Das ist uns ganz wichtig zu sagen.

Darüber hinaus wurde zwar gesagt, wir haben es in das Gesetz geschrieben, aber es wurde viel in das Gesetz geschrieben. Wir haben es umgesetzt. Wir haben diesen Beirat überhaupt erst ins Leben gerufen. Wir arbeiten gerade an einer Geschäftsstelle. Wir sind also richtig ins Handeln gekommen. Ich war letztens mit dem Vorsitzenden des Sinti-und-Roma-Beirats einen Tag lang auf einer Tour durch verschiedene Einrichtungen, wo er Probleme sieht. Das bedeutet, wir sind ganz praktisch hingegangen und haben uns angeschaut, wo die Probleme sind. Das ist jedenfalls unser Motto: Hingehen und dann auch etwas anpacken.

Dann ist noch die Verfestigung von Mitteln wichtig. Ich glaube – das hat die Senatorin auch schon mehrmals deutlich gemacht –, dass es uns wirklich gelungen ist, diesen historisch großen Antidiskriminierungstopf an Geld doch maßgeblich zu verteidigen und alle fachpolitischen Priorisierungen, die hier auch gerade eine Rolle gespielt haben, tatsächlich fortzusetzen. Es ist immer wichtig, ein Stück weit zu schauen, und das ist ja auch die Aufgabe dieser Kommission: Wie bekommt man noch mehr hin? Ein Stück weit ist unsere Aufgabe aber auch, Dinge und Strukturen zu verstetigen, und Potenziale und auch Expertise bei uns zu halten. Das ist etwas, das uns gelungen ist. Jedenfalls können wir viele Projekte absichern und ihnen auch eine Perspektive für den Doppelhaushalt geben, sofern das Parlament das entscheidet. Vielleicht erst einmal so viel zu den Fragen.

Wir haben in Berlin diese Grundlage des LADG und des PartMigG, die in der Bundesrepublik einzigartig ist. Wir haben auch eine einzigartige Monitoring- und Meldestelleninfrastruktur. Das gehört ehrlicherweise zur Wahrheit auch dazu. Wir haben beispielweise mit NARUD auch eine Stelle, EOTO wurde genannt, das bedeutet, wir haben da viel an Expertise und Kompetenz. Und weil das Thema Diskriminierung im Gesundheitswesen angesprochen wurde: Wir werden auch die Fachstelle zu Diskriminierung im Gesundheitswesen an den Start bringen. Ich gebe Ihnen völlig recht, sehr geehrte Anzuhörende, dass alle diese Stellen natürlich intersektional aufgestellt werden müssen und dass wir sie auch immer wieder an neue fachpolitische oder auch wissenschaftliche Erkenntnisse anpassen müssen. Jedenfalls kenne ich die LADS jetzt so gut, dass sie da natürlich immer offen ist, und deswegen nehme ich das Angebot gerne an. Wenn wir noch einen Gesprächskreis mehr bilden, bin ich dort auch gerne dabei. Ich finde aber auch, dass wir ein paar Sachen in den letzten Jahren ganz gut vorangetrieben haben, und es ist auch unser Job, das zu sagen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Herr Staatssekretär Friederici!

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Vertreter der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt möchte ich kurz noch unsere Sichtweise und die uns gestellten Fragen wenigstens erwähnen und versuchen, eine Möglichkeit der Antwort zu geben. Zunächst sagen wir auch ganz herzlich Danke dafür, dass wir heute hier sein können und die sehr wertvollen Beiträge der Anzuhörenden gehört haben, woraus sich natürlich auch Fragen ergeben, das ist selbstverständlich, und möglicherweise auch neue Handlungsoptionen und Handlungsideen.

Ich möchte zunächst einmal auf grundsätzliche Fragen eingehen. Frau Eralp, Sie haben es angesprochen, und ich glaube, es kam auch bei Ihnen vor, Frau Dr. Suda: Warum gibt es in der Verwaltung so wenig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an den Schulungen zum Thema Antisemitismus und Antirassismus teilnehmen? – Dazu kann ich sagen: Es ist so, wie Sie

es schon in der ersten Antwort beschrieben haben, ich biete aber gerne an, dass wir uns noch einmal nur für die Senatsverwaltung für Kultur in einem schriftlichen Format an Sie wenden, um Ihnen darauf zu antworten.

Ich möchte dann noch den Hinweis geben, weil die Frage aus dieser Runde kam: Warum sind bestimmte Bestandteile in der Koalitionsvereinbarung enthalten und andere nicht, und wie stehen wir dazu? – Dazu möchte ich Ihnen sagen: Da hat der Senat kein Recht, sich zu äußern. Die Koalitionsvereinbarungen werden von Parteien geschlossen, die daraus über ihre Fraktionen die Landesregierung bilden. Von daher können wir dazu keine Auskunft geben. Die Frage steht im Protokoll, und dazu muss ich Ihnen dies einmal sagen. Die Parteien schließen die jeweilige Koalitionsvereinbarung. Das ist bei uns in Berlin tradierte Übung.

Ich möchte kurz auf die Themen des ersten Kreises hinsichtlich der Förderung in der Kultur eingehen. Ich glaube, Frau Dr. Suda, Sie haben das angesprochen. Wir hatten zum Beispiel das Thema sonstige Zuschüsse an Museen, hier den Verein Gedenkstätte Zwangslager Berlin-Marzahn – eine klare Lösungsstellung, die Gedenkkultur in unserer Stadt stark zu unterstützen. Auch diese Förderung wird nach Vorschlag des Hauses für den Haushaltsplan 2026/2027 so weitergehen. Wir haben darüber hinaus noch folgende Hinweise: Auf dem Gelände am heutigen Otto-Rosenberg-Platz in Berlin-Marzahn befand sich zwischen 1936 und 1945 ein nationalsozialistisches Zwangslager für Sinti und Roma. Die erste Verhaftungswelle von 600 Männern, Frauen und Kindern fand im Juli 1936 statt. Das Lager diente der sogenannten Konzentration, das heißt, der räumlich leichteren Kontrolle sowie der Selektion nach rassenideologischen Kriterien, der Ausbeutung durch Zwangsarbeit und der Vorbereitung der Deportation in Konzentrationslager. Seit 2011 wird an diesem authentischen Ort auf Ausstellungstafeln über die Geschichte des Lagers informiert und an das Schicksal der dort internierten Menschen erinnert. Im Zentrum der Ausstellung stehen die Biografien der Opfer. Seit dem Haushaltsjahr 2021 wird die Erinnerungsarbeit des Vereins dauerhaft unterstützt. Das ergänzt den Anfangssatz zu diesem Thema.

Darüber hinaus haben wir in den Förderkriterien, gefördert im Jahr 2025, einmal den Träger Verein für die Geschichte Friedrichshain-Kreuzbergs e.V. mit dem Projekt „Kämpfe um Aufarbeitung, Anerkennung und Erinnerung aus Perspektive von Rom*nja und Sinti*zze nach 1945“. Darüber hinaus im Jahr 2024 den Träger Straßenlärm Berlin e.V. mit dem Projekt „Antiziganistische Straßen, Plätze und Denkmäler im Berliner Stadtraum“. Darüber hinaus im Jahr 2023 aus der Förderung ebenfalls der zeitgeschichtlichen und erinnerungskulturellen Projekte den Träger Kien Nghi Ha mit dem Projekt „Asiatische Präsenzen in der Kolonialmetropole Berlin“.

Ich möchte noch etwas zur Geschichte und zum Kolonialismus sagen. 2019 beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus unter der Überschrift „Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit“ die Ausarbeitung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts, dessen Ziele sein sollten, die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des mit Berlin verbundenen Kolonialismus zu intensivieren, das Thema in Wissenschaft und Bildung zu verankern und vor allem auch zur Versöhnung beizutragen. Dabei kommt der Senatsverwaltung für Kultur eine sehr wichtige Aufgabe in diesem Gesamtkomplex zu. Die Stiftung Stadtmuseum Berlin spielt hier die zentrale Rolle für uns. Hier wurden verschiedene Sonderprojekte angesiedelt, um die landesweite museale und erinnerungskulturelle Auseinandersetzung

zung mit dem Kolonialismus langfristig und strukturell zu implementieren. Frau Dr. Suda, Sie haben vorhin kurz gesamthaft auf das Thema hingewiesen.

Hierzu wurde 2022 das Team Erinnerungskonzept „Kolonialismus“ der Stiftung Stadtmuseum Berlin eingerichtet. Dr. Ibou Diop und sein Team erarbeiten in einem mehrstufigen zweijährigen Prozess und in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Zivilgesellschaft ein Konzept. Sie fragten: Wie geht es weiter? – Eine Vorstellung und Diskussion der ersten Ergebnisse des Prozesses erfolgte im März 2023 in der Akademie der Künste und schließlich im April 2024 im Haus der Kulturen der Welt im Berliner Tiergarten. Bis zur Finalisierung durchlief das Konzept intensive Überarbeitungsprozesse, in die insbesondere der historische Beirat bei der Senatorin für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt als wissenschaftliches Fachgremium eng eingebunden war. Das Konzept wird derzeit hausintern abgestimmt und wurde noch nicht in den parlamentarischen Prozess eingeführt und überführt. Eine Veröffentlichung ist nach jetziger Planung aber für 2025 geplant.

Weitere Pilotprojekte fanden an den Landesmuseen Brücke-Museum, Stadtmuseum Berlin und dem Deutschen Technikmuseum statt, die sich mit kolonialen Verstrickungen der jeweiligen Sammlungen befassten. Verschiedene Ausstellungen und Publikationen spiegeln die Arbeitsergebnisse wider. Um abseits der großen geförderten Institutionen auch gezielt dezentrale Vorhaben zur Aufarbeitung des Kolonialismus zu unterstützen, wurde der Projektfonds zur Förderung zeitgeschichtlicher erinnerungskultureller Projekte der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt um zusätzliche Mittel aufgestockt. Darüber hinaus wurde für die Verankerung der Aufarbeitung des Kolonialismus in den Berliner Bezirken der Bezirkskulturfonds mit Sondermitteln für die Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte ergänzt.

Soweit mein Beitrag. Alles andere, wenn mir im Protokoll noch etwas auffällt, oder Sie das Gefühl haben, dass ich nicht in gebotener Schärfe und inhaltlich schwer darauf geantwortet habe, können wir gerne in einer zweiten Runde erörtern. Ansonsten haben wir noch das Protokoll. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Mein Vorschlag ist jetzt: noch einmal fünf Minuten pro Farbe. Wir fangen wieder bei Ihnen an, Herr Stettner. – Wer spricht für Sie?

Dirk Stettner (CDU): Herr Prof. Hansen.

Vorsitzender Raed Saleh: Sehr gerne! Fünf Minuten insgesamt.

Dr. Hendrik Hansen: Vielen Dank! – Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst dem Dank an die Sachverständigen anschließen, weil wir hier heute Morgen ganz erschütternde Beispiele für rassistische Diskriminierung mitten in unserer Gesellschaft gehört haben. Das zeigt, dass wir von der Verwirklichung des Traums von Martin Luther King, dass die Hautfarbe für seine Kinder keine Rolle mehr spielen möge, immer noch entfernt sind – und zwar trotz aller Verbesserungen, die es gab. Die Frage ist jetzt aber doch, wie man diese rassistische Diskriminierung sinnvoll und nachhaltig bekämpfen kann. Der afroamerikanische Publizist Coleman Hughes hat einen Band veröffentlicht. Dieses Jahr ist er auf Deutsch erschienen. Der deutsche Titel lautet „Farbenblind – Plädoyer für eine Gesellschaft ohne Race-

Politik“, also Race wegen der anderen Konnotation dieses Begriffs als der deutsche Begriff Rasse. Er plädiert dort für ein farbenblindes Amerika, und ich frage mich, ob das nicht auch in besonderem Maße ein Leitbild für Berlin und überhaupt für die Gesellschaft in Deutschland sein sollte.

Ich habe hier in verschiedenen Beiträgen so ein bisschen die Tendenz herausgehört, dass wir Diskriminierung, rassistische Diskriminierung mit immer mehr Beauftragten bekämpfen sollten. Meine Frage ist, ob das nicht einer Logik folgt, nach der wir letztlich Opferkollektive bilden, mit der Tendenz, dass wir die Zahl solcher Kollektive immer mehr vervielfältigen, und mit der gravierenden Gefahr, dass dann die Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung letztlich zerfasert, dass sie dadurch geschwächt wird. Ein farbenblindes Berlin würde bedeuten, dass das Land eine starke Stelle hat, die sich mit rassistischer Diskriminierung auseinandersetzt, und zwar unabhängig von der Hautfarbe, egal ob es um afrikanischstämmige Menschen oder asiatischstämmige Menschen geht und so weiter. Das ist etwas anderes für Politik und Verwaltung als für die Wissenschaft. Auf der Ebene der Wissenschaft braucht es selbstverständlich die Differenzierung nach den verschiedenen Gruppierungen, die Aufarbeitung der einzelnen Verbrechen, die bestimmten Gruppierungen gegenüber erfolgt sind. Auch in der Zivilgesellschaft sehe ich sehr wohl die Notwendigkeit, dass natürlich jede Gruppierung für sich spricht und ihre Position in den gesellschaftlichen Prozess einbringt. Aber da sehen wir schon, dass es bei den zivilgesellschaftlichen Gruppierungen eine gewisse Konkurrenz in dem Ringen um Wahrnehmung im öffentlichen Raum gibt, und das sollte auf der Ebene der Verwaltung und des Senats gerade nicht passieren. Gerade wegen der Gefahr einer solchen Konkurrenz sollten aus meiner Sicht Politik und Verwaltung doch diesem Ideal der Farbenblindheit folgen und eben nicht mit zig Beauftragten reagieren, sondern mit einer starken Stelle gegen rassistische Diskriminierung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Sie haben noch zwei Minuten. Gibt es noch eine Ergänzung von Ihnen? – Herr Lenz!

Stephan Lenz (CDU): Ich kann nur direkt daran anschließen und dafür werben, das als Debattenbeitrag anzunehmen. Es geht auch darum, hier in Verhandlungen zu kommen, was einen eint und was einen nicht eint – nicht, dass da ein falscher Eindruck entsteht. Ich glaube, es ist wichtig, zumindest einmal mit einzupreisen, dass man auch maßhalten muss, weil man natürlich für jede Idee eine Rechtfertigung finden und immer weiteren Ressourceneinsatz fordern kann. Herr Landero hat es dargelegt. Berlin ist da ganz weit vorn, und wir setzen in einem wirklich einzigartigen Ausmaß Mittel in Berlin ein. Es muss auch einmal gesagt werden, wie viel hier schon stattfindet. Das ist hier auch schon gefallen: Der Etat, von dem eben kurz die Rede war, beläuft sich auf 35 oder 36 Millionen Euro, und wenn man das in Relation zu anderen Dingen setzt, die wir machen oder nicht machen können, weil kein Geld da ist, ist damit eine hohe Verantwortung verbunden – was nicht heißt, dass nicht an der einen oder anderen Stelle Verbesserungen vorgenommen werden müssen. Es ist eine hohe Verantwortung, weil so viel staatliches Geld eingesetzt wird. Man muss diesen Ressourceneinsatz immer wieder einer Überprüfung unterziehen und schauen, inwieweit es hier nicht Doppelungen gibt und inwieweit es nicht sogar sein müsste, bestimmte Dinge vielleicht zielgerichteter zu machen.

Zum Abschluss schließe ich an das an, was Herr Hansen gesagt hat. Wenn man allgemeine Maßstäbe hat, die für alle gelten, und die Ziele, die mit diesen Maßstäben verbunden sind,

allgemeingültig macht und durchsetzt, kann das auch dazu führen, Mehrfachstrukturen zu vermeiden. Noch einmal: Eine zu starke Ausdifferenzierung, bei aller Berechtigung vorgetragener Interessen, ist nicht immer ein Fortschritt. Es kann auch ein Rückschritt sein. Es ist gerade eine zivilisatorische Errungenschaft, allgemeingültige Maßstäbe zu schaffen und durchzusetzen. Wenn jeder für seine eigenen Interessen kämpft, dann wird dieser allgemeingültige Maßstab geschwächt, und das birgt das Risiko, dass wir damit das Gegenteil von dem erreichen, was wir möchten, also zum einen, dass diese Allgemeingültigkeit weniger durchsetzungsfähig ist, und zum anderen auch, dass die Akzeptanz darunter leidet.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Lenz! – Wer spricht bei Ihnen, Herr Walter?

Sebastian Walter (GRÜNE): Wir teilen uns auch auf. Ich fange an.

Vorsitzender Raed Saleh: Gerne. Fünf Minuten insgesamt.

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Eine direkte Reaktion auf den Bericht des Senats: Der Senat hat jetzt nichts konkret zu antiasiatischem Rassismus gesagt. Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen, was es an bestehenden Maßnahmen gibt und was die Planungen des Senats für den Bereich zukünftig sind.

Zum Zweiten: Herr Friederici, erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung. Es wurde der Koalitionsvertrag adressiert. Es ist richtig, dass der Senat da nicht auskunftsfähig oder -pflichtig ist. Allerdings entsprechen die Richtlinien der Regierungspolitik quasi eins zu eins dem Koalitionsvertrag mit wirklich minimalen Abweichungen. Für die Themenfelder, die genannt wurden sind, gibt es keine Abweichungen. Insofern können Sie ja zu den Richtlinien der Regierungspolitik in Bezug auf die geäußerten Maßnahmen für die Koalition Stellung beziehen.

Ich bin sehr dankbar, Frau Dr. Suda, dass Sie noch einmal das gesamtstädtische Erinnerungskonzept angesprochen haben. Herr Friederici, Sie haben noch einmal den Zeitplan angesprochen. Wir befürchten da etwas: Bereits im April 2024 wurden dem Senat das Konzept der Zivilgesellschaft und unsere Schriftliche Anfrage übergeben. Sie haben es jetzt auch noch einmal gesagt. In der Schriftlichen Anfrage steht, dass das voraussichtlich 2025 dem Parlament vorgestellt wird. Ich habe Sorge, dass das nicht mehr erfolgt, und insbesondere, dass jetzt in den Haushaltsberatungen keine Mittel eingestellt werden, um die Maßnahmen dann entsprechend umsetzen zu können. Vielleicht können Sie meine Sorge entkräften, aber soweit ich es mitbekommen habe, ist kein Geld im Haushalt dafür vorgesehen.

Zu der UN-Dekade und den Umsetzungen: An einer Stelle bin ich jetzt doch ein bisschen irritiert, was der Senat berichtet, denn im Ausschuss im Januar 2024 haben Sie, Frau Senatorin, gesagt, dass noch im Jahr 2024 eine Senatsvorlage zur Verfestigung und Weiterentwicklung von Maßnahmen gegen anti-Schwarzen Rassismus im Rahmen der UN-Dekade erarbeitet und dann auch beschlossen werden sollte. Insofern würde ich gerne wissen, warum Sie diesem Zeitplan hinterherhängen und ob diese Vorlage jetzt noch im Senat kommt. Der Wunsch war hier sogar, einen eigenen Beschluss für die zweite UN-Dekade zu fassen.

Letzter Punkt: Das Ganze ist auch im Haushalt verwoben. Im Moment werden Mittel für die Empowerment-Arbeit für Schwarze Jugendliche gestrichen. Insofern bin ich mir nicht ganz

sicher, was den Worten in der Konsequenz folgt, wenn die Haushaltsmittel in Teilbereichen gar nicht mehr zur Verfügung stehen.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank! – Ich möchte ausdrücklich allen Anzuhörenden danken. Vielen Dank, dass Sie da waren und uns mit so viel Expertise versorgt haben! Das habe ich vorhin auch schon gesagt, aber ich glaube, es besteht die Notwendigkeit, das noch einmal zu tun. Das ist meiner Wahrnehmung nach die erste Sitzung, die so sachlich und geordnet – in Anführungsstrichen – abläuft, in der wir Konkretes besprechen können, ohne eine Standortbestimmung in Sachen, was Rassismus ist oder nicht, vornehmen zu müssen. Das finde ich erst einmal gut. Wir machen aber eine Sachstandserhebung darüber, welche Maßnahmen es gibt. Wir haben offensichtlich einen Konsens – darüber bin ich froh, denn in den letzten Sitzungen war das nicht so –, dass es diese Formen des Rassismus gibt, dass es strukturellen Rassismus gerade in diesen Bereichen gibt und dass er sich auf die Leben der betroffenen Gruppen auswirkt. – [Dennis Haustein (CDU): Das hat keiner gesagt!] – Darf ich ohne Zwischenkommentierung meinen Beitrag beenden? Dann können Sie danach sprechen, wenn Sie möchten oder auch nicht. Ich habe jetzt das Rederecht.

Wir haben jetzt die Gelegenheit, über Konkretes zu sprechen. Es gab viele Punkte, die die Anzuhörenden benannt haben, deshalb habe ich ihnen explizit gedankt. Sie haben auch Lücken aufgezeigt. Dazu hat der Senat nicht Stellung bezogen. Wir haben nicht darüber gesprochen, was es an Monitoring und Mindeststandards im Bereich des antiasiatischen Rassismus geben müsste, welche Praxis im Gesundheitswesen und der Verwaltung vorherrscht und was der Senat zu tun gedenkt, wie das Meldeverhalten verbessert werden könnte, Zugänge geschaffen werden könnten, wie beispielsweise Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in verschiedenen anderen Feldern bekämpft werden könnte – gerade für diese Gruppen. Wir haben nicht über Curricula und über Bildung gesprochen und was der Senat dort tut, wie er seine Verwaltung dahin gehend weiter schult, wie er den blinden Fleck des antiasiatischen Rassismus bei sich benennt und Maßnahmen oder überhaupt Gedanken mit uns teilt. Nichts davon ist benannt worden. Auch im Bereich Rassismus gegen Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma sind wir nicht über eine Ansprechperson hinausgekommen. Wie ist denn die Zusammenarbeit zwischen Ansprechpersonen und dem Beirat für Angelegenheiten von Rom*nja und Sinti*zze, und wann gibt es ein gemeinsames Arbeitsprogramm, das der Senat vorlegen möchte? Was sind da die konkreten Punkte? Das ist doch keine Selbstbespaßungs runde für Abgeordnete, die Langeweile haben und dann zusammenkommen, um sich noch einmal Expertise hereinzuholen – die wir kennen. Wir wissen, was die Expertinnen und Experten uns sagen werden, zum großen Teil, nicht alles, aber wir wissen, dass der Ball jetzt beim Senat liegt, und dahin gehend haben wir nichts gehört.

Ein letzter Punkt, weil es hieß, dass es eine zivilisatorische Errungenschaft wäre, dass man gemeinschaftliche Werte hätte und dass man das jetzt hochhalten solle. – Ja! Es geht nicht darum, dass hier Gruppen für ihre eigenen Interessen kämpfen. Es geht darum, dass wir für Gerechtigkeit einstehen. Es geht darum, dass wir Menschenrechte einfordern – [Beifall im Zuschauerraum] –, und nicht darum, dass jeder seine Interessen um jeden Preis durchsetzen will. Das sind jetzt nicht die privilegierten Gruppen, die sonst zu ihrem Recht kommen. Es geht nicht um Privilegien.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Beitrag! – Wir haben jetzt noch zwei Beiträge, und dann sage ich noch etwas zum weiteren Verlauf heute. – Herr Özdemir, wer spricht bei Ihnen?

Orkan Özdemir (SPD): Frau Dr. Bostancı!

Vorsitzender Raed Saleh: Frau Dr. Bostancı, Sie haben das Wort!

Dr. Seyran Bostancı: Vielen Dank! – Auch ich bedanke mich für die konstruktive Sitzung und freue mich auch zu hören, dass hier eine hohe Verantwortung und Einsicht in die Verantwortung auf politischer Ebene erkannt wird. Ich würde gerne zum Thema Farbenblindheitskonzepte ein paar Daten und Zahlen aus dem Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor entgegenhalten, und warum es vielleicht nicht so ganz sinnvoll ist, an dieser Konzeption festzuhalten. Unsere Daten zeigen, dass Diskriminierung eine alltägliche Realität für rassistisch markierte Menschen darstellt, und mehr als jede zweite Person aus dieser Gruppe, also 54 Prozent, berichtet, mindestens einmal im Monat Diskriminierung erlebt zu haben. In diesem Kontext ist vielleicht besonders relevant: Hautfarbe wird als zentraler Diskriminierungsgrund hervorgehoben. Besonders Schwarze Befragte sehen darin eine wiederkehrende Ursache. 84 Prozent der Schwarzen Frauen und 77 Prozent der Schwarzen Männer geben an, aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert worden zu sein.

Das heißt, wir können hier gar nicht farbenblind vorgehen, weil es nun einmal eine relevante Kategorie ist, aufgrund derer Menschen diskriminiert, abgewertet und auch von sozialer Teilhabe ausgeschlossen werden. Das zeigen empirische Studien und unsere Panelumfragen, aber auch auf internationalem Raum ist das Standard und Gesetz. Daher würde ich hier vorsichtig sein, weil wir ja auch von Fortschritt gesprochen haben, nicht in einen Rückschritt zu gehen und das, was Berlin als Leuchtturmpunkt an Antidiskriminierungsarbeit aufgebaut hat, abzubauen. Auch die Mittelkürzungen betreffen vor allem die Teilhabe von jungen Menschen im Kontext von Bildung. Wir kommen hier ja auch zu dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt zusammen. Unsere Studien zeigen, dass Diskriminierungserfahrungen auch das Vertrauen in politische Institutionen niederschmettern. Von daher denke ich, dass Diskriminierungsschutz und Maßnahmen dagegen ein notwendiger Teil sind, um auch die Demokratie in Berlin zu stärken.

Ich hätte tatsächlich noch Gegenfragen, aber ich bin unsicher, ob es dafür jetzt noch die Möglichkeit gibt.

Vorsitzender Raed Saleh: Stellen Sie Ihre Fragen ruhig!

Dr. Seyran Bostancı: Frau Weiß, Sie haben gesagt, dass vor allem beim Thema Rassismus gegen Romnja und Roma sowie Sintizze und Sinti auch im Schulbereich Diskriminierungen stattfinden. Können Sie das vielleicht noch einmal konkretisieren, damit wir uns das vorstellen können, und auch, was für Gegenmaßnahmen notwendig wären? Denn Bildung ist ja auch der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe, und wenn ich höre, dass viel Diskriminierung oder Rassismuserfahrungen stattfinden, welche Gegenmaßnahmen müsste man ergreifen?

Die nächste Frage richtet sich an Frau Kaneza: Welche Ziele sollte die Umsetzung der zweiten UN-Dekade in Berlin eigentlich verfolgen? Haben Sie konkrete Ideen, die Sie hier darlegen können?

In Richtung Senat: Wenn jetzt Mittelkürzungen drohen, vor allem in dem Bereich Bildung und Teilhabe, was für Gegenmaßnahmen sind dahin gehend geplant, damit wir weiterhin in die Prävention investieren können und am Ende nicht zu viel Schaden haben? – Danke sehr!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Dr. Bostancı! – Wer spricht bei Ihnen, Frau Eralp?

Elif Eralp (LINKE): Zuerst Frau Barz und dann ich.

Vorsitzender Raed Saleh: Gerne! Fünf Minuten insgesamt. – Bitte schön!

Hajdi Barz: Vielen lieben Dank! – Es gibt ein paar Ergänzungen, die ich gerne benennen möchte, und zwar: Vielen Dank, Frau Dr. Kaneza, für den Hinweis auf Hamburg! Diese haben nämlich auch eine Senatsstrategie zu Rassismus gegen Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma. Darin haben sie einige der ganz relevanten Forderungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus in Maßnahmen und Gelder übersetzt. Damit, würde ich behaupten, ist Hamburg auf jeden Fall Vorreiterin, was Antidiskriminierung in Bezug auf unsere Communitys betrifft. Sie sind auch schon in einem Partizipationsprozess. Wir warten noch immer auf konkrete Maßnahmen nach der Veröffentlichung im Jahr 2021.

Ich habe auch noch eine Frage an die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – SenASGIVA –. Das verbindet sich mit einer Frage an weitere Senatsverwaltungen. In der zweiten Sitzung hatte Herr Sinanoğlu nach der Umsetzung der Forderungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus und des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit gefragt. Die SenASGIVA war die einzige, die darauf geantwortet hat. Sie hat Maßnahmen beschrieben, also Projekte, die die Community selbst umsetzt, die sie zwar ermöglicht, aber ich sehe keine Strategie. Ich wüsste gerne, weil bei Ihnen im Haus auch die Antidiskriminierung sitzt: Wie arbeiten Sie zusammen? Das ist ja ein interdisziplinäres Thema. Antidiskriminierung lässt sich nicht unabhängig von Bildung, Justiz, Polizei und so weiter denken. Wie wirken Sie in andere Senatsverwaltungen eigentlich hinein? Welche Berechtigungen haben oder brauchen Sie vielleicht auch dafür?

Dann habe ich mich sehr gewundert. Ich finde dieses Konzept der Aufarbeitung bei der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt sehr interessant. Ich habe als Mitglied des Beirats für die Angelegenheiten von Rom*nja und Sinti*zze davon noch nichts gehört und würde mir doch sehr wünschen, dass wir dort einbezogen werden – was ja das große Thema des Tages ist und auch die anderen Communitys ganz stark betrifft.

Ich will noch ein paar Hinweise zum Minderheitenrecht geben: Das Minderheitenrecht umfasst das Recht, seine Kultur und Sprache zu leben, und das Recht auf politische Partizipation. Das ist meines Erachtens bisher unzureichend umgesetzt. Es gibt zum Beispiel das Recht auf eigene Medien, und das ist etwas mehr als ein Artikel über Roma im rbb und davon – in einer schnellen Recherche heute früh – 78 über die ganze Zeit des rbb. Das ist zu wenig. Ja, wir haben ein Projekt von Amaro Foro, das sich darauf bezieht, aber das ist nicht alles. Was ist der Output? Wir können nicht immer sagen, wir haben schon mal etwas gemacht, und dann ist ein Haken dahinter, sondern wir müssen schauen: Was kommt bei den Communitys an? Diese Frage stelle ich mir regelmäßig. Wir haben für alles ein kleines Projekt mit überarbeiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die alle mehr arbeiten, als die Kapazitäten es hergeben, weil die Communitys sehr viel mehr Bedarf an Beratung und Unterstützung anfragen. Wo sind die Romani-Journalistinnen und -Journalisten im rbb? – und so weiter. Solche Dinge schließen sich hier an. – Jetzt gebe ich an meine Kollegin weiter.

Elif Eralp (LINKE): Ich möchte mich meiner Kollegin Tuba Bozkurt anschließen, denn das Gegeneinanderausspielen von Gruppen wird aktuell sehr stark von politischer Ebene aus betrieben, und diese Kommission hat den Auftrag, und da sollten wir uns einig sein, dem entgegenzuwirken. Wenn sich diskriminierte Gruppen zu Wort melden und Forderungen stellen, heißt es ausgerechnet von in unserer Gesellschaft Privilegierten, diese sollten doch nicht alle ihre eigenen Befindlichkeiten nach vorn stellen und es müsse um das große Ganze gehen. Es geht um das große Ganze, nämlich um Demokratie, Teilhabe und Chancengleichheit und die Frage, ob wir uns darüber einig sind, dass wir alles dafür tun müssen, um diesen Zustand herzustellen, und dass wir annehmen müssen, was uns die Zivilgesellschaft sagt.

Jetzt komme ich zu meinen Fragen. Zuerst möchte ich den Anzuhörenden vielen Dank sagen, denn Sie sind sehr detailliert und intensiv auf alle Fragen eingegangen und haben sie beantwortet. Allerdings haben die Senatsverwaltungen kaum eine Frage von mir beantwortet, außer zu den Schulungen. Aber was ist mit den Schulungen bei SenASGIVA? Auch dazu habe ich gefragt, und auch zu der Zusammenarbeit mit dem Beirat. Werden dem Beirat Akten zur Verfügung gestellt? Bekommt er Informationen? Wird er überall einbezogen? Wir haben eben schon gehört, dass das nicht der Fall ist. Was ist mit den verschiedenen Selbstvertretungen? Warum wurden sie bei der Entscheidung zu dem Mahnmal nicht einbezogen? Was ist mit der Arbeitshilfe Jobcenter? Dafür ist auch Ihre Verwaltung mitzuständig.

Was ist mit den Abschiebesteigerungen von Romnia und Roma? Da steht in der Anfrage, die Sie, Herr Max Landero, unterschrieben haben, dass der Anstieg der Abschiebungen von Menschen nach Moldau moderat und steigerungsfähig ist. Sind Sie dieser Auffassung, oder sind Sie mit der Innenverwaltung darüber in das Gespräch gegangen? Wie kann es sein, dass Sie so eine inhumane Aussage mit Ihrem Namen und aus Ihrer Senatsverwaltung unterschreiben? Was ist mit der UN-Dekade und der Umsetzung? Dazu haben wir wenig gehört – ein bisschen, aber zu wenig. Was ist mit Ihrem Einwirken auf die Innenverwaltung und die Polizeidatenbanken, über die wir heute gesprochen haben? Was ist mit dem Einwirken auf das Projekt zu Intersectional Black European Studies – InBEST –, das, wie gesagt, abgeschafft wurde, obwohl es für viele, gerade Schwarze Studierende ein Leuchtturm in Berlin war? Was ist mit den Kürzungen im Antidiskriminierungsbereich bei Bildung? Wird es wieder einen Notfallfonds von SenASGIVA geben, oder wie werden sie dort abgefangen?

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Wir machen jetzt erst einmal einen Punkt, was die Fragen der jeweiligen Farben betrifft. Vorhin hat Frau Bozkurt gesagt, es läuft heute sehr gut im Dialog. Man darf den Tag nicht vor dem Abend loben, aber bisher haben wir einen sehr guten Austausch miteinander, und ich hoffe, es geht auch in der zweiten Halbzeit gleich so weiter. Ich fand es heute wirklich einen guten Austausch von Argumenten.

Mein Vorschlag ist jetzt, die Verfahrensweise zu ändern: Es wurden nur zwei Fragen an die Anzuhörenden adressiert, die man eventuell auch schriftlich nachreichen könnte. Viel mehr Fragen waren tatsächlich in Richtung des Senats adressiert. Wollen wir es für die restlichen Minuten zur Beantwortung so machen, dass wir an die Senatsverwaltungen zurückgeben, und Sie würden Ihre Fragen einreichen? So könnten wir dann in einer Viertelstunde oder 20 Minuten auch einen Punkt setzen. Ich würde also den Vorschlag machen, dass der Senat noch einmal die Möglichkeit zur Beantwortung bekommt. Ist das für Sie okay? Ich schaue in die Runde. – Gut, dann reichen Sie die Fragen schriftlich nach. – Zur Beantwortung der Fra-

gen: Was die Senatsverwaltungen nicht schaffen, wird auch noch einmal schriftlich nachgereicht, aber so können sie noch einmal kurz auf die Punkte eingehen.

Einen Satz nur, weil es gerade hieß, Finanzen diskutiert man nicht hier in der Kommission: Stimmt, das diskutiert man im Parlament, aber eine Kommission darf natürlich über Schwerpunkte oder Notwendigkeiten von Maßnahmen diskutieren – auch als Empfehlung für kommende Regierungen. Das ist dann natürlich erlaubt und wird am Ende auch Gegenstand von Beratungen sein, dass man Schwerpunkte setzt, und Schwerpunkte kosten nun einmal Geld. Natürlich wird jetzt hier kein Haushalt beschlossen, definitiv nicht, dafür gibt es andere Gremien, aber hier kann man natürlich darüber diskutieren, ob zum Beispiel falsche Prioritäten gesetzt wurden, ob man anders gewichten muss. Dafür ist der Ort auch da, wenn man hier mit Expertinnen und Experten am Tisch sitzt. – Meine Bitte ist, dass die Senatsverwaltungen jetzt kurz die Fragen beantworten und wir dann mit diesem Punkt zum Ende kommen.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, liebe Kommissionsmitglieder, für die Fragen! Wir haben zwei Tagesordnungspunkte, die jetzt ein bisschen vermischt sind. Es ging beim Tagessordnungspunkt 1 um Grundlagen und nicht um Präventionsmaßnahmen. Wir als Verwaltung hätten unter Tagesordnungspunkt 2 auch dazu Stellung genommen, auch wenn die Erste Lesung des Haushaltsentwurfs erst nächste Woche in den Ausschüssen ist. Aber gerne will ich das tun und hier auch noch einmal die Arbeit meiner Senatsverwaltung hervorheben, weil wir auch eine sehr gute Arbeit machen.

Wir haben eine angespannte Haushaltslage, das wissen Sie alle, und Sie können sich sicher sein, dass wir, mein Haus, in diesen Verhandlungen sehr stark dafür gekämpft haben, dass wir insbesondere den Bereich der Antidiskriminierung und Vielfalt, gemeinsam mit den Abgeordneten im Abgeordnetenhaus, in der Koalition, weitestgehend auch so erhalten können, weil eben die Zahlen besorgniserregend sind. Das habe ich, das haben wir auch mit einem großen Verantwortungsbewusstsein gemacht, und Sie können sich sicher sein, dass wir abgewogen haben und tragfähige Ergebnisse im Haushaltsentwurf festgehalten haben. Das möchte ich vorneweg sagen.

Ansonsten ist es so, dass der Berliner Senat seine Arbeit im Bereich Prävention, aber auch Empowerment betroffener Communitys weiterverfolgt. Dazu gehören die Bereiche, die wir heute hier auch besprechen. Im Bereich Antiziganismus stellt der Senat im Jahr 2025 über das Berliner Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ rund 890 000 Euro für Maßnahmen zur Verfügung. Hinzu kommen Maßnahmen in Höhe von 1,3 Millionen Euro im Rahmen des Roma-Aktionsplans, und da kann gerne mit dem Landesbeirat auch noch einmal die Liste der Maßnahmen besprochen werden, wenn noch Bedarf besteht. Wir machen viel. Hier wurde gesagt, Hamburg hätte eine Landesstrategie. Es freut mich, wenn andere Bundesländer das machen, aber gleichzeitig auch zu sagen, wir warten auf konkrete Maßnahmen aus dieser Landesstrategie, zeigt dann auch noch einmal, dass da Aufholbedarf ist. Auf jeden Fall ist es so, dass wir auch auf struktureller Ebene vieles geändert und Maßnahmen aus dem Aktionsplan umgesetzt haben. Dazu gehört die Ansprechperson. Dazu gehört der Beirat für Angelegenheiten von Rom*nja und Sinti*zze, und diese beiden arbeiten auch sehr eng zusammen und sind feste Anlaufstellen, um natürlich auch die Perspektiven der Communitys dauerhaft in unsere, aber auch in andere Verwaltungen hineinzutragen. Ergänzt wird das Ganze durch die Einrichtung einer Beratungsstelle zum Asyl-, Migrations- und Sozialrecht für Menschen aus Drittstaaten, die von kumulativer Diskriminierung betroffen sind. Ich möchte auch noch

einmal erwähnen, dass der Beirat auch aus der Zivilgesellschaft heraus eine Geschäftsstelle hat, die den Landesbeirat mitunterstützt.

Im Bereich anti-Schwarzer Rassismus setzen wir auch gezielt an. Über das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ werden im Jahr 2025 Projekte in Höhe von 892 000 Euro gefördert, die mit unterschiedlichen Ansätzen und Konzepten gegen anti-Schwarzen Rassismus arbeiten und auch die Communitys stärken und empowern. Die Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ist dabei ein zentrales Instrument, dass wir selbstverständlich auch in der zweiten Dekade fortführen werden, also die Maßnahmen, die sich daraus ergeben, weil wir wollen, dass die Lebensbedingungen und die Teilhabe aller dieser Gruppen verbessert werden. Das Black Community Center habe ich vorhin genannt.

Nun noch kurz zum antiasiatischen Rassismus: Auch da haben wir unsere Maßnahmen, die wir umsetzen. In diesem Bereich sind es sowohl merkmalsübergreifende als auch spezifische Maßnahmen, die wir umsetzen. Zu nennen sind hier das Projekt „Asiat*innen aktiv – für ein Leben ohne Diskriminierung!“, „Media and Empowerment for German Asians“ oder die Sensibilisierungskampagnen und Bildungsangebote zur Aufklärung über antiasiatischen Rassismus. Darüber hinaus haben wir im Partizipations- und Integrationsprogramm – PartIntP – auch ein Empowerment-Programm für Vietnamesinnen und Vietnamesen. In Berlin ist das eine sehr große Community, die es zu unterstützen gilt, was wir als Berliner Senat auch tun. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Herr Staatssekretär Friederici! Wollen Sie ergänzen?

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind das hier vorn im Team einmal durchgegangen. In der zweiten Runde gingen keine Fragen an unsere Senatsverwaltung. Wir gehen aber noch einmal sehr selbstkritisch das Protokoll durch und würden dann gegebenenfalls schriftlich antworten, sollten sich noch Textstellen finden, wo wir Fragen schriftlich beantworten sollen.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, vielen Dank! – Wir haben vorhin vereinbart, dass wir die Beantwortung durch den Senat machen und dass die zwei Fragen, die an die Anzuhörenden gerichtet worden sind, nachgereicht werden, wenn das möglich wäre. Dann würde ich an dieser Stelle erst einmal bei Tagesordnungspunkt 1 einen Punkt machen – mit dem großen Dank verbunden an Frau Dr. Weiß, Frau Reinhardt, Frau Dr. Suda und Frau Dr. Kaneza. Vielen Dank, dass Sie heute diese Sitzung mit Ihrem Wissen und Ihrem Input bereichert haben!

Wir sind am Schluss der Anhörung zu Punkt 1. Folgende Punkte sind noch wichtig: gegebenenfalls schriftliche Stellungnahmen der Anzuhörenden, Festhalten von Berichtsaufträgen an den Senat und Ergebnis. Es können auch noch Fragen nachgereicht werden, wie verabredet. Der Tagesordnungspunkt 1 ist damit abgeschlossen, und wir machen nun eine Pause von circa 30 Minuten. – Noch ein Hinweis an die Gäste, die hier sind, worüber ich mich sehr freue: Missbilligungen oder auch Beifallsbekundungen wie Klatschen oder andere Äußerungen sind laut Protokoll nicht gestattet. Vielen Dank!

[Unterbrechung der Sitzung von 13.45 Uhr bis 14.21 Uhr]

Vorsitzender Raed Saleh: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Prävention von und Empowerment gegen Anti-schwarzen Rassismus, Antiasiatischen Rassismus und Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze

Hierzu: Anhörung

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls zu Tagesordnungspunkt 2 gewünscht wird. Ich begrüße alle Anzuhörenden ganz herzlich: Frau Balog von Amaro Foro e.V., Herrn Klein, Mitglied des Gleichstellungsbegleitgremiums zur Bekämpfung von anti-Schwarzem Rassismus – GBG –, und Herrn Leucht von der Hildegard Lagrenne Stiftung. Schön, dass Sie da sind. Vielen Dank dafür! – Sie sind darauf hingewiesen worden, dass die Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass eine Aufzeichnung auf der Webseite aufzurufen sein wird. Ich darf feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. – Vielen Dank!

Dann starten wir die Anhörung zuerst mit Frau Balog, dann Herrn Klein und dann Herrn Leucht. Der Hinweis: Wir hatten sieben Minuten für das Eingangsstatement vereinbart. – Sie haben das Wort, Frau Balog!

Violeta Balog (Amaro Foro e.V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Ich wurde heute eingeladen, um über Empowerment zu sprechen. Gerne möchte ich eingangs dazu auf unsere jahrelange Arbeit verweisen, in der wir die Komponente des Empowerments immer mitdenken, sei es in der sozialen Beratungsstelle, wo wir Ratsuchende zur Selbsthilfe empowern, oder in unserer Dokumentationsarbeit, wo wir Betroffene von Antiziganismus ermutigen, sich gegen Diskriminierung zu wehren. In Anbetracht der verschiedenen Problemlagen, auf die ich im Folgenden eingehen werde, ist es aber schwierig, über Empowerment zu sprechen, wenn bestimmte Rahmenbedingungen nicht gegeben sind. Daher ist es meiner Meinung nach essenzieller, heute den Fokus darauf zu legen, was Betroffene von Antiziganismus viel eher benötigen, nämlich Schutz vor Diskriminierung und eine gleichberechtigte Teilhabe.

Unsere Dokumentationsstelle Antiziganismus – DOSTA – existiert in Berlin seit 2014 und erfasst antiziganistisch motivierte Vorfälle in fast allen Lebensbereichen, wie beim Zugang zu Wohnraum und Arbeit, beim Zugang zu medizinischer Versorgung, im Bildungsbereich, im Kontakt zu Ämtern und Behörden und viele weitere. Die Datenlage zeigt, dass die Zahl der gemeldeten Vorfälle jedes Jahr steigt, wobei das Dunkelfeld viel höher ist. Mit einem Anstieg von 20 Prozent erfassten wir für das Jahr 2024 insgesamt 247 Vorfälle. So wurden Romnja und Roma im Kontakt zu Ämtern und Behörden systematisch ausgeschlossen. Sie wurden pauschal kriminalisiert. Ihnen wurden Anträge meist unbegründet abgelehnt, und es wurden nicht selten irrelevante Unterlagen von ihnen eingefordert. Von diesen Ausschlussmechanismen berichten wir bereits seit Jahren, denn sie beruhen auf einer internen Arbeitshilfe der Bundesagentur für Arbeit mit dem Titel „Bekämpfung von organisiertem Leistungsmisbrauch durch EU-Bürger“, die heute auch schon thematisiert wurde, wie ich mitbekommen

habe. Mit diesen Ausschlüssen wird Menschen ihr rechtlicher Anspruch verwehrt, was sich oft existenzbedrohlich auswirkt. Diese strukturelle Benachteiligung gehört abgeschafft.

Im Bildungsbereich erreichen uns ebenfalls immer mehr Vorfälle von rassistischem Mobbing, das von anderen Mitschülerinnen und Mitschülern, aber auch vermehrt von Autoritätspersonen verursacht wird. Dabei wird Schülerinnen und Schülern oft Kriminalität unterstellt. Sie werden kulturalisiert und mit der rassistischen Fremdbezeichnung beleidigt. Schulen reagieren darauf oft gar nicht oder machen eine Täter-Opfer-Umkehr. Lehrkräften fehlt es meist an Aufklärung und Sensibilität, um solche Geschehnisse adäquat aufzuarbeiten. Die jahrelange Forderung der Zivilgesellschaft nach unabhängigen Beschwerdestellen für Kitas und Schulen blieb bis heute ungehört. Ein weiteres großes Problem im Bildungsbereich ist die Schulplatzvergabe. Schulpflichtigen Kindern wird monatelang kein Schutzplatz angeboten, und Kindern aus der Republik Moldau, die keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben, wird ein Schulplatz verwehrt, oft mit der Begründung, es sei eine Verschwendug, da sie sowieso abgeschoben werden sollen.

Dass ein grundlegendes Bleiberecht für Romnja und Roma aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern verwehrt wird, ist ebenfalls ein großes Problem. Kumulative Diskriminierung in ihren Heimatländern muss als Asylgrund akzeptiert und ein gesetzliches Bleiberecht gesichert werden. Außerdem hat Deutschland gegenüber der Minderheit eine historische Verantwortung, der in dieser Hinsicht nicht genügend nachgekommen wird. Die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen nehmen wir ebenfalls mit Sorge wahr, die vor allem durch eine unreflektierte Medienberichterstattung angeheizt werden. In den vergangenen Jahren haben wir immer wieder erlebt, wie Romnja und Roma sowie Sintizze und Sinti für verschiedene Problemlagen als Sündenböcke hergeholt haben, sei es während der Coronapandemie, als ganze Wohnhäuser unter Quarantäne gestellt wurden, weil einzelne Bewohner infiziert waren, oder als der Ukrainekrieg ausbrach und Menschen, die als Romnja und Roma wahrgenommen wurden, nicht ganz so herzlich aufgenommen wurden wie weiß gelesene Ukrainer. Sie wurden von den Versorgungsständen ausgeschlossen, und ihr Geflüchtetenstatus wurde angezweifelt. Sie wurden als Geflüchtete zweiter Klasse behandelt.

Dies alles zeigt, dass noch viel Arbeit vor uns liegt und Antiziganismus eine ernste Bedrohung für Romnja und Roma sowie Sintizze und Sinti darstellt. Daher muss die Bekämpfung von Antiziganismus ernst genommen werden, und es müssen konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Die Dokumentationsstelle Antiziganismus hat im Herbst 2024 einen umfassenden Zehnjahresbericht mit umfangreichen Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Es reicht aber nicht, jedes Jahr Handlungsempfehlungen auszusprechen. Es braucht politischen Willen, diese auch umzusetzen. Berlin hat als erstes Bundesland ein eigenes Landesantidiskriminierungsge-
setz auf den Weg gebracht, welches viele Rechtsschutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes – AGG – schließt. Jedoch muss das AGG ebenfalls dringend reformiert werden, damit vor allem gegen behördliche Schikanen vorgegangen werden kann, denn gerade bei Ämtern, wie ich bereits geschildert habe, machen Romnja und Roma die meisten Diskriminierungserfahrungen.

Unsere Dokumentationsarbeit hat dazu beigetragen, dass Antiziganismus noch sichtbarer gemacht wird, denn Antiziganismus ist heute in der Mehrheitsgesellschaft salonfähiger als je zuvor. Das zeigen uns die Erkenntnisse der letzten elf Jahre bei DOSTA, aber auch die aktuelle politische Situation, die wir als besorgniserregend wahrnehmen. Rechte Debatten machen

Romnja und Roma sowie Sintizze und Sinti zur Zielscheibe für Ausgrenzung und sogar Gewalt. Im vergangenen Jahr hatten wir einen Anstieg um 85 Prozent an Gewaltvorfällen in verschiedenen Lebensbereichen, vor allem im Kontext Schule und im öffentlichen Raum. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, Betroffene von Antiziganismus noch mehr zu stärken und zu unterstützen. Der Handlungsbedarf steigt, und es müssen weitere Maßnahmen umgesetzt werden. Dafür muss die Antidiskriminierungsarbeit finanziell langfristig gesichert werden. Die zivilgesellschaftlichen Projekte müssen verstetigt werden. Wir sind das kritische Element der Politik, machen aber eine enorme Vorarbeit für diese, vor allem, um das soziale Miteinander dieser Gesellschaft zu stärken. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Input, Frau Balog! – Als Nächstes hat Herr Klein das Wort. – Bitte schön!

Jeff Kwasi Klein (GBG): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission! Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Ich sitze hier heute mit zwei Hüten: Zum einen bin ich seit 2022 Mitglied des Gleichstellungsbegleitgremiums zur Bekämpfung von anti-Schwarzem Rassismus in Berlin. Wir sind acht Expertinnen und Experten, die dokumentieren, analysieren und Empfehlungen entwickeln, wie die Teilhabe von Schwarzen Menschen in dieser Stadt qualitativ verbessert werden kann. Mit dem anderen Hut bin ich Teil einer gesellschaftlichen Gruppe, die in Deutschland rund eine Million Menschen umfasst, also in etwa so groß wie die Stadt Köln.

Meine Botschaft heute ist klar: Anti-Schwarzer Rassismus in Deutschland ist kein Partikularthema, er ist ein Demokratiedefizit. Wie Max Weber bereits lehrte, lebt politische Herrschaft und in unserem Fall die Demokratie von Legitimation. Legitimation wiederum lebt auch und besonders von dem Gefühl der Zugehörigkeit – und natürlich auch von der Realität der Zugehörigkeit. Was bedeutet das für Menschen, die teils seit Generationen in diesem Land leben und trotzdem immer wieder das Signal bekommen: Ihr gehört nicht wirklich dazu? Was bedeutet das für Kinder, die auf dem Schulhof schon mit sechs Jahren erleben, dass sie als anders markiert werden, für Erwachsene, die bei der Jobsuche systematisch übergangen werden, für Familien, die bei Begegnungen mit Polizei oder Behörden Misstrauen statt Schutz erfahren? Diese Erfahrungen sind keine Nebensache. Sie sind Bruchstellen der Demokratie und hinterlassen Spuren nicht nur in den Biografien einzelner, sondern im Gefüge der Gesellschaft, denn wenn Menschen lernen, dass ihre Stimme nicht zählt, dass ihr Gefühl von Zugehörigkeit nicht ernst genommen wird, verlieren sie Vertrauen in die Institutionen, und ohne Vertrauen in Institutionen gibt es keine Demokratie.

Ich möchte ein Beispiel aus der Antidiskriminierungsarbeit nennen, das sinnbildlich steht und durch zahlreiche Berichte und Untersuchungen zusätzlich bestätigt wird: Eine junge Frau, in Berlin geboren, studiert, engagiert sich ehrenamtlich, ist hochqualifiziert. Sie bewirbt sich mehrmals auf Stellen im öffentlichen Dienst. Sie bekommt keine Rückmeldung. Erst als sie ihre Unterlagen anonymisiert einreicht, ohne Foto und ohne Namen, wird sie eingeladen. Was sagt das über unsere Institutionen aus? – Es sagt: Dein Einsatz, dein Engagement, deine Qualifikation zählen weniger als die Vorurteile, die dir entgegenschlagen. Das ist nicht nur eine persönliche Verletzung, das ist ein Angriff auf das grundlegende Versprechen, das Demokratie geben soll, nämlich dass Leistung, Beteiligung und Engagement zählen.

Frau Dr. Kaneza ist heute bereits eindringlich auf die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft eingegangen, und zur erneuten Setzung: Deutschland hat sich verpflichtet, Maßnahmen im Sinne des Leitmotivs der Dekade zu ergreifen, und das sind drei Dimensionen. Erstens: Die Anerkennung von anti-Schwarzem Rassismus und seiner historischen Ursache im europäischen Imperialismus und Kolonialismus. Zweitens: Die Schaffung von Gerechtigkeit für die historischen Ungerechtigkeiten und ihre strukturellen Folgen bis in die Gegenwart. Drittens: Die Förderung und das Empowerment von Menschen afrikanischer Herkunft, ihrer Communitys und ihrer spezifischen Strukturen. Mit Blick auf die zentrale Dimension Entwicklung beziehungsweise Empowerment möchte ich noch ergänzen: Das wirksamste Empowerment entsteht durch die Initiativen und das Leadership der Communitys selbst. Damit dieses Potenzial wirken kann, muss Empowerment politisch anerkannt und gestärkt werden. Der Auftrag muss sein, Empowerment vom derzeitigen Status eines Nebenthemas zu einem klar förderwürdigen Kriterium für Strukturförderungen aufzuwerten. So können

Schwarze Communitys noch gezielter eigene Strukturen aufbauen und weiterentwickeln, ihre Expertisen einbringen und ihre Perspektiven in gesellschaftliche Prozesse übersetzen.

Es wurde vorhin der Hinweis auf Martin Luther King jr. gegeben, der gerne insbesondere von konservativen Vertreterinnen und Vertretern in westlichen Mehrheitsgesellschaften als angeblicher Befürworter einer farbenblinden Gesellschaft herangezogen wird. – [Beifall im Zuschauerraum] – Was dabei, wahrscheinlich komplett zufällig, unterschlagen wird, ist: King war nicht nur ein Symbol für Gleichheit im Abstrakten, sondern ein radikaler Kritiker von Rassismus und Kapitalismus mit einer sehr konkreten Analyse der Lage Schwarzer Menschen. Er steht damit nicht für das Ausblenden von Unterschieden, sondern für das Benennen struktureller Ungleichheiten. Zudem gilt: So wichtig Dr. Martin Luther King jr. in der US-amerikanischen Geschichte war, er oder andere einzelne Schwarze Aktivistinnen und Aktivisten sind nicht die alleinigen Repräsentantinnen und Repräsentanten Schwarzer Erfahrungen und Forderungen. Schon damals gab es vielfältige Stimmen im Civil Rights Movement, und auch heute haben wir in Deutschland ausreichend Expertise, um unsere eigenen Analysen und Forderungen zu formulieren. Die Sorge, dass durch spezifisches Empowerment Schwarzer Communitys eine Allgemeinbehandlung infrage gestellt würde, ist unbegründet. Gesellschaftliche Strukturen sind komplex, und es wäre unterkomplex, Antworten zu finden, die dem nicht gerecht werden. Das wurde dann auch gleich mit einem Donnerschlag kommentiert.

Die allgemeine Gleichstellung ist ein zivilisatorischer Fortschritt in Wort und Schrift, auf jeden Fall, aber die Realität zeigt, dass wir noch weit davon entfernt sind, sie vollständig einzulösen. Die hier formulierten Forderungen sind deshalb keine Abkehr von Prinzipien der Gleichheit, sondern konkrete Schritte, um sie Realität werden zu lassen. Wenn wir das Ziel teilen, und so scheint es, dann können wir diese Maßnahmen auch als Wege verstehen, die genau dort hinführen. Genau deswegen brauchen wir jetzt verbindliche Antworten auf das strukturelle und demokratiegefährdende Problem des anti-Schwarzen Rassismus. Erstens: Die Fortführung und Verankerung der UN-Dekade. Die zweite Dekade muss von Anfang an verbindlich angelegt werden. Das bedeutet eine klare parlamentarische Verankerung, verlässliche Ressourcen und einen Plan, der über einzelne Projekte hinausgeht. Zweitens: Eine landesbeauftragte Person für anti-Schwarzen Rassismus. Eine solche Stelle beinhaltet eine klare Anlauf- und Koordinationsfunktion, bündelt Initiativen und verankert gesellschaftlichen Zusammenhalt institutionell. Nicht zuletzt geht es dabei um die so wichtige Brückenarbeit zwischen verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar ist, und insgesamt auch um eine Harmonisierung der Beauftragungen. Drittens: Eine verbindliche Landesstrategie mit Aktionsplan, zu der wir gleich noch einmal kommen können.

Ich möchte zum Schluss noch eines deutlich machen: Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, inwiefern und wann der Senat tatsächliche Verantwortung für das Demokratiedefizit übernimmt, das aus anti-Schwarzem Rassismus entsteht. Denn anti-Schwarzer Rassismus, genauso wie andere Formen des Ausschlusses und der strukturellen Benachteiligung, ist tatsächlich eine Belastungsprobe für diese Demokratie, und jede politische Entscheidung, die ihn verharmlost oder sogar ignoriert, schwächt diese Demokratie. Die Verantwortung dafür liegt auch hier in diesem Haus. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank für Ihren Input, Herr Klein! – Jetzt ist Herr Leucht an der Reihe. – Sie haben das Wort!

Christoph Leucht (Hildegard Lagrenne Stiftung): Hallo! Mein Name ist Christoph Leucht von der Hildegard Lagrenne Stiftung für Bildung, Teilhabe und Inklusion von Roma und Sinti in Deutschland. Das ist die Stiftung, die von Angehörigen der Minderheit 2012 am Tag nach der Einweihung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma gegründet wurde und die als selbstorganisierter Bildungsfonds die Bildungsteilhabe verbessern soll. Das ist ja eine der Empfehlungen aus der ersten selbstorganisierten Studie, der RomnoKher-Studie 2011. Ich will zu Anfang ein bisschen auf die zweite von RomnoKher organisierte und von mir koordinierte Studie und dann konkret auf Maßnahmen eingehen, die sich auch auf die Landesebene beziehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wie gesagt, das ist die RomnoKher-Studie 2021, die zweite selbstorganisierte Studie.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Erste Frage: Warum organisieren Angehörige der Minderheitenverbände, Organisationen der Roma und Sinti eine eigene Bildungsstudie? – Zu dem Zeitpunkt, im gleichen Jahr, sind die Ergebnisse der Studie der Unabhängigen Kommission Antiziganismus präsentiert worden, die mit staatlicher Unterstützung gelaufen ist. Das war aber zu der Zeit noch nicht absehbar, und auch im Rahmen der Unabhängigen Kommission ist nicht so konkret die Bildungssituation untersucht worden, wie wir das gemacht haben. Die EU-Kommission schlägt ja vier beziehungsweise fünf Teilhabebereiche vor: die Verbesserung der Teilhabe in den Bereichen Bildung, Wohnen, Gesundheit und Beschäftigung und natürlich die Bekämpfung von Antiziganismus. Auf der Kommissionsebene ist die Herangehensweise schon seit 2011 beziehungsweise spätestens seit 2013 klar, nämlich gezielte Maßnahmen mit einem inklusiven Ansatz zu verbinden.

Wir brauchen also in allen Bereichen ganz gezielte Fördermaßnahmen, weil wir die Zielgruppe erreichen müssen, weil wir Veränderungen voranbringen und auch messen müssen. Diese Fördermaßnahmen dürfen aber nicht segregieren und deswegen in der Umsetzung nicht exklusiv sein. Es hat sehr lange gedauert, bis das auf der Ebene der Bundesregierung angekommen ist. Berlin ist da ein bisschen Vorreiter. Der Landesaktionsplan in Berlin ist schon 2013 eingeführt worden, also zu einem Zeitpunkt, zu dem auf Bundesebene noch vehement abgelehnt wurde, gezielte Fördermaßnahmen zu ergreifen. Die erste bundesweit gezielte Fördermaßnahme war dann der Programmbericht zur Bekämpfung von Antiziganismus im Programm „Demokratie leben!“. Bis heute ist das auch nicht so einfach. In der aktuellen Strategie der Bundesregierung „Antiziganismus bekämpfen, Teilhabe sichern!“ ist das erste Mal verankert, bei Bedarf auch gezielte Maßnahmen einzurichten.

Warum machen wir die Studie? – Wenn es sozusagen keine Wahrnehmung, keine Politik für gezielte Maßnahmen gibt, dann gibt es auch keine gezielte Datenerhebung dazu. Das ist 2011 sogar eines der Argumente der Bundesregierung gewesen, warum es keine gezielten Maßnahmen braucht. Das Argument war nämlich: Wir haben gar keine Daten dazu. – Da gibt es immer die Schwierigkeit, dass gesagt wird: Wir können keine Daten erheben, weil die Erfassung der ethnischen Zugehörigkeit nicht erlaubt ist. – Das ist politisch natürlich wichtig und auch korrekt, aber wissenschaftlich nicht. Das heißt, es gibt durchaus wissenschaftliche Maß-

nahmen, wie wir die Bildungssituation messen können, und das ist auch im Bereich des anti-Schwarzen Rassismus eine wichtige Diskussion: Soll man überhaupt Diskriminierung messen? Da gibt es eine sehr kontroverse Debatte, aber mit der Studie haben wir, glaube ich, auch methodisch einen guten Ansatz vorgelegt, wie man das machen kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wie wir die Daten erhoben haben, ist vielleicht insofern interessant, als immer das Argument kommt: Man hat ja gar keine Grundgesamtheit von allen Sinti und Roma, man kann gar nicht messen, wie viele von ihnen welchen Bildungsabschluss haben. – Nun gibt es aber zu dem Thema Teilhabe, Inklusion und Diskriminierung von Roma und Sinti schon lange auch auf EU-Ebene Daten. Diese machen das dann oft so, dass sie einen geografischen Ansatz wählen und sagen: Wir wissen, wo besonders viele Angehörige der Minderheit leben –, und dann machen sie in diesen Vierteln oder Regionen große oder manchmal auch Vollerhebungen in Stadtvierteln. Das würde hier in Deutschland nichts bringen und ist auch in den osteuropäischen Ländern, wo das oft gemacht wird, ein bisschen problematisch, weil wir damit natürlich hauptsächlich die segregiert lebenden Angehörigen der Minderheit erfassen.

Deswegen haben wir uns hier auch aus methodischen Gründen für einen anderen Ansatz entschieden und haben einen großen Pool von Interviewerinnen und Interviewern aufgebaut, über 60 Personen, alle aus der Minderheit. Wir haben auch die Hoheit über die Daten, sie sind in der Hand einer Selbstorganisation von RomnoKher aus Mannheim. Die Studie selbst hat dann mit einem großen Zufallsfaktor wirklich versucht, sehr breit, über ganz Deutschland verteilt, sehr unterschiedliche Angehörige zu erfassen. Die Datenqualität ist also, mit anderen Worten, durchaus vergleichbar und nützlich.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben drei wichtige Ergebnisse. Das Erste ist: Die Schulabschlüsse verbessern sich. Das ist natürlich gut und auch Teil der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Sie verbessern sich aber nicht so schnell wie in der gesamten Gesellschaft. Wir haben außerdem zwei Probleme markieren können. Das eine ist die Diskriminierungswahrnehmung.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das sieht man hier. Wir haben die Diskriminierungswahrnehmung erfragt. Das ist die Tabelle rechts unten. Die ist nach wie vor hoch, und bei ihr gibt es ein Plateau, also sowohl bei den 25- bis 50-Jährigen als auch bei den unter 25-Jährigen liegt sie bei etwa 60 Prozent. Das heißt, etwa 60 Prozent sagen: Ich bin in meiner Schulzeit diskriminiert worden. – Das ist wahnsinnig hoch. Das ist sehr viel, und von diesen 60 Prozent sagt ein Viertel: Meine Lehrkräfte waren daran beteiligt. – Das ist wirklich ein Problem, auch wenn man Diskriminierungswahrnehmung nicht mit Diskriminierung gleichsetzen kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben darüber hinaus das Problem – oben rechts – bei den Berufsbildungsabschlüssen. Auch da sieht man ein Plateau bei denen, die den Bildungsprozess ohne Abschluss verlassen, und auch das liegt ungefähr bei 60 Prozent. Auch das ist sehr hoch. Andere benachteiligte Gruppen, wie auch immer sie geframed werden, liegen, wenn es ein hoher Wert ist, bei

20 oder 25 Prozent, und in unserer Studie haben wir eine so hohe Benachteiligung bei der beruflichen Bildung gemessen. Wir haben gleichzeitig zumindest ein starkes Indiz dafür, was die wirkungsvollste Prävention und der stärkste Zusammenhang ist, und das ist natürlich der Zusammenhang von sozialer Lage und Schulabschluss. Das ist klar, das ist überall so.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Aber es sind vor allem – oben rechts sieht man das – die positiven Erwartungen der Bezugspersonen, der Eltern in den meisten Fällen, und bei den Lehrkräften ist es so ähnlich. Das heißt, wenn wir es schaffen können, Erwartungen aufzubauen, also Vertrauen von Eltern und Familien zu fördern und zu bilden, die zum Teil über Jahrzehnte diskriminiert wurden und die misstrauisch gegenüber formeller Bildung und formeller Beschäftigung sind, dann können Eltern auch wieder positive Erwartungen haben, und dann kann die Fortführung der Bildung in der beruflichen Bildung wieder erfolgreicher werden.

Es gibt aus unserer Perspektive eine zentrale Methode, die das auch bewerkstelligen kann, und das ist die Einbindung von Angehörigen der Minderheit auf allen Ebenen in der Schule, und zwar als Lehrkräfte und Sozialpädagogen, also als Fachkräfte, aber vor allem, ohne da jetzt einen Stopp zu machen, als Personen. Es gibt schon seit über 20 Jahren sehr erprobte Modelle, in drei Bundesländern gibt es dazu auch Landesprogramme: als Bildungsberaterin und Bildungsberater, Schulmediatorin und Schulmediator, Bildungsbegleiterin und Bildungsbegleiter. Das gehört auch zu den zentralen Themen und Kompetenzen, die wir als Stiftung haben. Nun ist es gerade leider in dem Punkt auf der Landesebene so, dass die Bildungsverwaltung, bis jetzt zumindest – sie ist heute ja nicht mit dabei – gerade in Berlin noch viel mehr machen könnte, um mit Angehörigen der Minderheit als Mediatorinnen und Mediatoren die Bildungsteilhabe zu verbessern. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank auch für Ihren Input, Herr Leucht! – Wir kommen nun zu den Fragen der Kommissionsmitglieder, wie vorhin in der Reihenfolge CDU, Grüne, SPD und Linke. Wieder zehn Minuten, die auf zwei Personen aufgeteilt werden können. – Herr Stettner, wer beginnt bei Ihnen? – [Zuruf von Dirk Stettner (CDU)] – Soll ich die Grünen erst einmal vorlassen? – Okay. – Herr Walter, wer spricht bei Ihnen?

Sebastian Walter (GRÜNE): Ich fange an.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, zehn Minuten. Bitte schön!

Sebastian Walter (GRÜNE): Wir helfen der CDU sehr gerne aus. – Ich möchte mich zunächst bei den Anzuhörenden bedanken, dass Sie zu uns gekommen sind, dass Sie für unsere Fragen zur Verfügung stehen, aber insgesamt auch für Ihre Arbeit, die sehr wichtig und im Sinne von Schutz, Würdigung und Anerkennung der Demokratie essenziell ist. Wir haben heute schon einiges diskutiert, deswegen würde ich so ein bisschen in konkrete Fragebereiche hineinspringen. Das eine ist, um noch einmal direkt auf den Bereich Empowerment zu kommen: Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie noch einmal einen Gesamtkontext darstellen, dass zuerst Grundlagen geschaffen werden müssen, dass Gleichbehandlung, Gleichberechtigung und Gleichheit überhaupt funktionieren und es da überhaupt erst einmal möglich ist, davon auszugehen und zu schauen: Was sind denn dann die entsprechenden Maßnahmen? Dass man,

wenn man über Antidiskriminierung spricht, vorher auch sagt: Welche Räume sind eigentlich für gesellschaftlichen Zusammenhalt da?

Zu Empowerment konkret gefragt: Ich habe das Gefühl, dass es politisch oftmals nicht so richtig konkret gefasst werden kann, auch die Frage: Wie kann Verwaltung Empowerment gezielt und gut unterstützen? Was gehört eigentlich dazu? Ich habe auch das Gefühl, und das sage ich mit allem Respekt vor der Verwaltung, dass dort das Wissen noch nicht so angekommen ist, dass auch die Strukturen, beispielsweise von der Landesantidiskriminierungsstelle, entsprechend ausgerichtet werden, um sich noch einmal dezidiert mit Empowerment zu befassen und sich dann auch zu fragen: Was heißt das denn in der Abbildung von Strukturen, Kapazitäten von Stellen und so weiter?

Deswegen wäre meine erste Frage: Was fassen Sie unter Empowerment-Maßnahmen? Was gehört eigentlich dazu? Welche Bereiche muss die Politik auf dem Schirm haben? Was bedeutet das auch für Förderung? Was bedeutet das für Projektunterstützung? Welche Strukturen gehören dazu? Welcher politische Auftrag verbindet sich damit eigentlich, wenn es heißt, Politik muss – und das teile ich hundertprozentig – Empowerment und Empowerment-Strukturen unterstützen? Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten.

Das Zweite ist: Wir haben in der ersten Runde schon ein bisschen mitbekommen, dass es viel um Intersektionalitäten geht, gerade auch im Zusammenhang mit Empowerment und mit der Frage, Gleichheit herzustellen. Mich würde interessieren, wie Sie das in Bezug auf intersektionale Dimensionen sehen, und zwar insbesondere auch in Bezug auf Klassismus. Heute wurde beispielsweise schon Sexismus erwähnt und dass Rassismus und Antisemitismus miteinander vorkommen können. Das würde mich auch interessieren, aber dezidiert zu der Dimension Klassismus: Welche Voraussetzungen müssen dort möglicherweise geschaffen werden, bevor wir Antidiskriminierungsdimensionen aufrufen oder wenn wir Antidiskriminierungsdimensionen aufrufen?

Bei dem Thema Empowerment möchte ich noch eine weitere Frage zu zwei politischen Forderungen anschließen, die im politischen Raum oft genannt werden und zum Teil auch im Koalitionsvertrag verankert sind. Das ist zum einen der Diversity-Check, also die Prüfung der Verwaltung, ob alles, was beschlossen wird, dazu führt, dass nicht unterschiedliche Gruppen benachteiligt werden, beziehungsweise, ob es möglicherweise auch nicht intentional dazu kommt, dass es Ungleichbehandlung oder Diskriminierung gibt. Wie schätzen Sie so etwas ein? Wäre so etwas sinnvoll, oder ist das eigentlich zu abstrakt? Müsste man es nicht viel konkreter machen? Das andere wäre: Gehören zu Empowerment auch positive Maßnahmen, und welche Maßnahmen könnten Sie sich da unter anderem vorstellen? Ich will diese Frage auch deswegen hier so dezidiert einbringen, weil es oft sehr umstritten ist, ob positive Maßnahmen – also im politischen Raum, in anderen Bereichen ist es nicht umstritten – eine Bevorzugung wären, ob es dann nicht wiederum eine Ungleichbehandlung wäre, bei der andere, zum Beispiel weiße, Menschen benachteiligt werden und so weiter. Was könnten Sie sich unter positiven Maßnahmen vorstellen? – Dabei würde ich es erst einmal belassen und an meine Kollegin abgeben.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Danke sehr! – Vielen herzlichen Dank an die Anzuhörenden für Ihren Input! Der zweite Teil dieser Sitzung der Enquete-Kommission befasst sich mit den

Bereichen Prävention und Empowerment, und Sie haben einige Punkte dazu aufgemacht und die Bedeutung von Empowerment-Strukturen betont. Dass man sie nicht nur in Projektlaufzeiten festhält und Präventionsmaßnahmen nicht nur auf Freiwilligkeit beruhen können, haben wir schon im ersten Teil hinlänglich betont. Trotzdem macht es Sinn, das noch einmal erwähnt zu haben. Das hat der Anzuhörende Herr Klein auch noch einmal deutlich gemacht: Um die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie sicherzustellen, müssen wir uns mit Empowerment-Strukturen und Präventionsmaßnahmen beschäftigen, sie im Einzelnen erörtern und schauen, was konkret geschieht. Ein bisschen haben wir das im ersten Teil schon gemacht. Es macht Sinn, jetzt zu schauen, wo die Lücken sind, was der Senat angehen sollte, was wir als Enquete-Kommission erarbeiten sollten und in welche Richtung sich die Berliner Politik in den Bereichen weiterentwickeln sollte.

Ich habe ein paar Fragen, die teilweise die Anzuhörenden adressieren, aber auch den Senat. Wir haben jetzt keine anzuhörende Person zum Themenbereich des antiasiatischen Rassismus, aber auch das will ich adressieren. Ich würde gerne verstehen – vielleicht können die Anzuhörenden auch darauf Bezug nehmen –, was der Senat glaubt, welche Grundförderung asiatische und Schwarze, aber auch Selbstorganisationen von Sintizze und Sinti sowie Romnja und Roma brauchen, damit Empowerment-Arbeit nicht nur von Projektmitteln abhängt. Vielleicht kann der Senat da ein bisschen ausführen, welche verbindlichen Präventionsmodule in Schulen gehören, ins Gesundheitswesen und auch in Verwaltungseinrichtungen und landeseigene Betriebe. Wenn man das ein bisschen aufschlüsseln und gemeinsam darüber eruieren könnte, fände ich das total gut, und ich bin auch gespannt, wenn die Anzuhörenden dazu etwas sagen können.

Ich glaube, die Kollegin Barz hat vorhin gesagt, dass es natürlich noch deutlich andere Formen von Rassismus gibt, die wir heute nicht adressieren und die wir in dieser Kommission bislang nicht adressiert haben, die aber auch in den Maßnahmen und Strukturen betrachtet werden sollten, die wir gemeinschaftlich erarbeiten wollen. Vielleicht könnte der Senat auch dazu etwas sagen.

Mich interessiert, was Sie als Anzuhörende glauben, welche Strukturen und Organisationen Sie in Ihrem Arbeitsfeld vom Senat, von der Politik brauchen, um gerade Empowerment-Angebote für Jugendliche dauerhaft und projektunabhängig – Sie merken, ich betone immer wieder die Projektunabhängigkeit – anbieten zu können. Gerade Jugendliche haben häufig das Gefühl, dass das Vertrauen in die Institutionen aufgrund rassistischer Erfahrungen, strukturell rassistischer Erfahrungen und institutionell rassistischer Erfahrungen, die sie machen, immer weiter abnimmt. Insofern wäre es wichtig, gerade solche Projekte zu fördern. Wir haben auch gehört, dass ein Jugendprojekt im Bereich anti-Schwarzer Rassismus beispielsweise jetzt nicht mehr gefördert wird.

Verbindliche Fortbildungen sind ein Thema. Dazu möchte ich auch gerne noch einmal hören, was der Senat eigentlich machen möchte. Vielleicht können Sie auch als Anzuhörende betonen, welche Bedeutung das hat.

Noch ein wichtiger Punkt ist das Thema psychische Gesundheit. Menschen, die von Rassismus betroffen sind, sind häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen und werden dann noch einmal diskriminiert, weil ihre Erkrankungen nicht ernst genommen werden. Das Thema

an sich ist nicht adressiert. Können Sie uns vielleicht dazu auch noch einige Punkte mitgeben, was Sie aus Ihrer Arbeit wissen und welche Erkenntnisse Sie dort haben?

Vielleicht können Sie uns auch aus Ihrer Arbeit und Ihren Erfahrungen mitgeben, welche Erfahrungen es international und auch national gibt, von denen wir als Land Berlin profitieren könnten. Welche Best Practices gibt es, die wir vielleicht nutzen könnten, die sich erprobt haben, die sinnvoll waren? – Das war es soweit von meiner Seite.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt bei Ihnen, Herr Özdemir. Wer spricht bei Ihnen?

Orkan Özdemir (SPD): Frau Piesche übernimmt das in dieser Runde.

Vorsitzender Raed Saleh: Sehr gerne. Sie haben das Wort!

Peggy Piesche: Erst einmal auch von mir aus einen ganz herzlichen Dank an alle Anzuhörenden! Ich möchte fünf Punkte machen. Zum einen möchte ich noch einmal darauf eingehen oder darauf verweisen, warum wir hier sind. Diese Enquete-Kommission hat sich unter anderem auch den Titel „Für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ gegeben. Ich glaube, was wir heute Vormittag, aber auch heute Nachmittag gehört haben, ist sehr viel die Arbeit der Sachverständigen, der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, der communitybasierten Arbeit, die über Jahre und Jahrzehnte hinweg eine Wissensproduktion aufgebaut haben, die uns verbunden mit den politischen Communitys sehr viel für die Gesellschaft mitgegeben haben. Sie haben uns Sprache gegeben, diskriminierungs- und rassismuskritische Sprache, da, wo vorab nur rassistisch bezeichnet werden sollte und konnte. Sie haben uns ein Verständnis für strukturelle Wirkmächtigkeiten von Rassismus und auch eine Aufarbeitung historischer Leerstellen gegeben. Das alles bedeutet – das haben wir heute durch die Statements gesehen –, dass diese Wissensproduktionen vor allem eines sind, nämlich auch ein Dienst an der Demokratie.

Sie leisten einen Dienst an der Demokratie, indem sie, und so komme ich zu meinem zweiten Punkt, sehr stark auf die Probleme der Polarisierung in unserer Gesellschaft eingehen, diese analysieren und uns auch Instrumente an die Hand geben. Gerade die der intersektionalen Zusammenarbeit, der intersektionalen Analyse von Diskriminierungskategorien und Verschränkungen dessen geben uns Instrumente an die Hand, diesen Polarisierungen zu begegnen. Sie wirken damit auch und helfen uns – das haben wir heute gesehen –, auf die Schutzlücken aufmerksam zu machen, die in einer Gesellschaft auch weiter tradiert werden, da, wo wir versuchen, etwas zu egalisieren, das letztendlich sehr stark im Normbereich verankert ist.

Damit möchte ich zu dem nächsten Punkt kommen und noch einmal auf das eingehen, was wir heute Vormittag als Reaktion gehört haben. Das Problem mit einer sogenannten Farbenblindheit besteht darin, dass die Definitionsmacht und die Definitionshoheit von Begrifflichkeiten hier nicht in Betracht gezogen wird, und auch das haben wir der Wissenschaft und der Arbeit der Sachverständigen zu verdanken, worauf wir heute noch nicht explizit eingegangen sind, deshalb möchte ich es miteinbringen, nämlich Wissen um kritisches Weißsein. Dort, wo wir von einer Verallgemeinerung sprechen, von einem „wir“, von einem „man“, aber im Prinzip nicht wirklich benennen können, wo Exklusions- und strukturelle Diskriminierungsmechanismen wirken, wie sie wirken und vor allem, wie wir sie benennen können, zwingen wir gerade die Menschen, die von diesen Exklusionsmechanismen betroffen sind, wieder in eine

Anonymität und vor allem auch in die Nichtanerkennung, die Nichtwahrnehmung ihrer Lebensrealitäten. Auch deshalb möchte ich den Sachverständigen danken, dass sie uns das heute noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt haben.

Ich denke, es ist wichtig, und dazu haben wir uns hier in der Enquete-Kommission aufgemacht, Wissen zu erlangen und mehr darüber zu erfahren, wie strukturelle Rassismen funktionieren, und deshalb ist es gut und richtig, dass wir wissenschaftliche Arbeiten zu diesen verschiedenen phänomenspezifischen Rassismen haben. Das ist keine Zerstückelung, das ist keine Zerbröselung, und es ist vor allem nicht etwas, das in Konkurrenz miteinander steht.

Ich möchte hier auch noch einmal eindrücklich auf den Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus verweisen, der im Anschluss an die Ermordung von George Floyd von der Bundesregierung in Deutschland eingesetzt wurde und einen Maßnahmenkatalog mit 89 Maßnahmen gegen Extremismus und Rassismus beschlossen hat. Dort wurden unter anderem die phänomenspezifischen Rassismen aufgeführt, so wie wir sie heute hier besprochen haben. Weiterhin möchte ich auf den Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung verweisen, in dem auch die vulnerablen Gruppen ganz dezidiert besprochen werden.

Als nächsten Punkt möchte ich noch einmal darauf verweisen – ich möchte das verstärken, es wurde hier bereits besprochen –, dass die politischen Communitys, die Wissensproduktionen, gerade in Berlin immer solidarisch miteinander gearbeitet haben. Dafür gibt es vielfältige Beispiele. Der Lern- und Erinnerungsort wurde schon heute Vormittag angesprochen und jetzt auch noch einmal benannt. Dazu sind wichtige Arbeiten vorgelegt worden. Die Frage an den Senat ist jetzt, inwieweit das verstetigt werden kann, und vor allem, wie schnell es verstetigt werden soll, denn das Erinnerungskonzept liegt vor. Hier gibt es Intercommunity-Zusammenarbeit, und gerade mit Blick auf den Punkt Empowerment wäre es ein wesentlicher Aspekt für die Menschen hier in Berlin, diesen Lern- und Erinnerungsort weiter voranzutreiben.

Auch das Forschungsprojekt Intersectional Black European Studies ist bereits genannt worden. Auch das ist mit dieser Legislaturperiode von der Finanzierung ausgenommen worden. Dieses Projekt zeigt sehr deutlich, wie jahrzehntelange communitybasierte Forschungen, die bereits forschungsethische Standards vorgelegt haben, so wie es heute Morgen Dr. Weiß dargestellt hat, im wissenschaftlichen Betrieb, nämlich mit Schwarzen Professuren, verankert werden können. Meine Frage an den Senat ist, ob und wann beabsichtigt ist, die Finanzierung dafür wieder aufzunehmen.

Überhaupt ist ein Anliegen, nicht nur weiter Projekte zu fördern, sondern institutionelle Förderungen voranzutreiben. Dafür sind gerade diese beiden Beispiele, die schon intersektionale Communityansätze vorantreiben, die besten Beispiele, aber es gibt noch wesentlich mehr. Hier möchte ich einfach eine etwas forschende Idee einbringen: Wir haben gesehen, welche Bedeutung ein Demokratiefördergesetz hat, beziehungsweise welche Bedeutung es hat, dass wir es bis jetzt noch nicht auf Bundesebene haben. Berlin hat einen super Ruf als Vorreiterin. Wir sollten auch in diesem Feld Vorreiterin sein und ein Landesdemokratiefördergesetz auf den Weg bringen.

Abschließend habe ich noch zwei Fragen an die Anzuhörenden. Zuerst an Sie, Herr Christoph Leucht: Wir haben heute Morgen schon sehr stark darauf verwiesen, und heute Nachmittag haben wir den Punkt zu Empowerment und Selbstrepräsentation, dass die politischen Communitys immer sehr stark betonen, wie wichtig die Repräsentanz ist. Dr. Weiß hat heute Morgen noch mal darauf hingewiesen: „Nothing about us without us“, also dass Communitys selbst an der Wissensproduktion und den Maßnahmen beteiligt sein müssen. Wie stehen Sie eigentlich dazu? Wie stehen Sie zu diesen Herausforderungen oder Forderungen, dass wir immer mehr damit konfrontiert werden, Konzeptionen von Schulungen, Unterlagen, Wissen zu haben, die eben nicht – und ich möchte hier wieder Jane Weiß zitieren – diese forschungsethischen Standards erfüllen und wo eben Communitys nicht einbezogen sind? Das würde mich sehr interessieren.

Als Letztes meine Frage an Jeff Kwasi Klein zum Thema Partizipation: Wie können wir die Partizipationsqualität Schwarzer Menschen in Verwaltung und Politik verbessern, stark mit Blick auf Berlin, wo wir schon einen sehr weiten Weg gegangen sind? Welche bestehenden Strukturen könnten wir dafür verstärkt nutzen? – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Dann wäre jetzt die CDU dran. – Herr Stettner, wer spricht bei Ihnen?

Dirk Stettner (CDU): Wir teilen uns das ein klein wenig auf, ich fange an. – [Zuruf von der LINKEN: Wir sind dran!] – Wir fangen an, und nachher ist die Linksfraktion dran.

Vorsitzender Raed Saleh: Wir haben Sie jetzt ausgelassen. Wir haben das vorhin verabredet.

Dirk Stettner (CDU): Danach werden Herr Professor Hansen und Stephan Lenz noch eine Frage stellen. – Meine Frage an Sie alle drei ist jetzt nicht wissenschaftlicher Natur. Dafür haben wir Experten hier, die wissenschaftliche Fragen stellen. Unsere Aufgabe als Kommission ist nun mal auch, in einer stetigen Konkurrenz der Maßnahmen in allen Politikfeldern zu schauen, was finanziell schon in verschiedenen Projekten getan wird. Wie bewerten Sie den jetzigen Aufwand, den das Land Berlin treibt, und kann eine einfache Verstärkung zu wesentlich besseren Ergebnissen führen? Im Bereich Antiziganismus investiert das Land Berlin jährlich ungefähr 1 Million Euro und unterstützt unter anderem Ihre Arbeit. Schätzen Sie es so ein, dass es durch eine einfache Erhöhung der Mittel wirklich besser wird, oder glauben Sie, dass man strukturell Dinge zu verändern hätte? Das ist meine Frage an Sie. – Jetzt gebe ich weiter an Professor Hansen und an Stephan Lenz.

Dr. Hendrik Hansen: Vielen Dank! – Ich glaube, es tun sich jetzt doch ein paar Unterschiede in den Interpretationen hier im Raum auf; anders, als das heute Vormittag deutlich wurde. – Herr Klein, zu Ihrem Punkt: Dass das unterkomplex ist, was ich gesagt habe, das verstehe ich aus Ihrer Sicht. Sie vertreten eine zivilgesellschaftliche Organisation und müssen so argumentieren. Es wäre fatal, wenn Sie das nicht tun würden. Mein Plädoyer ist nur, dass wir im politischen Raum doch verschiedene Erfahrungen, die ähnlich sind, auch bündeln und zusammenfassen sollten, und dass es vor allen Dingen keine Konkurrenz geben darf zwischen der Auseinandersetzung mit Rassismus, der Schwarze Menschen betrifft, und Rassismus, der beispielsweise chinesischstämmige Menschen betrifft. Ich finde beides in gleicher Weise widerwärtig, und ich halte es für sinnvoll, wenn wir diese Erfahrungen bündeln und nicht in eine Konkurrenz zueinander bringen. Das ist Punkt eins.

Zweitens: Sie haben auf die Kapitalismuskritik von Martin Luther King verwiesen. Sie können sich sicher sein, dass ich nicht alles von Martin Luther King teile. Die Kapitalismuskritik teile ich so nicht. Ein Punkt ist aber doch ganz wichtig, dass wir nämlich sehr wohl über soziale Diskriminierung nachdenken müssen. Frau Eralp, Sie lachen, aber das ist mir echt ein Anliegen, dass wir über soziale Diskriminierung reden. Nehmen Sie mal ein Beispiel aus den USA: Da haben Sie Wohnviertel, in denen überwiegend Schwarze Menschen wohnen. Diejenigen, die da wohnen, erhalten nur sehr schwer Immobilienkredite, weil sie ein schlechtes Ranking bei den Banken haben. Das betrifft sie aber unabhängig davon, ob sie Schwarz oder weiß sind. Sie haben in beiden Fällen das Problem. Das heißt, Sie haben hier Klassenprobleme, und über diese Klassenprobleme müssen wir reden. Sie vermengen sich mit den anderen,

aber wir können nicht bei allem immer sagen, das ist jetzt rassistisch, sondern wir müssen genau schauen, was eigentlich jeweils vorliegt. Insofern muss man da schon aufpassen.

Drittens, struktureller Rassismus: Frau Bozkurt hat heute Morgen festgestellt, dass wir uns in diesem Punkt einig sind. – Das glaube ich nicht. Mit mir auf jeden Fall nicht, aber ich glaube, auch mit den Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion sind Sie sich da nicht einig. Struktureller Rassismus heißt ja, dass man davon ablenkt, dass Rassismus eine Verhaltensweise von Menschen ist. Das ist das Problem, das ich damit habe, dass man hier die Verantwortung des Einzelnen für widerwärtiges Verhalten letztlich auf irgendwelche Strukturen abwälzt. Das ist der Grund, weshalb ich etwas gegen den Begriff des strukturellen Rassismus habe.

Viertens: Aus dem Argument des strukturellen Rassismus folgt eine positive Diskriminierung. Das habe ich selbst erlebt. Ich habe zwei Jahre in den USA unterrichtet, und da habe ich erlebt, was positive Diskriminierung an Universitäten bedeutet. Ich hatte einen Studenten, den ich aufgrund seines afroamerikanischen Slang schlicht nicht verstanden habe. Er sprach so einen Dialekt, den konnte ich nicht verstehen. Dann habe ich zum Kollegen gesagt: Kann ich zu ihm hingehen und ihm einfach sagen, dass ich als Europäer mit meinen begrenzten Englischkenntnissen ihn nicht verstehe? – Da hat er gesagt: Just shut up and give him good grades! – Halt deine Klappe und gib ihm gute Noten, ansonsten kriegst du hier massiven Ärger! Da habe ich gesagt: Gut, das ist ja nicht mein Land. Hier in Berlin würde ich so etwas nie machen, weil ich denke, dass ich unserem Land damit schade. Das ist positive Diskriminierung. Die Folge ist letztlich eine Entmündigung der Menschen. Ich entmündige die, die ich eigentlich unterstützen möchte, und das halte ich für ein Problem.

Letzter Punkt, kritisches Weißsein: Frau Piesche! DiAngelo, das ist ja nun ganz problematisch. Bei DiAngelo wird gesagt, als Weißer bin ich eigentlich per se ein Rassist, ich kann gar nicht anders. Wenn ich anfange, das zu leugnen – [Peggy Piesche: Wer ist DiAngelo?] – Eine der Autoren, die über kritisches Weißsein geschrieben haben. Das ist doch ein ganz bekannter Bestseller. Das führt letztlich zu einer Entrationalisierung von Diskursen. Ich kann dann nämlich eigentlich gar nicht mehr mit anderen Leuten reden, weil mir dann sofort wieder meine Hautfarbe unterstellt wird, dass dann gesagt wird: Du bist weiß, du kannst ja sowieso nicht anders denken. – Dann sind wir am Ende jeder rationalen Auseinandersetzung. Die Folge dieser Argumentation, kritisches Weißsein, die Entrationalisierung von Diskursen, würde ich gern vermeiden. – Vielen Dank!

Stephan Lenz (CDU): Es bleibt wahrscheinlich nicht mehr viel Zeit, aber ein paar Sätze möchte ich auch dazu sagen. Wir haben in der Vergangenheit hier im Grunde vermisst, dass wir in den Diskurs kommen. Wir wollen in den Diskurs kommen. Insofern kann ich mich jetzt bei Ihnen, Frau Piesche, dafür bedanken. Ich verstehe Sie jetzt besser. Es überzeugt mich nicht, aber ich verstehe Sie jetzt besser. Es ist, wenn man in den Diskurs kommen möchte, immer ganz gut, wenn man den anderen versteht, um sich dann auszutauschen und zu schauen, wie man weiterkommt. Das ist ja das Ziel, dass man da ein Stück weiter kommt, denn das Ganze ist aus meiner Sicht natürlich ein Aushandlungsprozess. Sie haben gesagt, dass durch die Wissensproduktion überhaupt erst einmal Wahrnehmbarkeit und Artikulationsfähigkeit geschaffen wurde. Das würde ich alles anerkennen und unterstreichen. Das ist dringend notwendig, denn man kann keinen Aushandlungsprozess führen, wenn man nicht voneinander weiß oder wenn nicht das Bewusstsein besteht und man sich nicht artikulieren kann. Aller-

dings ist das etwas, das in beide Richtungen gilt. Natürlich ist das auch immer ein Stück weit ein Kampf um Ressourcen, was in jeder Gesellschaft ganz normal ist, denn jeder Euro kann nur einmal verwendet werden, und jeder hat dafür eine andere Idee. Das ist ganz normal. Deswegen müssen aber auch beide Seiten darauf achten, dass dieser Diskurs, wenn er denn mal angeschoben ist, wenn er läuft, fair läuft. Natürlich sollte man bestimmte Dinge ausklammern, man kann nicht immer über alles gleichzeitig reden, aber es gibt natürlich Dinge, nehmen wir mal den Rassismusbegriff, bei denen es einen erheblichen Teil gibt, den wir einheitlich sehen, und Teile, das wissen Sie auch, die wir nicht einheitlich sehen. Man muss, finde ich, über diesen streitigen Teil gepflegt miteinander sprechen, und man muss sich verstehen und es akzeptieren und aushandeln, und am Ende muss man natürlich auch eine Entscheidung treffen. Das gilt ganz genauso, wenn wir insgesamt um Begriffe ringen. Sie haben ja von Definitionsmacht gesprochen. Ja, natürlich, Begriffe sind Macht, das ist alles so. Dann muss das in der Gesellschaft besprochen werden, und zwar unter Einhaltung bestimmter Prozesse und Kriterien. Das muss geschützt sein. Dieser Aushandlungsprozess muss einfach kultiviert verlaufen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, und ich merke auch oft, dass Widerspruch direkt zu Diffamierung führt. Das erlebe ich schon oft, obwohl ich mich nicht, wie Sie, hauptsächlich in diesem Politikfeld äußere. Wenn ich mich dann aber in diesem Politikfeld äußere, ist man sofort bewusst Diffamierung ausgesetzt. Das ist sozusagen das, was Sie anderen vorwerfen, in die andere Richtung. Das muss man einfach heraushalten, damit ein solcher Aushandlungsprozess gut verlaufen kann.

Dann wenigstens noch ein paar Worte, warum wir Bürgerlichen uns manchmal so schwer mit dem tun, was Sie richtig finden: Die große Bedeutung des Individuums für uns ist angesprochen worden. Ich sage Ihnen auch, dass wir ein bestimmtes Freiheitsverständnis haben, und dieses Freiheitsverständnis ist einfach darauf angewiesen, dass es legitime Unterschiede zwischen den Menschen und deren Lebensverläufen geben muss. Jetzt ist die große Frage: Wie rechtfertigen Sie die Unterschiede? Natürlich sind das individuelle Leistungen, damit haben wir vielleicht gemeinsam weniger Probleme, aber das können durchaus auch kulturelle Gesichtspunkte sein, die Unterschiede rechtfertigen, und nicht jeder kulturelle Gesichtspunkt ist rassistisch, und er gehört auch nicht unter Rassismusverdacht gestellt.

Kultur ist natürlich auch in Bewegung und ist verhandelbar. Dafür brauchen wir wieder diese fairen Prozesse. Natürlich ist Kultur in Bewegung, Gesellschaft ist in Bewegung. Ich glaube, es ist angekommen, was ich meine. Das ist auch ein Teil, den ich mir hier von dieser Enquete-Kommission erhofft habe: Dass wir unseren Beitrag zu diesem Verhandlungsprozess leisten und dass wir vielleicht auch ein bisschen in die Öffentlichkeit tragen, dass er läuft. Im Grunde sind wir schon ein Stück weit in der postmigrantischen Gesellschaft angekommen. Dazu gehört eben auch, dass alle Teile der Bevölkerung ihre Interessen und Sichtweisen einbringen können. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Lenz! – Jetzt ist die Linke dran. Frau Eralp, wer spricht bei Ihnen?

Elif Eralp (LINKE): Wir teilen das.

Vorsitzender Raed Saleh: Bitte schön!

Hajdi Barz: Ich wollte eigentlich noch mal einen Input zu Empowermentgrundsätzen geben, aber muss jetzt leider erst mal reagieren. Das ist ein Klassiker in der rassismuskritischen Bildungsarbeit, dass man erst mal erklären muss, was Rassismus ist, bevor man über Empowerment sprechen kann. Ein Zitat aus der Studie zum Empowerment habe ich gefunden, das hier ganz gut passt. Wir haben Organisationen der Romja, Roma, Sintizze und Sinti in ganz Deutschland befragt. 10 Prozent dieser Organisationen sind im Übrigen in Berlin, und sie sagen so etwas wie: Wir brauchen vor allem Ressourcen für Selfspace. Ein großer Teil unserer Arbeit ist damit befasst, der Erklärbär für die weiße Dominanzgesellschaft zu sein, während die Arbeit mit der Community vernachlässigt wird. – Das mache ich jetzt auch noch mal kurz: Struktureller Rassismus bedeutet nicht, dass es keinen individuellen Rassismus gibt. Die Analyse von strukturellem Rassismus hat ja eigentlich verschiedene Ebenen. Da gibt es den strukturellen Rassismus, die interpersonale Dimension, die durchaus relevant ist, und die institutionelle Dimension. Das bedeutet, es macht einen Unterschied, ob ich jetzt in der Pause mit Ihnen ein Gespräch führe und Sie mich rassistisch diskriminieren oder ob Sie das in dieser Runde hier als Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen und so weiter und mit einer Auswirkung auf Menschen machen. Das heißt, es ist auch wichtig, darauf zu schauen, dass Lehrkräfte sich eben nicht Rassismus leisten können, weil Rassismus ein Ausgrenzungsmechanismus ist, der reale Effekte auf die Leben der Menschen hat, mit denen sie arbeiten. Das heißt, wenn eine Lehrkraft sich nicht die Mühe macht, den Dialekt der Person zu verstehen, und das auch noch als Eigenschaft einer Community markiert, dann müssen wir erst mal schauen, welche Effekte das für diese Person hat. Hat sie den gleichen Zugang zu Bildung wie andere Menschen? – Nein, denn sie wird rassistisch markiert.

Das andere ist auch: Kritisches Weißsein ist nicht das Problem, sondern eine Umkehr der Problematik. Rassismus ist eine Gewalt mit Effekten auf die Menschen. Auch die internationalen Definitionen von Rassismus gehen darauf zu schauen, was die Effekte des Rassismus sind. Sie gehen nicht darauf, was die Intentionen sind oder was ich möchte oder Ähnliches. Bei Weißsein geht es nicht um die Hautfarbe weiß, das ist ein falsches Verständnis von diesem Begriff, sondern es geht um weiß als Dominanzinstitution. Wir haben zum Glück heute Morgen ganz lange über koloniale und nationalsozialistische Geschichte gesprochen, und wir haben darüber geredet, wie tradiert diese Rassismen sind, wie wenig Effekt doch die Gegenbewegungen hatte und so weiter und welche Auswirkungen es auf die Menschen hat. Deshalb ist kritisches Weißsein ein Versuch, mit diesem Erbe umzugehen und darüber nachzudenken, was es bedeutet, als weiß positionierte Person rassismuskritisch zu sein.

Es ist auch schade, dass hier eine Entrationalisierung von Diskursen vorgeworfen wird, wenn man einfach Jahrzehnte von Rassismuskritik, auch wissenschaftlicher Rassismuskritik, die jetzt wirklich zuhauf auch in Berlin vor Ort ist, einfach wegwischt, denn es gibt Rassismustheorie, und ich würde wirklich darum bitten, dort noch einmal hineinzuschauen. – [Stephan Lenz (CDU): Das ist doch keine Basis.] – Okay, in dem Versuch, jetzt noch mal weiter drei Dinge zu Empowerment sagen zu können in drei Minuten – – [Zurufe] –

Vorsitzender Raed Saleh: Ein Satz, wenn ich ganz kurz unterbrechen darf, vielleicht kann man kurz die Uhr anhalten: Das ist eine Basis. In dem Augenblick ist das ihre Meinung, so wie Sie, Herr Lenz, gerade Ihre Meinung vorgetragen haben. Wir haben nachher noch eine Runde, dann kann man darauf eingehen, aber wir sind hier dabei, uns auszutauschen, und da gibt es, das haben wir gerade auch an Ihren Beispielen gemerkt, durchaus auch einen Diskurs, was die Begrifflichkeit betrifft. Deswegen diskutieren wir das auch hier. – Herr Lenz! Ich

versuche wirklich, die Sitzung immer so fair wie möglich und auch so zu moderieren, dass wir wirklich einen Austausch von Argumenten haben. Wir haben Ihnen wirklich alle gerade zugehört. Auch ich habe zugehört. Ich hätte auch an der einen oder anderen Stelle gern etwas gesagt. Es hat schon gekribbelt, weil ich auch vieles aufgrund meiner persönlichen Erfahrung in diesem Land, aber auch aufgrund anderer Thematiken, einfach anders bewerte. Trotzdem wollen wir uns doch hier austauschen, und sie ist gerade dran. Wenn sie fertig ist, gehen wir noch mal in eine Runde, dann kann man darüber diskutieren, und wir haben noch genug Gelegenheiten, auch in diesem Gremium, dann vertiefter hineinzugehen. Heute geht es aber wirklich darum, sich erst einmal zu den Grundlagen auszutauschen. – Sie waren noch nicht fertig, Sie haben noch sechs Minuten. – Wir haben doch gleich noch eine Runde, Herr Lenz, dann kann man gern noch mal darauf eingehen.

Hajdi Barz: Okay, vielen Dank! – Es gibt noch zwei Zitate, die ich jetzt mitbringen möchte, aus dieser ersten Studie, die überhaupt Organisationen der Romnja, Roma, Sintizze und Sinti gesucht hat und versucht hat, sie zu befragen. Da gibt es zwei Zitate, die ich nennen möchte: Zudem engagieren sich viele Mitarbeiter*innen und Mitglieder des Vereins weit über ihr bezahltes Stundenkontingent hinaus. – Und: Alles unter einen Hut zu bringen, da wir ehrenamtlich arbeiten und wir mehr Arbeit haben, als wir bewältigen können, ist ein klarer Hinweis darauf, dass die Strukturen, die wir haben, nicht ausreichend sind für die Communitys, die sie brauchen. – Das bedeutet also, dass es nicht nur an Finanzierung fehlt, es fehlt auch an Capacity-Building, es fehlt an Zugängen zu Ausbildungen und so weiter, wie wir auch ganz klar gesehen haben. Dem muss der aktive Blick von der Politik gelten: Wie können Romnja, Roma, Sintizze und Sinti erreicht werden? Wie können die Selbstorganisationen den Gruppen Beratung anbieten, denen sie diese anbieten möchten, und auch mit einer guten Qualität?

Dann noch etwas, das auch eine Organisation gesagt hat: Es gibt Grenzen ihrer Empowermenttätigkeit, und diese liegen im Rechtlichen. Hier sagt eine Organisation: Wir stoßen an Grenzen, was die Hilfe angeht. Vor allem, wenn es um Bleiberecht geht, sind wir als Organisation an unseren Grenzen und können nicht alles auffangen, was unseren Mitgliedern passiert. Wenn einem der Jugendlichen Abschiebung droht, kann er sich schlecht auf Schule, Ausbildung und so weiter konzentrieren. Dieser Vorgang ist ein totales Hindernis für Leben und Entwicklung der Jugendlichen. Vor allem haben Jugendliche Probleme, die hier geboren und aufgewachsen sind und kein anderes Land kennen außer Deutschland. Dies verurteilen wir und fordern einen Perspektivwechsel im Bleiberechtsbereich.

Vielleicht auch noch mal ein Hinweis zum Mahnmal und zum Empowerment: Es ist ein ganz essenzieller Teil von Empowerment, die eigene Geschichte zu kennen. Romnja, Roma, Sintizze und Sinti lernen das nicht zwangsläufig in der Schule. Dafür gibt es Empowermentstrukturen. Die eigene Geschichte der Verfolgung macht ganz viel mit dem Verständnis dessen, wer ich in diesem Land bin, was mir hier eigentlich passiert und wie ich mit dem Rassismus umgehen kann, der mir hier passiert. Berlin ist der Ort, an dem sich das Mahnmal für die europäischen Ermordeten des Genozids befindet. Das heißt, es hat eine große Strahlkraft, nicht nur in Berlin. Darauf wollte ich noch einmal hinaus, weil alle Romnja, Roma, Sintizze und Sinti aus Europa, die irgendwie politisch aktiv sind, auf Berlin schauen und darauf, was hier mit dem Mahnmal passiert. Wir haben kein ordentliches Bildungsprogramm, das nicht von einer Selbstorganisation organisiert wurde, tatsächlich stabil trägt und auf diesen europäischen Bedarf antwortet.

Elif Eralp (LINKE): Ich mache weiter. – Sie haben vorhin immer wieder gesagt, und jetzt eben auch, dass wir als Kommissionsmitglieder ins Gespräch kommen sollen und wollen. Von allen Anzuhörenden, eben gerade und heute Morgen, wurden strukturelle und institutionelle Diskriminierung und Rassismus auch durch Behörden dargestellt. Als die Kollegin Bozkurt vorhin sagte, wir hätten darüber Einigkeit herstellen können, haben mehrere CDU-Abgeordnete reingerufen, dass dem nicht so sei. Daher frage ich Sie, wie bringen – – [Katharina Senge (CDU): Das bezog sich auf was anderes! Sie stellen das falsch dar!] – Entschuldigung! Sie können das gleich klarstellen. Ich bin jetzt dran. – [Katharina Senge (CDU): Wir können nicht noch mal darauf antworten!] – Natürlich, wir haben noch eine zweite Runde.

Vorsitzender Raed Saleh: Wir haben noch die Möglichkeit, wir haben noch eine Runde. Ein Satz – – [Zuruf von Elif Eralp (LINKE)] – Wir halten die Uhr an. Ganz kurz. Leute! Die Frage wurde gestellt, ich gehe darauf ein. Frau Senge! Wir haben nachher noch eine Runde, dann kann man darauf eingehen. Noch mal: Hier sitzen vier verschiedene Farben am Tisch mit vier verschiedenen Ansichten. Das ist ein Stück weit normal. Was wir hier diskutieren, wird bundesweit diskutiert, an jedem Ort, auf Arbeit, in der Kneipe und sonstwo. Wir müssen die Diskussion hier führen. Darauf haben wir uns verständigt. – Frau Eralp, Sie haben noch zweieinhalb Minuten!

Elif Eralp (LINKE): Noch einmal: Es ist mir auch egal, was eben gesagt wurde. Strukturelle Diskriminierung, struktureller Rassismus wurde von Herrn Stettner persönlich im Plenum geleugnet. Das wird er auch nicht infrage stellen. Es hat auch eben gerade der Kollege Hansen gesagt, dass er nicht davon ausgeht und auch glaubt, dass die CDU nicht davon ausgeht. Dann machen wir es so, ja? – Ich möchte Sie als CDU fragen, wie Sie diese Leugnung von institutioneller und struktureller Diskriminierung und strukturellem Rassismus, übrigens auch von strukturellem Antisemitismus, den auch Frau Chernivsky hier immer wieder angesprochen hat, mit den Aussagen der Expertinnen und Experten zusammenbringen, die uns diese Dinge nun schon in der sechsten Sitzung der Enquete-Kommission berichten und durch Studien, Zahlen, Fakten nachweisen. Gibt es hier eine Offenheit, die Perspektiven von Expertinnen und Experten und Betroffenen zumindest erst einmal anzunehmen? – Das ist meine Frage.

So, und übrigens, wenn man von struktureller Diskriminierung spricht, entlastet das nicht das Individuum, das sich diskriminierend verhält, sondern es nimmt zusätzlich die Behörden und Institutionen in die Pflicht. Denn in Deutschland, das müssten Sie wissen, wird rassistisches und antisemitisches Erfahrungswissen in öffentlichen Einrichtungen weitergegeben. Das ist strukturell, und dass ich das hier erklären muss, ist, finde ich, ein Skandal.

Vielleicht konkretisieren auch Sie, Herr Lenz, was Sie meinen. Wollten Sie sagen, dass Chancenungleichheit, Ausgrenzung und unterschiedliche Lebensläufe durch kulturelle Gesichtspunkte gerechtfertigt sind? – Wenn nein, dann erklären Sie mir bitte, was Sie mit diesen kulturellen Gesichtspunkten gemeint haben.

Zur Klassenfrage: Da sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Keiner hier hat das eine gegen das andere ausgespielt oder gesagt, dass weiße Menschen nicht von Klassismus betroffen seien. Natürlich sind sie das. Im Gegenteil, alle hier, alle Expertinnen und Anzuhörenden, haben gesagt, dass es Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung gibt, dass verschiedene

Menschen von verschiedenen Ausgrenzungsmechanismen betroffen sein können. Dieses Ge-geneinanderausspielen, das Sie eben angesprochen haben, hat hier niemand gemacht.

Das musste ich jetzt einmal klarstellen. Jetzt habe ich wenig Zeit für meine Fragen. Deswegen fokussiere ich mich jetzt auf das Demokratiefördergesetz, weil vorhin angesprochen wurde, dass es für Empowerment wichtig ist, dass man institutionell-strukturell abgesichert ist und nicht nur von der Projektförderung abhängt. Aus der Antwort auf meine letzte Anfrage Ende Juli an den Senat geht hervor, dass die Senatskanzlei, also der CDU-Bürgermeister, das Ver-fahren zum Landesdemokratiefördergesetz, das Verbändeanhörungsverfahren, derzeit blockiert, obwohl der Zeitplan schon gerissen wurde. Deswegen möchte ich vom Senat wissen: Hat er diese Blockade endlich aufgegeben? Geht es weiter? Wann können wir als Parlament mit dem Landesdemokratiefördergesetz rechnen, auf das die ganze Zivilgesellschaft wartet?

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Eralp! – Meine Bitte wäre noch mal an die Gäste: Bitte nicht klatschen! Sind wir uns einig? – Super, vielen Dank! So sind hier halt die Spielregeln. – Danke! Okay, ich habe jetzt noch mal die Bitte formuliert, dass das eingehalten wird.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, auf die Fragen einzugehen. Bis zu zehn Minuten stehen Ihnen zur Verfügung. Wir fangen in umgekehrter Reihenfolge an. Ich würde nachher einen Vorschlag zur zweiten Runde mit Bezug auf die Antwort der Exekutive machen. – Dann Herr Leucht, bis zu zehn Minuten, Sie haben das Wort!

Christoph Leucht (Hildegard Lagrenne Stiftung): Ich sitze nicht wie Sie schon das sechste Mal hier und habe deswegen nicht ganz so viel an Vorgeschichte miterlebt. Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU haben mich eingeladen, und ich habe am Anfang Ihre Fragen ehrlich gesagt eher als wohltuend empfunden, und zwar deswegen, weil das im Vergleich zur AfD wirkliche Fragen sind. Zumaldest haben Sie sie so formuliert. Ich finde, das ist ein riesengroßer Unterschied. Ich möchte erst einmal anerkennen, dass Sie hier wirklich mit Argumenten und Fragen gekommen sind. Natürlich ist es so, dass solche Diskussionen -- Ich sage es mal so: Wir weißen Menschen oder wir weißen Männer sind ja eine Diskussionskultur gewohnt, wo wir erstens immer recht haben und zweitens natürlich niemand laut uns gegenüber spricht, weil das sofort unsere Autorität in Frage stellt. Das machen wir ja nur mit anderen so. Ich glaube, das ein bisschen mehr auszuhalten, ein bisschen mehr zu sagen: Ja, so eine Debatte um Rassismus, das ist eine schmerzhafte Debatte -- Ich meine, wir weißen Männer können das auch nicht so gut nachvollziehen, und ich würde mal sagen, natürlich sind wir, alle weißen Männer sozusagen, rassistisch sozialisiert, und natürlich sind alle Männer patriarchal sozialisiert. Das ist ein bisschen Teil unserer Gesellschaft, wie sie angelegt ist. Deswegen ist man noch nicht gleich ein Massenmörder oder ein moralisch schlechter Mensch, man ist halt nur ein Macho und ein Rassist. – [Heiterkeit] – Das muss man erst mal anerkennen: Ja, das ist leider so. Jetzt klingt das so lustig, das ist aber nicht lustig. Das führt zu schmerzhaften Bemerkungen, zu einem dominanten Verhalten, zu dem Versuch, meine Privilegien zu sichern, zu der Idee, dass ich vielleicht besser als die anderen bin, und so weiter und so fort. Das ist nur für uns lustig. Eine Debatte darüber kommt natürlich zumaldest bei einem Teil der Personen – denen, die von Rassismus verletzt werden – ganz anders an als bei uns, die wir sagen: Nein, das sind doch alles nur Argumente, und wir wollen das so. – Ich finde, die Bereitschaft, uns zuzuhören, ist da. Es hat niemand gesagt: Halt's Maul, ich will das nicht hören –, sondern auf die Fragen, die wir stellen, so schmerhaft sie vielleicht auch wirken, wird ge-

antwortet, und das ist okay. Dass uns dafür aber nicht gratuliert wird, dass wir solche Fragen stellen, die andere vielleicht als dämlich empfinden, finde ich auch okay, denn vielleicht sind sie zum Teil auch dämlich. Sie haben auch zum Teil gesagt: Das hätte man eigentlich wissen können. – Ja, stimmt wahrscheinlich! Das erst mal als Einstieg. Ich finde das unterm Strich eine wirklich sehr produktive Angelegenheit und freue mich auch, dass Sie sich alle so engagiert daran beteiligen.

Es sind ganz viele Fragen gestellt worden. Ich will versuchen, auf drei Punkte einzugehen. Der eine ist die ganz konkrete Frage an mich von Frau Piesche. Ich glaube, alle müssen sich gegen Rassismus einsetzen, also Rassismus Ausübende und von Rassismus Betroffene. Da müssen wir mega zusammenarbeiten. Personen, die nicht durch Rassismus verletzt werden, sind trotzdem ganz wichtig und müssen auch mega engagiert mithelfen. Das anzuerkennen ist natürlich schon der allererste Schritt.

Gleichzeitig ist es natürlich so, wie Sie schon sagen: „Nothing about us without us“. Das ist ein wichtiger Grund. Das heißt nicht, dass sich Personen, die nicht Teil der Community sind, daran nicht beteiligen dürfen, sondern nur, dass diese Perspektive superwichtig ist. Da geht es um verschiedene Ebenen. Da geht es um eine Kompetenzebene, also dass man das als Betroffene von rassistischer Diskriminierung anders wahrnehmen kann als jemand, für den das vielleicht nur ein Gerechtigkeitsthema oder ein intellektuelles Thema ist, wie für mich zum Beispiel. Das heißt, ich kann keine Kompetenz in einer solchen Diskussion einbringen, die ich gar nicht habe. Schon deswegen ist die Zusammenarbeit wichtig, und natürlich auch, weil das am Ende immer auch Dynamiken sind, gerade wenn es um Empowerment geht, wo viel Peer-to-Peer- und Erfahrungsaustausch und so weiter wichtig sind. Das ist natürlich ein total wichtiger Grund dafür, das zu berücksichtigen.

Bei der RomnoKher-Studie, die ich am Anfang erwähnt habe, ist das, dass etwa die Hälfte der Autorinnen und Autoren, die das analysiert haben, und alle Interviewerinnen und Interviewer selbst Angehörige der Minderheit waren und die Studie von einer Minderheitenorganisation verantwortet und am Ende auch gesteuert wurde. Das ist ein zentrales Charaktermerkmal. Das war ja die Anfangsdiskussion: Können wir eine solche Studie überhaupt aus dem Institut heraus machen? Wir haben das 2011 das erste Mal selbst gemacht, weil damals ein Professor, der die Studie für Unicef gemacht hat, gesagt hat: Überlassen Sie mal die Studien uns, und Sie machen mal weiter Ihre Praxisprojekte! – Da haben wir gesagt: Das wird bei so einer Studie nicht funktionieren, denn das muss ein Prozess sein. Sie müssen interviewen, und es muss eine Debatte innerhalb der Community entstehen, und sie entsteht nicht, wenn sie von außen gemacht wird. – Daher ist das auf jeden Fall sehr wichtig. Das ist auch bei den Materialien, die wir im Rahmen der Wissenskampagne für die Berliner Schule machen, angepasst an den Berliner, ehemals Berlin-Brandenburger, Rahmenlehrplan und die Lehrkräftefortbildung total wichtig, dass die Kollegin, die das macht, selbst Angehörige der Minderheit ist und dort unterschiedliche Kompetenzen zusammenbringen kann.

Dann war die zweite Frage: Was ist eigentlich Empowerment? – Ich glaube, Herr Walter hat sie am Anfang gestellt. Aus meiner Perspektive geht es, wenn man das Wort übersetzt, um Macht, und Empowerment ist am Ende immer Teilhabe. Dafür ist natürlich der Landesbeirat, der politische Entscheidungen durch Beratung beeinflussen kann und im Partizipationsgesetz verankert ist, ein total gutes Beispiel in Berlin. Gleichzeitig ist für diese Teilhabe an der Macht mitentscheiden zu dürfen und dazu ermutigt und befähigt zu werden auch Teil des Prozesses. Das heißt, Investitionen, wie beispielsweise der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlins in den Jugendbeirat für Roma* und Sinti*, den wir dieses Jahr bei der Hildegard Lagrenne Stiftung als Pilotprojekt machen, sind wichtig oder auch die Jugend- und Förderprogramme, die Angehörige der Minderheit dazu ermutigen und für diese Teilhabe befähigen. Wenn Empowerment am Ende nicht auch die Komponente Mitentscheiden hat, dann ist das nicht das, was man wirklich herausholen kann. Das muss man immer mitdenken, das wird manchmal vergessen. Manchmal bleibt man bei Ermutigung stehen und sagt: Das ist doch toll, wir haben hier eine Fortbildung und ein Ferienlager, und das ist doch super –, und man geht nicht an die Strukturen und an die Mitentscheidungsfragen heran.

Dann hatten Sie die Frage nach positiver Diskriminierung gestellt. Ich muss mich entschuldigen, da habe ich ein bisschen grimassiert. Ich habe darauf reagiert, und vielleicht hat das jemand gesehen, dass ich ein bisschen grimassiert habe. Das ist doch so klar, wenn wir sagen, die Mehrheit der Personen in Gefängnissen sind von Rassismus betroffen und Universitäts-

professorinnen nicht und so weiter, dass es also ein Ungleichgewicht in der Gesellschaft gibt, dass sich das perpetuiert, dass es um Netzwerke geht und am Ende doch auch die Hautfarbe eine Rolle dabei spielt, wen ich von den fünf Bewerbenden, die eigentlich alle gut genug sind, gefühlsmäßig, mit meinem Bauchgefühl, für den Besten oder die Beste halte. Zack, da sind wir ja bei einer Sozialisierung und bei einem Gefühl, dass ich dann unbewusst vielleicht die weiße Person für am besten halte. Vielleicht auch nicht ich, sondern jemand anders, und ich bin der eine, der zehnte, der es nicht macht. Dann ist das aber trotzdem ein Mechanismus, der immer wieder dazu führt, dass sich diese Strukturen verstärken. Wir müssen aus demografischen und Arbeitsmarktgründen unbedingt mehr Teilhabe haben. Wir haben diese Riesenproblematik von abhängigen und nicht mit gutem Schulabschluss abgehenden Jugendlichen, darunter auch überdurchschnittlich von Rassismus Betroffene. Wenn wir das nicht in den Griff kriegen und nicht die Qualifizierung von vielen jungen Menschen stark verbessern, sieht es schlecht für die ganze Rentenversicherung und so weiter aus. Das heißt, wir brauchen unbedingt mehr Teilhabe und andere Strukturen, und das heißt, positive Diskriminierung oder Affirmative Actions sind total wichtig, um Teilhabe zu erzeugen.

Jetzt haben Sie dieses Beispiel gebracht. Ich glaube, das ist die Gefahr der einzelnen Geschichte. Ob man jetzt daraus ableiten kann, dass positive Diskriminierung in ganz Amerika an Universitäten nicht funktioniert, weiß ich nicht so genau. – [Dr. Hendrik Hansen: So habe ich das nicht gemeint.] – Ja, genau. Klar, ich kann das gut nachvollziehen, ich bin auch ein weißer Mann wie Sie, dass sich das in manchen Situationen so anfühlt: Oh, jetzt bin ich mal nicht der Schnellste, jetzt bin ich mal nicht der Schlaueste. Mann, das bin ich doch sonst immer! – Das ist erst mal eine Umgewöhnungsfrage, dass Leute anfangen zu sprechen und Gleichberechtigung einfordern oder Leute zurückweisen und sagen: Nein, du hast nicht recht. – Das ist, glaube ich, für weiße Männer ein Lernprozess zu üben, nicht immer auf der Seite derer zu sein, die für kompetent und entscheidungsbefugt gehalten werden. – Damit bin ich eigentlich durch.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, Herr Leucht, vielen Dank! – Jetzt wäre als Nächster Herr Klein dran, auch 10 Minuten lang. – Herr Klein, Sie haben das Wort!

Jeff Kwasi Klein (GBG): Vielen Dank! – Ich habe mich, als Sie gesprochen haben, Herr Lenz, dabei erwischt, wie ich Ihnen bei ganz vielen Punkten sogar fast zugestimmt habe, als Sie meinten, dass allen Teilen der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben werden soll, Ihre Gesichtspunkte einzubringen. Da bin ich komplett Ihrer Meinung. Ich habe mich dabei schon gefragt, als Sie meinten, dass es eine gesittete, kulturelle, wie auch immer, zivile Diskussionskultur braucht, was Sie damit genau meinten. Das haben Sie aber dann bewiesen, als Frau Eralp gesprochen hat und Sie immer wieder reingegangen sind. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie doch eigentlich hier wollen, oder? Deswegen würde ich mir grundsätzlich wünschen, wenn wir über solche Themen sprechen – was ich großartig finde, dass wir solche Unterhaltungen haben und wirklich auf den Kern von Problemen gehen –, dass wir weniger Emotionalität hineinbringen und ein bisschen mehr bei der Sachlichkeit bleiben. Deswegen machen wir das doch.

Sie haben dem Individuum eine große Bedeutung beigemessen, und das sehe ich auch so. Das Problem aber, das wir mit strukturellem Rassismus, mit Rassismus überhaupt, haben: Er nimmt mir die Möglichkeit, überhaupt als Individuum wahrgenommen zu werden. Ich werde aufgrund von Strukturen, die in der Gesellschaft gewachsen sind, immer wieder auf ein Bild

reduziert, das eben kein Selbstbild ist, sondern das wiederum in den Köpfen von Leuten der Mehrheitsgesellschaft ist, aber nicht nur der Mehrheitsgesellschaft, sondern das durch die, wie Sie es schon genannt haben, rassistische Sozialisierung in all unseren Köpfen ist. Es geht doch darum, wenn wir sagen, wir wollen die Menschen als Individuum sehen, dass wir den Menschen auch die Chance geben, dass sie tatsächlich als Individuum und nicht als Vertreter ihrer jeweiligen Gruppe gesehen werden. Mir wird also, so gesehen, die Möglichkeit dazu genommen.

Was die Unterschiede angeht: Wir reden doch die ganze Zeit darüber, dass wir Unterschiede sehen wollen. Deswegen sagen wir doch, dass wir uns anschauen wollen, was eigentlich anti-Schwarzer Rassismus ganz spezifisch in seinen strukturellen, individuellen und institutionalisierten Auswirkungen bedeutet. Was bedeutet er denn für Schwarze Menschen ganz spezifisch? Was bedeutet antimuslimischer Rassismus ganz spezifisch? Wir reden doch über Unterschiede. Worüber wir aber reden möchten, diejenigen, die darauf hinweisen wollen, dass es strukturelle Formen von Rassismus gibt, ist, dass es Unterschiede gibt, dass es aber keine unterschiedliche Behandlung geben darf, insbesondere keine unterschiedliche Behandlung von Institutionen oder Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen.

Ich sage Ihnen auch, auf individueller Ebene – Frau Barz hat es gesagt, Rassismus wirkt auf vielen Ebenen – ist mir schon fast egal, was irgendein Mensch über mich denkt, aber es wird dann zu einem Problem, wenn diese Person darüber entscheidet, ob ich eine Wohnung bekomme, einen Job behalte oder ob ich die Leistung von den Behörden bekomme, die mir als Bürger zusteht. Das heißt also, diese Individuierung wird einem genommen, und die Unterschiede werden durch die Struktur gemacht, die da ist.

Ich wollte auch noch mal ganz kurz auf Herrn Hansen eingehen. Ich finde es ein bisschen schwierig, sich die großen Denker und Aktivistinnen und so weiter und deren Lebenskonzeptionen anzuschauen und sich eines Cherrypickings zu bedienen, also Martin Luther King zu nehmen, ohne aber gleichzeitig auch eine klassismuskritische Perspektive zu nehmen, die ganz eng mit seiner rassismuskritischen Perspektive verbunden ist. Das geht nicht. Das wäre fast so, als würde man den Rationalismus von Kant nehmen, aber die Rassentheorie von ihm nicht gleichzeitig mitbedenken. Das geht epistemisch nicht.

Was ist die Realität? – Sie haben über Klassismus gesprochen. Ich finde es auch sehr wichtig, dass wir über Klassismus sprechen. Die Realität von strukturellem Rassismus zeigt, dass wir Prekarität haben, dass Klassismus oder Systeme des Ausschlusses eben Prekarität schaffen, dass eben Klassismus auch entlang von rassistischen Kategorien verhandelt wird. Deswegen gibt es diese krasse Überdeckung. Ich bin mir auch nicht ganz sicher, was mit kulturellen Gründen gemeint war – das hatten Sie nicht gesagt –, die dazu führen. Nur weil es eine Korrelation gibt, heißt das noch nicht, dass eine Kausalität da ist oder in welche Richtung die Kausalität vorherrscht, denn wie gesagt, Rassismus hat eine Funktion in der Gesellschaft. Rassismus ist natürlich auf individueller Ebene da, wird uns eingebläut und so weiter, aber er hat eine Funktion. Die Funktion ist auch zu entscheiden, wer wie Zugang zu gesellschaftlichen Gütern und zu Ressourcen hat. Dafür ist Rassismus mehr oder weniger eine Ordnungskategorie, und es läuft entlang von rassistischen Kategorien und allen möglichen anderen, zum Beispiel ableistischen Kategorien und so weiter und so fort. Lassen Sie uns daher sehr gern über Klassismus sprechen, und warum es so ist, dass sich Klassismus in Verbindung mit Rassismus, jetzt zum Beispiel in Zusammenhang mit Geflüchteten, so sehr auf ihre Lebensre-

alität auswirkt und was wir dagegen machen können, und dass wir auch versuchen, unseren Blick zu erweitern. Wenn wir über die Bekämpfung von Rassismus sprechen, dann reden wir auch über die Bekämpfung von Armut. Dann reden wir auch darüber, dass der Wohnungssektor zum Beispiel miserabel ist und Menschen dazu bringt, dass sie in Prekarität geraten. Dann reden wir über diese ganzen auf Klasse beruhenden Unterschiede und Ungleichmachungen, die die Lebensrealitäten von Menschen erschweren. Lassen Sie uns gern tiefer in das Thema einsteigen.

Vielleicht bin ich jetzt genug darauf eingegangen, ich will noch mal auf die Fragen, die gestellt worden sind, eingehen. Wie kann Verwaltung zur Abbildung von Empowerment beitragen? – Das war die Frage von Ihnen, Herr Walter. Ich habe das eben schon kurz gesagt: Förderung ist natürlich ein gutes Mittel, aber wir müssen aus dieser Projektitis herauskommen, die wir alle kennen. Man hat ein Projekt, das läuft ein Jahr, nicht überjährig. Dinge, die innerhalb des Projektes passieren, die Wissensproduktion, die stattfindet, gehen oft verloren, weil es keine weitere Verstetigung gibt oder neue Projekte da sind. Das ist in gewisser Weise auch eine Verschwendug oder ein nicht wirtschaftlicher Umgang mit Steuermitteln. Warum machen wir es nicht so, dass Förderung tatsächlich langfristig dazu führen kann, dass sich Strukturen ändern? – Deswegen fordern wir aus den Zivilgesellschaften auch schon lange, dass es Strukturförderung braucht, die Empowerment ansieht, und zu Empowerment, das ist auch durch die UN-Dekade klar, deswegen ist es in Verbindung gesetzt, gehört Entwicklung. Entwicklung und Empowerment gehören zusammen, und auch die Entwicklung der Strukturen. Dafür braucht es Strukturförderung, basierend auf dem Empowerment der entmächtigten Gruppen, denn das ist das, was Empowerment macht. Es gibt, so gesehen, eine Entmächtigung, und Empowerment versucht, das auszugleichen. Dafür gibt es ganz viele Beispiele, und ich bin auch gern bereit, Best Practices und so weiter nachzureichen. Wir haben aber auch einige Best Practices hier in Berlin. Intersectional Black European Studies zum Beispiel wurde von Frau Piesche schon als ein Best Practice genannt, wie Wissen nicht verlorengibt, sondern wie wir es archivieren, weiter darauf aufbauen und immer tiefer gehen können in der Wirksamkeit von Maßnahmen gegen diese strukturellen Realitäten, die wir sehen.

Was positive Maßnahmen angeht: Ich frame sie nicht als positive Maßnahmen, eher als ausgleichende Maßnahmen, denn wir versuchen hier, historisch gewachsenen strukturellen Realitäten entgegenzuwirken, wenn wir zum Beispiel davon sprechen, dass wir über Quoten nachdenken. Ich sage nicht, dass eine Quote die einzige Maßnahme ist, die man machen kann, allerdings muss von Fall zu Fall geprüft werden, ob eine Quote vielleicht doch nicht schlecht wäre. Es war ein Versuch gemacht worden, sie in die Verwaltung in Berlin hineinzubringen, aber da wurde abgeblockt. Wir hatten also nicht mal die Chance, das wirklich zu probieren und zu schauen, ob denn die Quote das gewünschte Ergebnis bringt, weil von vornherein keine Offenheit dafür da war, sich verschiedene Instrumente anzuschauen. Wenn Sie sagen: Okay, wir wollen das angehen –, dann gern! Lassen Sie uns doch mal über Quoten reden und darüber, wie wir sie ausgestalten müssen und wie sie so ausgestaltet werden, dass sie wirksam sind und diese historischen Ungleichbehandlungen ausgleichen können!

Ich gehe einmal auf die Frage von Frau Piesche ein, weil ich nur noch eine Minute Zeit habe. Es ging um die Partizipationsqualität Schwarzer Menschen in der Verwaltung und Politik und wie wir sie verbessern können. Auch hier haben wir wieder ein gutes Beispiel, ein Best Practice, nämlich das Gleichstellungsbegleitgremium, dem ich auch angehöre. Das ist eine Struktur mit hoher Qualität, die sichtbar machen kann, wo noch Lücken sind, die zu füllen sind,

aber – und das will ich auch sagen, es wurde jetzt schon mehrmals gesagt – die Beteiligung muss immer auf Communityperspektiven basieren, vor allem, was Empowerment und so weiter angeht. Diese Perspektiven sind nicht einfach nur wichtig, sondern sie sind total grundlegend dafür, dass wir überhaupt verstehen, was wir behandeln wollen. Die Frage ist, inwiefern dann Allyship passieren kann und ob diese Allies sich dann zentrieren oder nicht zentrieren. Da bedarf es dann auch einer gewissen epistemischen Bescheidenheit und der Anerkennung, dass das Communitywissen, das da ist, nicht einfach nur partikulares Wissen und Communitywissen ist, sondern dass es auch durch wissenschaftliches Wissen unterfüttert ist. Wir sind nicht einfach nur Betroffene, sondern wir sind auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Anwältinnen und Anwälte. Wir haben also alle möglichen Perspektiven, die wir auch noch dazubringen, um das zu unterfüttern, was die Communityperspektive oder die Betroffenenperspektive uns in unserem Leben immer wieder suggeriert. Wenn wir sagen, wir wollen eine Diskussion haben, die auch in die Tiefe gehen und komplex sein kann, dann geht es auch darum, diese Wissensressourcen und Wissensbestände anzuerkennen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Klein! – Als Nächste wäre Frau Balog dran. – Sie haben das Wort!

Violeta Balog (Amaro Foro e. V.): Vielen Dank! – Es gab, glaube ich, mehrmals die Frage im Raum, was die Zivilgesellschaft beziehungsweise die Selbstorganisation braucht. Da schließe ich mich Jeff Klein bezüglich der langfristigen Förderung an, dass die Projekte eine Strukturförderung benötigen, wie ich es auch eingangs erwähnt habe, weil die Zivilgesellschaft und die Selbstorganisation der Motor des Zusammenlebens dieser Gesellschaft und der Demokratie sind, um Menschen aus verschiedenen Communitys zu unterstützen, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben hier zu ermöglichen.

Ich finde es wichtig, noch einmal zu erwähnen, dass in Bezug auf eine langfristige Förderung auch eine gewisse Nachhaltigkeit geschaffen wird. Ich würde hier kurz anmerken wollen: Wir werden als Projekte immer, wenn wir unsere Projekte abwickeln, zum Ende des Jahres gefragt, was wir denn für eine Nachhaltigkeit tun. Wir tun sehr viel, aber wenn uns nicht die Möglichkeiten gegeben werden, unsere Arbeit nachhaltig zu gestalten, und wenn unsere Arbeit nicht langfristig gesichert ist, können wir auch keine Nachhaltigkeit gewährleisten. Wir machen Projekte seit vielen Jahren. Manchmal fallen Projekte weg. Wir investieren jahrelang Zeit, Energie, Kosten, Mühe, um Projekte zu starten und Ideen zu entwickeln, und wenn sie ankommen, enden die Projekte. Ich frage mich, wo da die Nachhaltigkeit ist. Wenn die Frage ist, was Selbstorganisationen brauchen, dann ist das Nachhaltigkeit, also eine langfristige Sicherung der Projekte, damit wir Menschen weiterhin adäquat unterstützen können.

Außerdem ist es noch mal wichtig zu sagen, dass wir viele Projekte seit vielen Jahren machen und dass die Bedarfe steigen. Das heißt, wir dokumentieren bereits seit elf Jahren antizigantische Vorfälle, aber es reicht in Bezug auf Empowerment mittlerweile nicht mehr aus, nur zu dokumentieren. Ich kann nicht meine Ratsuchenden dazu ermutigen, gegen Diskriminierung vorzugehen, wenn ich nicht weitere Möglichkeiten anbieten kann, um sie zu unterstützen, wie beispielsweise eine weiterführende communitybasierte Beratung, die sie dabei begleitet. Aus unserer Erfahrung sind die Diskriminierungserfahrungen, die Menschen machen und mit denen sie zu uns kommen, nicht nur einfach irgendeine Lappalie, sondern daran hängt sehr viel und dahinter steckt ein ganzes Paket. Man wird nicht nur in einem Bereich diskriminiert. Die

meisten Menschen, die zu uns kommen, werden in vielen Lebensbereichen gleichzeitig diskriminiert, weil auch vieles zusammenhängt.

Beispielsweise gab es die Frage nach Klassismus: Wenn wir uns unsere Zielgruppe ansehen, sehen wir, dass Rassismus, Antiziganismus, die Schwächsten in unserer Gesellschaft trifft. Damit meine ich auch Menschen, die nach Deutschland kommen. Viele von ihnen arbeiten im Niedriglohnsektor. Menschen, die noch nicht so gut Deutsch sprechen, arbeiten eben in Branchen, in denen sie ausbeutet werden. Da fehlt es einfach an Schutz. Anstatt dass Menschen, die wichtig für die Wirtschaft hier in Deutschland und ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft sind, vor Ausbeutung, Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung geschützt werden, werden sie noch mehr zum Opfer von Rassismus und struktureller Diskriminierung, auch bei Ämtern und Behörden, denn für diese ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse, in denen sie landen, werden sie selbst verantwortlich gemacht und nicht etwa solche Arbeitgeber, die sie ausbeuten, was auch ganz häufig bei Behörden zum Nachteil für sie wird. – Das ist das eine.

Außerdem ist Empowerment in Bezug auf den Bildungsbereich, den ich eingangs schon erwähnt habe, also die Diskriminierungserfahrungen von Kindern und Jugendlichen in der Schule, noch mal so zu betrachten: Wenn in der Schule Themen wie der Nationalsozialismus thematisiert und Romnja, Roma, Sintizze und Sinti lediglich als Randnotiz erwähnt werden, wo bleibt das Empowerment in der Schule für Kinder, die dieser Community angehören? – Entschuldigung, es sind viele Fragen gewesen, und es fällt mir ein bisschen schwer, das alles zu fokussieren, aber ich wollte sagen, dass es schon mit den Curricula in der Schule anfängt, wenn Kinder, die der Minderheit zugehörig sind, nichts über ihre Geschichte in der Schule lernen und dann auch noch rassistischem Mobbing in der Schule ausgesetzt sind. Dann können wir nicht von Empowerment sprechen. Dort muss man ansetzen. Es braucht, wie schon eingangs erwähnt, eine unabhängige Beschwerdestelle für Diskriminierungserfahrungen an Schulen und Kitas. Sie muss vertraulich, unabhängig und parteiisch sein. Solche Maßnahmen fehlen einfach bis heute noch. Was in dem Bereich ebenfalls als Empowerment gelten würde, die Stärkung der Identität durch diese ganzen Diskriminierungserfahrungen, dadurch, dass Kinder in der Schule auch nichts über ihre Herkunft lernen und nichts mitbekommen und eher alles sehr negativ belastet ist. – Jetzt habe ich schon wieder den Faden verloren, Entschuldigung! Ich glaube aber, es ist klar, was ich sagen will, nämlich dass es gerade in diesem Bereich viel Nachholbedarf gibt. Mir sind beispielsweise von der Senatsverwaltung für Bildung keine Projekte in dieser Hinsicht bekannt, die empowernd für Kinder und Jugendliche sind, die ihre Identität stärken und dazu führen sollen, dass sich Kinder in der Schule sicher fühlen können. Das fehlt.

Vielleicht noch ein Thema, zu dem auch gefragt wurde, psychische Gesundheit: Wir dürfen nicht vergessen, dass viele Menschen bereits in ihren Heimatländern enormen Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt gewesen sind. Viele von ihnen haben auch Fluchterfahrungen, kommen nach Deutschland und erfahren hier weiterhin rassistisches Mobbing und Diskriminierung in allen möglichen Lebensbereichen. Jeder, der sich mit dieser Thematik schon mal beschäftigt hat, weiß ganz genau, wie schwierig es ist, überhaupt an solche Angebote heranzukommen, geschweige denn an rassismussensible Angebote für solche Zielgruppen. Das fehlt natürlich enorm, und da ist ebenfalls ein großer Handlungsbedarf. – So viel dazu erst mal. Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Frau Balog, vielen Dank für Ihren Input und auch für die Beantwortung der Fragen! – Wir haben jetzt folgende Möglichkeiten, ich stelle es Ihnen wieder ein Stück weit frei, wie wir weiter vorgehen: Wir haben jetzt die erste Runde und die Beantwortung gehabt und haben noch eine Stunde Zeit. Um 17 Uhr machen wir Schluss. Es gab wieder viele Fragen in Richtung Senat. Deswegen ist mein Vorschlag, dass wir kurz den Senat antworten lassen, denn ich habe schon gemerkt, dass wirklich viele Fragen an Sie gerichtet sind. Das heißt, dass Sie sich die Zeit nehmen und dass wir trotzdem noch eine letzte Runde der Farben machen, vielleicht wieder konzentriert fünf Minuten, damit wir gleich noch mal auf die Diskussion eingehen können; falls dann Fragen an die Anzuhörenden gerichtet sind, je nachdem, wie viel Zeit wir haben, gern wieder schriftlich. Ich möchte aber, dass wir erst noch dem Senat die Möglichkeit geben, darauf einzugehen – das war der Wunsch, glaube ich –, und dass wir trotzdem die Möglichkeit haben, in dieser Runde noch mal alle zu hören. – Das war vorhin der Vorschlag von Ihnen, Herr Walter. Haben Sie jetzt einen anderen Vorschlag?

Sebastian Walter (GRÜNE): Herr Vorsitzender, ich korrigiere mich ja selten, aber in dem Fall habe ich das Gefühl, dass gerade größerer Austauschbedarf zwischen den Fraktionen besteht. Deswegen würden wir gern mit der Runde der Fraktionen fortsetzen und dann gern den Senat zum Ende hören, wenn es in Ordnung ist.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Özdemir!

Orkan Özdemir (SPD): Unsere Expertinnen meinen auch, es wäre vielleicht sinnvoll, wenn der Senat schriftlich antwortet und wir die Zeit für den Austausch nutzen können.

Vorsitzender Raed Saleh: Dann stelle ich die Frage hier in den Raum: Ist das okay für Sie, dass wir mit der Runde der Fraktionen weitermachen und dann eventuell noch mal die Möglichkeit haben, die Expertinnen und Experten zu hören, aber der Senat dann schriftlich antwortet? Ist das hier Konsens? – Okay, super! Gut, , mit Blick auf die Uhr, wenn die Beantwortung vom Senat wegfällt, wir aber nachher noch die Beantwortung der Expertinnen und Experten haben, wollen wir dann sagen, sieben Minuten pro Farbe?

Das würden wir in der Zeit gut hinbekommen. Wieder nach Möglichkeit in zwei Teile aufgeteilt, wollen wir das verabreden? – Drei ist ein bisschen schwierig. Wie viele Personen pro Block? Bisher hatten wir zehn Minuten, zwei Personen. Zu meiner Art und Weise, wie ich die Sitzung leite, gehören Absprachen. Die haben wir getroffen, die werden eingehalten. Wenn wir jetzt im Konsens diese Absprache verlassen, verlassen wir sie ausnahmsweise. Der Vorschlag ist jetzt, dass wir pro Farbe ein Zeitkontingent festlegen, und dann ist es egal, wie Sie es innerhalb der Fraktion einteilen. Ist das okay? Ist das ein möglicher Weg?

Orkan Özdemir (SPD): Aber das ist eine Ausnahme.

Vorsitzender Raed Saleh: Das ist eine Ausnahme heute. Ich sagte ja, die Regeln haben wir beschlossen, aber heute machen wir eine Ausnahme, indem wir ein Zeitkontingent festlegen, und zwar sieben Minuten. – Herr Stettner?

Dirk Stettner (CDU): Das ist alles vollkommen okay. Bitte auf die Tagesordnung der nächsten Sprechersitzung; ich habe ein Zeitkontingent in Erinnerung, aber keine Festlegung der Anzahl der Redner. Das habe ich vielleicht falsch in Erinnerung.

Vorsitzender Raed Saleh: Wir hatten zwei.

Dirk Stettner (CDU): Bei der nächsten Sprecherrunde besprechen wir das noch mal.

Vorsitzender Raed Saleh: Wir können es jetzt anders machen, wenn wir es anders verabreden. – Gut, wollen wir sieben Minuten festlegen? – Okay, dann klingele ich nach sieben Minuten ab. – Herr Stettner, wer fängt für Sie an?

Dirk Stettner (CDU): Frau Senge.

Vorsitzender Raed Saleh: Frau Senge, bitte! – Insgesamt sieben Minuten.

Katharina Senge (CDU): Ich war vorhin Teil eines kleinen Disputs. Deshalb habe ich mich jetzt auch ordnungsgemäß noch mal auf die Rednerliste setzen lassen. Es tut mir leid, wenn ich die Kolleginnen Bozkurt und Eralp heute unterbrochen habe. Der Grund war, dass in der ersten Runde, die wir heute hatten, in der ersten Anhörung, von der Kollegin Bozkurt gesagt wurde, so habe ich es zumindest verstanden, dass es in den vorherigen Sitzungen, die wir hier hatten, kein Einverständnis in der Runde darüber gab, dass es Diskriminierung und Rassismen gegenüber den anderen Gruppen geben würde, die auch Thema der letzten Sitzungen waren. Das ist definitiv nicht so. Alle Fraktionen haben anerkannt, dass es das gibt, und das finde ich schon sehr wichtig. Solche falschen Darstellungen führen natürlich dazu, dass wir uns dann wieder hier erklären und diskutieren müssen. Ich finde das dann nicht sehr konstruktiv und habe auch noch mal reingerufen, als Kollegin Eralp genau diesen Teil, der uns ja schon ein bisschen getriggert hatte, wiederum noch mal anders wiederholt hat, und auch nicht besser, sondern auch falsch. Ich finde, wir sollten schon darauf achten, dass wir unsere eigenen Positionen darstellen. Wenn man sich auf die anderen bezieht, ist es vielleicht am besten, jeder spricht für sich. Ich fand die Sitzung heute sehr konstruktiv. Ich habe auch von Mitgliedern, die aus anderen Fraktionen sind, und von Anzuhörenden, die eingeladen worden sind, viel mitgenommen. Die unterschiedlichen Sichtweisen, die es gibt, sind für mich auch noch mal klarer geworden. Ich finde aber auch, dass das Lächerlichmachen oder Lustigmachen über

Gruppen, egal welche, eigentlich bisher nicht das Niveau unserer Enquete war und es auch nicht sein sollte. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Senge! – Wer macht weiter bei Ihnen, Herr Stettner?

Dirk Stettner (CDU): Professor Hansen.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Professor Hansen, bitte!

Dr. Hendrik Hansen: Vielen Dank! – Eigentlich müssten wir jetzt mal ein Seminar über Rassismustheorien machen, habe ich den Eindruck. – Übrigens, Herr Leucht, nur ganz kurz: Sie haben mich in einem Punkt missverstanden. Mein Problem war nicht, dass ich mich infrage gestellt fühlte. Das ist aber eine Kleinigkeit.

Herr Klein! Ganz kurz nur zu Kant: Natürlich kann ich die „Kritik der reinen Vernunft“ lesen, ohne auf die Rassismustheorien von Kant einzugehen. Das ist mir deshalb so wichtig, weil es an der Humboldt-Universität Gruppen gibt, die Kant nicht nur aus den Seminaren verbannen wollen, sondern aus der Universitätsbibliothek. Deshalb poche ich darauf, dass man Kants „Kritik der reinen Vernunft“ lesen kann, ohne sich mit der Rassismustheorie auseinanderzusetzen. Letzteres kann man auch. Das kann man machen, es kann auch richtig sein, aber jedenfalls kann man das trennen.

Dann nur ganz kurz, weil ich den Angehörigen der Fraktion nicht die Zeit nehmen möchte: Frau Barz, danke für die Erläuterung und für Ihren Blick auf die Theorie des kritischen Weißseins! Das ist doch ein ganz problematischer Punkt. Sehen Sie, das Narrativ läuft doch so: Sie haben Weiße, die sind privilegiert. Da sagt man, die Weißen sind privilegiert. Dann stellt man fest, na ja, da gibt es einen Barack Obama, eine Condoleezza Rice und so weiter. Da gibt es Privilegierte, die sind Schwarz. Nein, die sind weiß gelesen. Die muss man weiß lesen, nur so versteht man, warum sie privilegiert sind. Sie werden dann als weiß gelesen. – [Zuruf] – Kennen Sie diese Theorie nicht? Das ist irre. Dann müssen wir mal in diese Rassismustheorien in Amerika hineinschauen. Diese Theorien laufen so, dass letztlich die Täter, die Privilegierten, sind immer die Weißen, und zwar egal, welche Hautfarbe sie haben. Wenn sie Schwarz sind, sind sie also auch weiß, und die Opfer sind die auf der anderen Seite. Dann haben Sie eine Täter-Opfer-Aufspaltung, und dann haben Sie wieder den alten Klassenkampf nach Karl Marx, nur die Ideologie auf einer anderen Ebene reproduziert. Diese Theorien werden in der Tat an Universitäten gelehrt, aber das halte ich, das muss ich ehrlich sagen, für richtige Ideologie und für hochproblematisch. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Stettner, wer ist bei Ihnen der Nächste?

Dirk Stettner (CDU): Herr Lenz.

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Lenz, bitte!

Stephan Lenz (CDU): Gern. – Das habe ich auch gelesen, dass man auch deswegen als Weißer nicht Opfer von Rassismus sein kann. Das ist eine Schlussfolgerung daraus. Jetzt werden Sie wahrscheinlich nicken und sagen: Genau so ist es. – Noch einmal: Das ist eine bestimmte

Lesart des Begriffs Rassismus, und es gibt nicht die richtige Lesart, so gern Sie das in der Form vortragen. Es ist nicht nur ein Verständnisproblem, wir sind nicht doof, sondern wir sind einfach anderer Auffassung. Es wäre mein Wunsch, dass Sie mitnehmen, dass man das sein kann, ohne dem Anwurf des Nichtverständens ausgesetzt zu sein.

Dann bin ich von Herrn Klein kritisiert worden, bei Frau Eralp hätte ich dazwischengerufen. Sie haben recht, dass das ungehörig ist, aber ich habe das sozusagen von Frau Eralp gelernt. – Dann noch einmal zu dem, was Frau Barz gesagt hat. Von Ihnen kam vor allem, wir würden einfach nicht anerkennen, was es an feststehenden Dingen gibt. Darauf würde ich Ihnen einfach mal entgegnen: Sie müssen aufpassen, und vielleicht nehmen Sie das doch mit, dass Sie selbst sich jetzt nicht nur in Ihrer Blase bewegen. Sie sagen, alles steht fest, und wir als Union haben es sozusagen nur nicht begriffen. – Das ist nicht so. Das ist ein Fehlschluss, und Sie nutzen auch Ihren Anliegen damit nicht. Ich würde Ihnen wirklich raten: Gehen Sie aus Ihren Kreisen raus! Sie haben nicht die alleinige Definitionsmacht über Begriffe, die verhandelt werden. Sie werden dann, wenn wir Begriffe rechtlich festlegen, Mehrheiten brauchen. Wenn Sie sie nicht haben, können Sie nicht mit dem Argument, alle anderen Auffassungen sind nicht zulässig, sagen, Sie haben sie doch. – So wird es nicht laufen. Davor würde ich warnen. Halten Sie uns als Gesprächspartner im Boot! Das brauchen Sie auf Dauer auch für Ihre eigene Relevanz.

Dann bin ich gefragt worden, einfach um das zu schärfen, wie ich das mit den kulturellen Unterschieden gemeint habe. Dann kann ich auch gleich klarstellen, weil darum auch gebeten worden ist: Ich finde das Modell des strukturellen Rassismus nicht richtig, und ich halte auch unsere Gesellschaft nicht für strukturell rassistisch. Habe ich deswegen nicht verstanden, dass Chancengleichheit eine materielle Komponente hat? – Natürlich habe ich das verstanden. Dass rechtliche Gleichheit nicht ausreicht, das habe ich schon verstanden. Dass man Leute, die in einer schlechteren Ausgangslage sind, unterstützen muss, damit sie ihre Chancen nutzen können, das habe ich natürlich auch verstanden. Das ist nicht das Gleiche. Ich kann natürlich auch fördern, ohne die Strukturen zu diskreditieren. Jetzt ist nur die Frage: Wie weit geht das? – Ich habe auch verstanden, dass man darüber nachdenken muss, ob man vielleicht in einzelnen Teilbereichen sogar nicht nur materiell gleichstellen muss, sondern auch mal privilegieren muss, einfach um erfolgreiche Biografien zu schaffen. Dass es in Einzelfällen dafür Berechtigung geben kann, das habe ich auch verstanden. Man muss da aber total aufpassen, denn wenn Sie aus diesen Gründen privilegieren, schaffen Sie neue Ungerechtigkeiten, und dann schaden Sie der Akzeptanz des großen Ganzen, weil nämlich dem Individuum dann schlecht zu erklären ist, warum er gerade derjenige sein soll, der mit jemandem aus einer anderen Gruppe konkurriert, warum er derjenige sein soll, der hier den Nachteil zu erleiden hat. Das kollidiert nämlich wiederum damit, dass er sagt, hier geht es doch um Leistung und nicht um Gruppenzugehörigkeit.

Das ist nicht das Ende der Diskussion. Ich habe das schon alles verstanden. Wir sind da einfach nur unterschiedlicher Meinung, was das Maß angeht, und das ist ja für sich genommen kein Problem. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Lenz! – Herr Walter, wer spricht bei Ihnen?

Sebastian Walter (GRÜNE): Frau Jarasch beginnt.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay. – Auch sieben Minuten, ja? Frau Jarasch zuerst.

Bettina Jarasch (GRÜNE): Danke schön! – Es tut mir ein bisschen leid für die heute eingeladenen Sachverständigen, weil sie das vielleicht anders erwartet haben, aber ich glaube, wir sind endlich an einem Punkt, an dem wir schon sehr lange hätten sein müssen. Bis jetzt hat nämlich in dieser Enquete-Kommission die Mehrheit der Menschen hier an diesem Tisch versucht, ganz viel Wissen, Fakten, den Sachstand, sozusagen den State of the Art in diese Gruppe reinzuladen, damit das die Grundlage wird. Wir stellen aber fest, und das war die ganze Zeit subkutan auch schon zu merken, dass uns ein paar gemeinsame Grundlagen fehlen, was die Frage angeht, wie wir in dieser Gesellschaft leben und was die Grundlagen und das Fundament für alles Weitere eigentlich ausmacht. – Darüber brauchen wir eine Verständigung, Herr Lenz, und ich sage das zu Ihnen, weil ich weiß, dass Sie auch in dieser Weise darüber nachdenken wollen. Ihnen geht es um die Grundlagen. Ich glaube, sehr viel, was wir hier über Maßnahmen diskutieren, macht überhaupt erst Sinn, wenn wir uns darüber klar sind, dass es dafür gemeinsame Grundlagen braucht. Deswegen bin ich froh, dass wir an diesem Punkt sind. Ich melde jetzt schon an, dass wir demnächst mal die Tür hinter uns zumachen und ohne Gäste und Medien ganz offen darüber reden müssen, was das heißen soll, denn ich halte einen Teil dieser Grundlagen für unsere Demokratie für unverhandelbar.

Jetzt erlauben Sie mir ein paar Dinge, die dazu gehören. Ich weiß, dass struktureller Rassismus und die Annahme, dass es strukturelle Diskriminierung gibt, viele von Ihnen triggert und dass Sie diese Annahme nicht alle teilen. Das wissen wir, das klingt immer wieder durch. Es wurde hier aber von vielen, unter anderem von Frau Barz, schon sehr gut erklärt, was der Unterschied ist. Wenn wir über strukturellen Rassismus und Diskriminierung reden, lenken wir nicht von individuellem Fehlverhalten ab, das es natürlich gleichzeitig auch immer gibt. Es ist immer irgendeine bestimmte Person, die eine unfaire Entscheidung trifft, oder, wie wir es heute über das BGH-Urteil gehört haben, ein Nazi-Richter, der über die Entschädigung von Roma und Sinti nach dem Dritten Reich entscheiden soll, der aber leider Nazi ist und deswegen sagt: Na ja, Moment, das war ja kein Rassismus, sondern das ist das asoziale Verhalten von Zigeunern. – Ich zitiere das bewusst. Das war heute Vormittag schon mal Thema. Das ist in seinem Kopf, aber er ist gleichzeitig der Vertreter einer Institution, und sein Urteil hat Folgen für die nächsten Urteile, die dann gefällt werden. Dann sind wir in der Institution, und dann wird es strukturell, um mal zu erklären, warum wir auch über Institutionen und Strukturen sprechen.

Denn, und das ist der zweite Punkt: Über das individuelle Fehlverhalten, Herr Hansen, könnte man immer sagen: Ja, dumm, es ist halt ein Einzelfall. – Das entschuldigt den Staat, irgendwie dagegen aktiv zu werden, denn was kann der Staat dafür, dass es einzelne problematische Personen gibt? Das ist genau das, was wir anders sehen. Wir glauben, dass der Staat, wenn er sieht, dass es innerhalb unserer Institutionen Menschen gibt, die komische Vorurteile im Kopf haben, und sei es, weil sie so erzogen worden sind, und das hat einen Einfluss auf ihr Handeln als Behörde und damit auf viele Menschen, die mit diesen Behörden zu tun haben – Wenn wir als Staat uns zurücklehnen und sagen: Das ist halt ein problematischer Einzelfall –, dann nehmen wir unsere eigene Verantwortung raus. Damit bin ich bei Affirmative Action oder positiver Diskriminierung. Der Staat muss ein Stück weit Chancengleichheit herstellen, sonst wird die Gleichheit vor dem Gesetz – das haben Sie selbst gerade gesagt, Herr Lenz – eine Farce. Wie weit man geht und mit welchen Maßnahmen, über all das können wir später reden.

Nur noch ein allerletzter Punkt: Sie haben das Beispiel materielle Gleichheit genommen, und ja, da starten wir sehr ungleich ins Leben. Ich sage nur Erbschaften: Die einen erben, die anderen nicht. Es gibt aber eben auch Merkmale, die man mit Familien teilt, in die man hineingeboren wird, und die dafür sorgen, dass man nicht die gleichen Chancen im Leben haben wird, außer man ist der totale Überleister oder die totale Überleisterin. Dafür hat ein Staat eine Verantwortung, und das ist von der Rechtsprechung festgesetzt. Das sind die Grundlagen, von denen wir ausgehen sollten, wenn wir in dieser Runde weiter über Maßnahmen sprechen. Ich bin sehr froh, dass wir endlich an diesem Punkt angekommen sind. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Jarasch! – Wer macht bei Ihnen weiter? – Frau Chernivsky!

Marina Chernivsky: Genau. – Ich möchte ungern etwas wiederholen, es wurde schon viel gesagt. Der Umstand, dass wir darüber sprechen, ob es strukturellen Rassismus gibt oder nicht, ist ein Indiz oder ein Hinweis für das Bestehen eines strukturellen Rassismus oder einer strukturellen Diskriminierung, weil wir immer noch an dem Punkt sind, dass wir darüber reden müssen, ob es etwas gibt, was es gibt, worauf Forschung verweist, worauf Communityerfahrungswissen verweist. – Das ist der erste Punkt.

Zweiter Punkt: In diesem Raum sitzen Menschen, die in ihren Biografien von Verfolgung betroffen sind, auch transgenerational, auch von Vernichtung, auch von Verfolgung und Vernichtung im deutschsprachigen Raum, nicht nur in Deutschland, sondern auch von außerhalb. Das ist noch nicht überwunden, auch noch nicht aufgearbeitet, denn der Begriff aufgearbeitet heißt, dass etwas aufgearbeitet wurde beziehungsweise dass es den Versuch gab, etwas aufzuarbeiten, und wir haben noch nicht alles bearbeitet. Wir haben auf der Forschungsgrundlage und auf der Grundlage unserer Daten und Beobachtungen, unseres Wissens auch die These des institutionellen Antisemitismus untersucht, untersuchen sie auch weiterhin und sind nicht nur der Meinung, dass es institutionellen, strukturellen Antisemitismus gibt, sondern wir sehen das anhand unserer Daten. Wir sehen es auch intersektional. Natürlich sind Menschen von Sexismus, Klassismus, Rassismus und Antisemitismus betroffen, nicht alle von den gleichen Gewaltformen, aber diese Entmachtung, die stattfindet, und Viktimisierung macht das Empowerment nötig, sonst hätten wir diesen Bedarf an Empowerment und spezialisierter Beratung gar nicht. Das ist etwas, das unsere Gesellschaft hervorbringt, und eigentlich ist das eine Entlastung – so kann man es sehen –, wenn wir sagen, es sind nicht nur die Fehlurteile, die Intentionen eines jeden Einzelnen, sondern es sind Strukturen, die viktimisierende Verhältnisse hervorbringen, aufrechterhalten und auch legitimieren. Es sind Verhältnisse, für die wir etwas können. Wir können sie verändern, aber auch nicht gänzlich. Wir brauchen dafür die Politik, die Verwaltung, die Gesellschaft, den Diskurs, weil nicht alles veränderbar ist und wir maßgeblich diese strukturellen Veränderungsprozesse brauchen. Wenn wir aber diese strukturelle These verwerfen, ist die Verantwortung des Staates und der Gesellschaft dahin. Es bleibt dann weiterhin unbearbeitet und wird auch weitergetragen.

Ein einfaches Beispiel – eine Lehrerin, die in der Schule eine bestimmte Entscheidung trifft und ein Kind, ein zweites oder drittes Kind, ein anderes Kind viktimisiert, nicht, weil sie das will, sondern weil sie so sozialisiert wurde und von ihrer Schule und vielleicht auch von der Schulaufsicht gedeckt wird – verweist auf diesen Zusammenschluss von individuellen, strukturellen und gesellschaftlichen Faktoren. Dass Empowerment und Beratung keine institutionelle Förderung hat, ist auch ein Indiz dafür, dass wir weiter kämpfen müssen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Noch 20 Sekunden.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Herr Vorsitzender, ich melde mich, weil ich so häufig genannt wurde. Deshalb möchte ich gern zwei Sachen dazu sagen. Ich habe das wohlwollend gesagt, dass wir heute so geordnet und konstruktiv waren, und nicht, um irgendetwas zu triggern oder zu unterstellen. Ich hatte wirklich den Eindruck, dass wir deutlich konstruktiver und näher beieinander sind, als wir jetzt gerade wieder scheinen. Vielleicht muss man es so positiv betrachten, wie Bettina Jarasch das macht, dass es gut ist, aber ehrlich gesagt sehe ich, dass der Punkt, um den wir uns immer drehen, die Frage der Selbstreflexion und der Selbtkritik ist, wenn es so schwierig ist anzuerkennen: Ich selbst bin privilegiert, ich habe auch Diskriminierungserfahrung, aber ich bin auch privilegiert. – Das kann ich kritisch reflektieren, und das ist überhaupt kein Schuldeingeständnis oder so etwas. Es ist die Frage, wie man auf die Welt schaut, mit den Privilegien, die man hat, und wie man anerkennt, dass andere diese nicht haben und deshalb eine Angleichung notwendig ist. – Mehr will ich nicht ausführen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Bozkurt! – Herr Özdemir, wer spricht bei Ihnen?

Orkan Özdemir (SPD): Ich werde jetzt ein paar Sätze sagen, dann Frau Bostancı und dann Frau Piesche.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, super!

Orkan Özdemir (SPD): Hier wurden grundlegende Fragen gestellt. Ich sage es mal anders: Grundlagen wurden infrage gestellt. Hier wurde suggeriert, dass die Rassismusdefinition ein bisschen beliebig ist und sie jeder anders sieht. So ist es nicht. Wir haben schon eine anerkannte Rassismusdefinition, auch von der Bundesrepublik. Sie bildet die Basis, und darauf aufbauend gibt es unterschiedliche Ausprägungen, wie die ICERD-Definition der Vereinten Nationen. Es gibt schon eine klare Basis, auf der wir arbeiten und auch definieren und staatlich handeln.

Dann hat Herr Dr. Hansen hier gesagt, dass es in den USA – und ich habe da übrigens auch teilweise studiert – Schwarze Menschen gibt, die weiß gelesen werden. Nach meiner Kenntnis, und ich beschäftige mich damit wirklich sehr intensiv, gibt es das nicht. Sie verwechseln das vielleicht mit Tokenism, wenn ich mich nicht irre, aber das ist noch mal ein bisschen was anderes. Anders kann ich mir das, was Sie gesagt haben, nicht erklären.

Dann noch mal zum strukturellen und institutionellen Rassismus: Hier wird immer angeführt, dass das doch alles individuell ist und eine Person das macht, aber individuelle Einstellungen als kritische Masse in einer Gesellschaft werden im Endeffekt zu institutionellem und strukturellem Rassismus, weil Menschen, die in diesen Institutionen Entscheidungen treffen, durch diese Gesellschaft geprägt und sozialisiert werden. Das widerspricht sich also gar nicht. Das wird hier immer angebracht, als ob das ein Widerspruch zum strukturellen und institutionellen Rassismus wäre. Ich meine das jetzt wirklich nicht despektierlich, aber in der Forschung – Herr Hansen, Sie kommen aus der Forschung, Sie sind Wissenschaftler – ist das eigentlich das Einmaleins der Soziologie. Deswegen haben mich diese Aussagen sehr gewundert, um ehrlich zu sein. Ich habe aber nicht reingerufen, ich bin sehr stolz, und ich bin sehr stolz, dass

wir das alle hinbekommen haben. Schön, dass wir das wirklich so diskutieren können! Das können wir gern in den nächsten Sitzungen weiter so machen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Herr Özdemir! – Frau Dr. Bostancı!

Dr. Seyran Bostancı: Auch ich kann mich dem anschließen, dass ich das Gefühl habe oder den Eindruck gewinne, dass wir jetzt in eine konstruktive Arbeit einsteigen können und jetzt Grundlagen geschaffen haben. Wir sind sogar heute so weit gekommen, dass wir über das Thema Intersektionalität sprechen. Das freut mich sehr. Das ist ja ein hochkomplexes Phänomen: zu begreifen, dass Diskriminierungsdimensionen in Verschränkung mit anderen Dimensionen zutage kommen können.

Wir hatten vorhin auch das Thema Klassismus und Rassismus. Ich würde gern empirisch untermauern, dass das keine Meinung ist, sondern auch empirisch darstellbar ist, dass beispielsweise rassistisch markierte Menschen deutlich stärker von Armut betroffen sind. Die Armutgefährdungsquote liegt bei Schwarzen Männern und Frauen bei 26 Prozent, während sie bei nicht rassistisch markierten Männern und Frauen bei 9 Prozent beziehungsweise 10 Prozent liegt. Das widerspricht dem, was Sie, Herr Hansen, gesagt haben, überhaupt nicht. Natürlich sind auch nicht von Rassismus betroffene Menschen von Armut betroffen, aber die Armutgefährdungsquote steigt eben, wenn man zusätzlich auch noch von Rassismus betroffen ist. Ich bin sehr erfreut, dass wir diese Komplexität heute hier aufdröseln konnten. Ich denke, das wird uns für den weiteren Verlauf hier sehr helfen.

Ich möchte noch zu dem Thema Konkurrenz kommen. Ich teile dieses Anliegen. Natürlich sollten diese Diskriminierungsdimensionen und -phänomene nicht in Konkurrenz zueinander stehen, und ich denke, das ist Ihre Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, hier darauf zu achten, dass keine Konkurrenz entsteht. Konkurrenz entsteht dann, wenn bestimmte Diskriminierungsdimensionen gegeneinander ausgespielt und hierarchisiert werden. Das können wir leider aktuell im politischen Diskurs stark beobachten. Daher finde ich es auch sehr begrüßenswert, dass hier darauf geachtet wird, dass das nicht in Konkurrenz zueinander steht, sondern die Vielschichtigkeit und die Komplexitäten dieser Diskriminierungsphänomene in ihren Intersektionen auch in den Blick geraten. – Vielen Dank für heute!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Dr. Bostancı! – Frau Piesche, Sie machen weiter!

Peggy Piesche: Vielen Dank! – Wir sind an einem sehr fundamentalen Punkt, denke ich. Es geht hier nämlich darum, epistemische Fragen grundsätzlich zu klären. Dafür will ich an einige Themen anschließen. – Zur Rassismusdefinition ist jetzt schon viel gesagt worden. Ich will noch mal zwei Punkte hineinbringen und auch auf das Wissensnetzwerk Rassismusforschung verweisen, in dem gerade aus allen Regionen in Deutschland der Forschungsstand der Rassismusforschung zusammengetragen wird. Da ist eine ganze Menge passiert, und man kann auf alle Fälle sagen, dass keine ernst zu nehmende Rassismusdefinition strukturellen Rassismus negiert. Das ist einfach nicht so. Natürlich gibt es eine Pluralität in den Rassismusdefinitionen, aber keine ernst zu nehmende Definition negiert das. Ich möchte aber noch auf die Rassismusdefinition von Professor Auma verweisen, die uns genau das mitgibt: Dass Rassismus ein eingeschliffenes Wahrnehmungssystem ist, das über Jahrhunderte tradiert wird. Das

heißt, das ist individuell überhaupt nicht greifbar, dass wir einfach sagen können, wir haben es hier mit einem Problemfall zu tun, und wir müssen uns dem individuell nähern.

Das kann man auch im Vergleich sehen, wie wir mit dem Gender-Mainstreaming vorangeschritten sind. Da haben wir gesellschaftlich auch lange Aushandlungsprozesse gehabt, dass wir dahin kommen, dass Sexismus ein strukturelles Problem ist und nicht beantwortet werden kann, indem man sagt: Das ist ein Chauvi, und das ist ein Macho –, und das war es. Wir wissen ganz genau, dass die Gleichstellungsinstrumente notwendig waren, damit wir heute da sind, wo wir sind, und eben nicht mehr in der alten Bundesrepublik der Sechziger- und Siebzigerjahre, wo Frauen noch Genehmigungen ihrer Ehemänner einfordern mussten.

Vielleicht auch noch ein Wort zu Ihren Darstellungen, Herr Professor Hansen, aus den USA: Das zeigt eigentlich, was kritisches Weißsein wirklich ist. Hier möchte ich Toni Morrison zitieren, und Sie können auch Peggy McIntosh und andere Theoretikerinnen und Theoretiker dazu konsultieren. In der Grunddefinition von kritischem Weißsein geht es überhaupt nicht um die Hautfarbe und überhaupt nicht darum, dass jetzt weiße Menschen in irgendeiner Form benachteiligt wären. Es geht darum, dass wir eine Struktur haben, die als ein unmarkierter Markierer funktioniert. Das finden Sie in den meisten Literaturen und Ansprachen so, das finden Sie auch in den deutschen öffentlichen Diskursen so. Wir erleben immer nur dann eine Markierung, wenn es eine Person ist, die rassifiziert wird, die verändert wird. Sie zitieren ausgerechnet ein Beispiel von einem Schwarzen Studenten, aber die 500 anderen Studenten oder Kollegen, die Sie auch nicht gut verstanden haben, zitieren Sie hier nicht, und Sie haben 500 Studenten oder Kolleginnen und Kollegen nicht gut verstanden. Ich habe selbst die Erfahrung gemacht, ich habe in den USA unterrichtet und ganz viele Leute dort nicht richtig verstanden, aber mehrheitlich weiße Studierende oder weiße Kolleginnen und Kollegen aus den Südstaaten. Allerdings ist dann auch die Frage, und das ist, was uns Intersektionalität mit anbietet, wo wir hier wirklich Privilegien haben. Als jemand aus dem Westen, aus Deutschland, durchaus mit Sprachbarrieren, werde ich ganz anders behandelt als zum Beispiel jemand aus dem globalen Süden. Der Unterschied zwischen uns beiden wäre dann wahrscheinlich auch noch evident.

Zwei Punkte will ich noch machen. Ich weiß, die Zeit rennt, aber das mit Kant kann ich als eine alte Kant-Forscherin doch nicht einfach stehen lassen. Ich denke, dass wir im 21. Jahrhundert die Kritik der reinen Vernunft sehr wohl kritisch betrachten können, und wir brauchen dazu das Gesamtwerk von Kant, unter anderem seine Schriften, nämlich zur Menschheitsgeschichte – die werden Sie natürlich kennen, wenn Sie die Kritik der reinen Vernunft unterrichten –, der mutmaßliche Anfang der Menschheitsgeschichte und die Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. Kant stellt darin dar und fundiert darin den Universalismus, und der Universalismus von Kant schließt Differenzkategorien ein, die er vorher gemacht hat. Das heißt, auf der Basis müssen wir dann auch verstehen, dass die Vernunft nicht ganz so rein ist. Das nimmt dem großen Wissen trotzdem nichts weg.

Ein letzter Punkt, Herr Lenz, Aushandlungsprozesse: Natürlich müssen wir diese Räume schaffen. Das machen wir in der politischen Bildung die ganze Zeit, auf alle Fälle. Sie erfordern aber vor allem eins: Teilhabe und dass Menschen sich in ihrer Lebensrealität gesehen fühlen. Deswegen kommen die Menschen zu uns und bieten sich mit ihrer Lebensrealität an. Diese Lebensrealität kann halt differieren. Als eine plurale Gesellschaft können wir das aushalten. Wir können die Diversität in unserer Gesellschaft aushalten, damit wir sehen: Du bist

von diesem phänomenspezifischen Rassismus betroffen, und du bist von diesem phänomenspezifischen Rassismus betroffen. – Das heißt nicht, dass die Menschen miteinander in eine Konkurrenz gehen müssen. Das ist es ja: Eine Anerkennung der Wirkmächtigkeit von Differenzen ist so etwas wie Liebe teilen – das wird mehr –, und nicht so etwas wie ein Buffet, das weniger wird, wenn wir uns alle auf den Kuchen stürzen. Ich hoffe, dass wir uns auf so etwas verständigen können. – Danke schön!

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, vielen Dank, Frau Piesche, für Ihre Ausführungen! – Frau Eralp, wer spricht bei Ihnen?

Elif Eralp (LINKE): Wir alle drei.

Vorsitzender Raed Saleh: Okay, in der Reihenfolge, sehr gern!

Hajdi Barz: Ich möchte gern auch noch mal auf Herrn Lenz reagieren. Sie haben mein persönliches Anliegen benannt und gesagt, ich müsste aus meiner Blase heraus. Erstmal fände ich es schön, wenn wir solche persönlichen Angriffe lassen würden. Was wissen Sie über meine Blase? Und so weiter und so fort. – Rassismus ist auch nicht nur mein persönliches Anliegen. Es sollte unser aller Anliegen hier sein, etwas dagegen zu tun und Antidiskriminierungsarbeit zu leisten. Sie haben mich auch darum gebeten, Sie mitzunehmen. Ich will Ihnen noch mal deutlich machen, was das bedeutet. Dass ich hierherkomme, ist eine viel größere Herausforderung für mich, als es für Sie ist. Das ist nicht nur, weil ich Ressourcen brauche, die ich teilweise gar nicht habe, also zum Beispiel eine ganze Community an Menschen, die inhaltlich zuarbeiten, damit wir erklären können, was eigentlich Rassismus ist.

Ich komme auch, und das hatten Sie auch schon angesprochen – Das Leben meiner Großeltern wurde von Kollaborateuren dieses Landes, von diesem Land bedroht. Das heißt, ich komme hier rein mit einer Angst, die wir als Romnja, Roma, Sintizze und Sinti lernen, eine Angst vor Behörden, Institutionen und Parteien, und auch mit Erfahrung von rassistischer Diskriminierung durch Aussagen, die auch Mitglieder der CDU durchgehend gemacht haben. Mit diesem Wissen komme ich hierher und agiere trotzdem wissenschaftlich. Das sind all die Hindernisse, die hier sind.

Auf Ihrer Seite, das weiß ich aus rassismuskritischen Fortbildungen, bei denen ich auch solche Situationen habe, gibt es die schöne Theorie von Grada Kilomba, die sagt, wenn eine Person sich mit ihrem eigenen Rassismus auseinandersetzt, gibt es fünf Phasen der Psychologie, und ich glaube, die gibt es auch politisch: Abwehr, Schuld, Scham, Anerkennung. In der Abwehr haben wir die Leugnung, die Bagatellisierung oder auch die Ignoranz, zum Beispiel davon, dass es Rassismus gibt: Ja, war doch nicht so gemeint. – Oder: Gibt es doch gar nicht. – Das Problem an der Schuld ist, dass sie immer noch so sehr auf sich bezogen ist: Ich bin schuldig. – Und: Was hab ich gemacht? – Und: Ich will doch nicht so sein. – Dabei geht es noch immer nicht um die Opfer des Rassismus. Bei der Scham geht es schon ein bisschen mehr um sich selbst. Man kommt sozusagen zu sich und achtet darauf: Okay, was habe ich eigentlich gemacht? –, und man ist vielleicht viel zu traurig darüber, dass man jetzt doch rassistisch ist, denn niemand will ja rassistisch sein. Das ist das Gegenteil von dem positiven Selbstbild, das wir von uns haben. Im letzten Schritt der Anerkennung und der Reparation können wir eigentlich erst aufeinander zugehen. Das ist die Herausforderung, die wir meines Erachtens hier gerade im Politischen erleben, also in dem Moment, in dem ich sehe: Ah ja, da gibt es eine Verletzung, da gibt es eine Gewalt, und ich kann etwas dagegen tun, oder ich habe etwas getan und muss mich entschuldigen –, geht es politisch eigentlich erst los.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Frau Helm!

Anne Helm (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich erst mal bei der gesamten Runde für die Diskussion bedanken, aber vor allem bei den Anzuhörenden. Ich habe eine persönliche Bitte. Mich als Nichtakademikerin haben Teile der Diskussion ein bisschen verlassen. Vielleicht können wir versuchen, nicht gegen Strohmänner anzukämpfen. Ich glaube, wir könnten klären, dass niemand in diesem Saal der Auffassung ist, dass Obama durch seine privilegierte Position weiß wäre oder weiß gelesen würde. Ich hoffe, das könnten wir ausräumen. Ich würde aber uns selbst auch dazu auffordern, dass wir uns vor allem mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen und Rassismen beschäftigen, die für die Berliner Stadtgesellschaft relevant und hier verankert sind, weil wir für sie die Verantwortung tragen.

Darüber haben wir heute Vormittag schon ganz viel gesprochen. Ich fand es auch sehr eindrücklich, was Frau Barz gerade aus ihrer persönlichen Erfahrung und über ihre Hintergründe geschildert hat. Wir haben über den Völkermord an den Sinti und Roma gesprochen. Wir haben über die Völkermorde in den deutschen Kolonien gesprochen. Es gibt aber auch Phänomenbereiche, über die wir heute noch nicht gesprochen haben, wie den antislawischen Rassismus, der auch in Deutschland eine jahrhundertelange Tradition hat und tief verankert ist und dessen Bearbeitung nach meinem Empfinden auch noch großen Nachholbedarf hat.

Wir sitzen hier als gesellschaftliche Repräsentantinnen und Repräsentanten, und als solche müssen wir uns teilweise stellvertretend Probleme anhören, gesellschaftliche Problemschilder-

rungen ertragen und uns ihrer stellvertretend annehmen. Auch das ist wahrscheinlich kein individueller Vorwurf. So müssen wir es ertragen, uns kritische Worte von Betroffenen von Antisemitismus anzuhören und die Lücken, die wir im Umgang damit haben, annehmen. Genauso müssen wir den Vorwurf eines strukturellen Rassismus und die Beschreibungen annehmen, die wir heute gehört haben, gerade in der letzten Runde, dass wir offensichtlich ein flächendeckendes Problem mit Rassismuserfahrungen im Kontakt mit den Berliner Behörden haben. Das in dieser Form zu hören, finde ich sehr schwer erträglich, zumal ich nicht davon ausgehe, dass in den Berliner Behörden nur Rassistinnen und Rassisten arbeiten. Hier scheint es aber eine Lücke zu geben, denn natürlich will ich diesen evidenzbasierten Schilderungen trotzdem Glauben schenken. Es ist unsere Aufgabe, diesen Missstand abzuschalten, ohne dass wir das in den Vorwurf verdrehen, dass jede Person, die hier sitzt, Rassistin oder Rassist ist. Diesen Missstand müssen wir abbauen. Deswegen haben wir es erst mal zu ertragen, diese Schilderungen für uns anzunehmen, uns als offensichtlichen Teil des Problems und als Repräsentantinnen und Repräsentanten dieser Stadtgesellschaft zu begreifen und unsere Aufgabe wahrzunehmen, diesen Missstand abzustellen. Dafür haben wir jetzt schon eine Menge Handlungsempfehlungen bekommen, aber vor allem auch Schilderungen der Problemlage. Ich freue mich darauf, auch die nächsten Schritte zu gehen, in der Problemanalyse dann auch weiterzukommen mit den Handlungsempfehlungen, und dass das auch zu unserer gemeinsamen Aufgabe wird. – Vielen Dank dafür!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Helm! – Frau Eralp, noch anderthalb Minuten!

Elif Eralp (LINKE): Ja, vielen Dank! – Weil ich hier namentlich angesprochen wurde: Frau Senge, ich habe es nicht falsch wiedergegeben. Es ging um strukturellen Rassismus, und mit Reinrufen habe ich auch nicht Sie gemeint, sondern Ihre männlichen Kollegen, unter anderem Herr Haustein, der zum Ausdruck brachte, dass es keinen strukturellen Rassismus gibt. Herr Professor Hansen hat genau diese Aussage getätigt, und dabei hat Herr Haustein genickt; das zur Klarstellung. Genau das sagte Herr Stettner am 21. März 2024, dem Internationalen Tag gegen Rassismus, an dem wir Linke einen antirassistischen Antrag im Plenum eingebracht haben. Dazu zitiere ich Herrn Stettner wörtlich:

„Ich habe ... geprüft, ob wir ein strukturelles, institutionelles Problem mit Rassismus in Berlin haben. ... Meine Erkenntnis ist ...: Nein, wir haben keinen strukturellen, institutionellen Rassismus in Berlin.“

Punkt. – Ich habe hier also nichts falsch wiedergegeben. Das können Sie im Protokoll nachlesen. Das ist auch der Kern des Problems, denn Sie sind diejenigen, die sich nicht darauf committen, dass es strukturellen und institutionellen Rassismus gibt, während der Rest das sieht und versucht, das immer wieder durch Studien und so weiter, die wir hier vortragen, darzustellen. Das ist hier ein massives Problem, und wir müssen darüber reden, ob wir es noch irgendwie schaffen, da zueinander zu finden, denn wenn man dieses Problem nicht anerkennt, kann man auch nicht mit den ganzen Maßnahmen d'accord gehen, die vorgeschlagen werden, die auf dieses Problem reagieren wollen. Dafür muss man erst mal dieses Problem anerkennen. Da, denke ich, müssten wir weiterreden, und ansonsten können wir auch gern die Protokolle durchsehen, ob ich oder die CDU hier öfter reingerufen haben. Ich glaube, da ziehen Sie den Kürzeren, aber es ist auch bezeichnend, dass Sie bei Kritik sofort wieder auf andere zeigen müssen.

Eine positive Sache habe ich aber gehört: Auf die Frage der Quote oder der Affirmative Actions, also der positiven Maßnahmen, haben Sie gesagt, man muss darüber reden, auch wo es Beförderungen braucht und wo wir das machen können. Dann lassen Sie uns gern noch mal darüber reden, denn dafür haben wir heute keine Zeit mehr. Das wäre mir auf jeden Fall ein wichtiges Anliegen, dass wir beispielsweise über Quoten reden, die wir ja auch im Partizipationsgesetz vorgeschlagen haben.

Antislawischer Rassismus ist ansonsten ein wichtiger Punkt. Dazu hatte ich auch mal eine Anfrage an den Senat gestellt. Es gab ziemlich wenig an Antworten. Dazu sollten wir uns beispielsweise mit Professor Lewicki auseinandersetzen. Darüber gibt es auch viel zu lernen. Ich hoffe, dass wir diese Themen in den nächsten Sitzungen noch weiter bearbeiten und dass wir doch noch irgendwie weiterkommen.

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Eralp! – Wir haben jetzt, wie besprochen, noch mal einen Austausch zwischengeschaltet, was ich wirklich gut fand, noch mal die Argumente auszutauschen und Sichtweisen miteinander zu diskutieren, auch zu dem Begriff oder Begrifflichkeiten. Mit Blick auf die Uhr – wir haben noch ein bisschen Zeit – würde ich jetzt, wenn das für das gesamte Gremium okay ist, denn es ist mir immer wichtig, dass wir einen Konsens erzielen, noch mal den drei Experten, den Anzuhörenden, das Wort geben, jeweils fünf Minuten, und wir können dann, glaube ich, zum Schluss kommen.

Vorhin gab es einen Beitrag von Bettina Jarasch, wie wir zukünftig weiter verfahren, auch in der Diskussion von Grundsätzlichem. Dafür haben wir eine Sprecherinnen- und Sprecherrunde, in der wir das diskutieren können. Ich biete an, dass die Sprecherinnen und Sprecher im Anschluss für fünf Minuten zusammenkommen, wenn es gewünscht ist. Ansonsten können wir es auch in der regulären Sprecherinnen- und Sprecherrunde diskutieren. Kein Vorschlag soll hier untergehen. Genauso hatte vorhin Herr Stettner vorgeschlagen, nicht mehr zwei Personen in den zehn Minuten zu haben, wie bisher verabredet, sondern das zu öffnen. Bisher war das tatsächlich die Verabredung: bis zu zwei Personen in zehn Minuten. Auch darüber kann man aber gern noch mal in der Sprecherinnen- und Sprecherrunde diskutieren. Die beiden Punkte, Frau Jarasch, würde ich gern für die reguläre Runde mitnehmen – ist das okay für Sie? –, damit sie nicht untergehen und wir sie miteinander als Strukturfragen diskutieren. Ansonsten bin ich gern im Anschluss bereit, aber ich glaube, die reguläre Runde reicht vom Ablaufplan her aus, damit nichts untergeht. – Vielen Dank!

Dann würde ich den Anzuhörenden jetzt die Möglichkeit zur Beantwortung geben. Wer fängt an? – Frau Balog!

Violeta Balog (Amoro Foro e. V.): Vielen Dank! – Eigentlich habe ich nichts mehr hinzuzufügen, außer dass ich gern meine Irritation zum Ausdruck bringen möchte. Ich habe heute den Eindruck gehabt, dass es hier nicht wirklich um die konkreten Maßnahmen ging, was ich sehr schade finde. Ich habe nicht erwartet, dass es hier um Grundsatzdebatten zu Rassismustheorien gehen würde. Da sehe ich mich persönlich hier, ehrlich gesagt, fehl am Platz. Ich würde mich Frau Jarasch und auch den anderen Vorrednern anschließen, dass es hier in der Kommission erst mal einen internen Austausch zu gemeinsamen Grundlagen braucht, bevor es in die konkreten Maßnahmen geht. Ich finde, das ist wirklich als Erstes notwendig, damit die Maßnahmen gegen Antiziganismus und andere Rassismusformen adäquat angegangen werden, sonst kommt man nicht weiter. Das ist alles an dieser Stelle. – Danke!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank, Frau Balog! – Herr Leucht, machen Sie weiter?

Christoph Leucht (Hildegard Lagrenne Stiftung): Ich glaube, ein Zeichen dafür, dass wir uns hier alle im Boot halten, ist, dass keiner von uns schreiend rausrennt. Das wäre das Signal von: Ich habe keine Lust mehr zu diskutieren. – Es sitzen noch alle da und hören zu, daher würde ich Frau Jarasch zustimmen, Sie sind hier wirklich an einem wichtigen Punkt angelangt.

Am Anfang ist von Herrn Stettner, glaube ich, die Frage gestellt worden: Berlin gibt ungefähr 1 Million Euro für den Kampf gegen Antiziganismus aus, reicht das oder brauchen wir noch mehr Geld? – Das war eine ziemlich konkrete Frage. Die haben wir in dem ganzen Durcheinander jetzt noch gar nicht beantwortet. Wir haben nur wenig Monitoring in Berlin, wir haben wenig über die Schulleistungen und so weiter, aber wir haben die Meldungen von Amoro Foro, und da sehen wir eigentlich nach wie vor einen Bedarf. Das ist jetzt auch gar nicht so besonders oder special, das macht beispielsweise das Arbeitsministerium mit seinem Beratungsprogramm für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der EU, die vor allem in prekären Sektoren beschäftigt sind, strukturell. Da gibt es zwei Einzelziele, einmal EU-Zugewanderte und einmal von Wohnungslosigkeit Betroffene, die unterstützt werden, und es gibt ein drittes Einzelziel, das sich genau darauf bezieht, was gesagt wurde, nämlich mit der Analyse davon, dass Personen, die rassifiziert werden, sehr häufig von Diskriminierung in der Verwaltung betroffen sind. Deswegen gibt es ein drittes Einzelziel. Die Projekte, die das umsetzen, sollen neben den Beratungstätigkeiten auch mit den Jobcentern und Kommunen zusammenarbeiten und Fortbildungen machen, weil das ein Exklusionsrisiko ist. Diskriminierung und Rassismus sind ein Exklusionsrisiko. Man kann das beheben, man kann dazu gute Fortbildungen machen, Leute können sich da weiterentwickeln.

Wir haben ja alle eine positive Perspektive: Natürlich wollen wir viel mehr Angehörige der Minderheit, die auch in den Schulen gute Ergebnisse haben. Wir wollen Lehrkräfte, die vielleicht mit Kommunikationsschwierigkeiten, die sie jetzt verzweifeln lassen, besser umgehen können. Wir wollen mehr junge Menschen in Berlin, die gut gebildet sind, für den Ausbildungsbereich und Arbeitsmarkt. Das ist die eine Seite, aber letztendlich wollen wir uns auch einer Debatte stellen, denn was wir hier machen, ist nicht nur zu optimieren und am Ende das Rentensystem im Blick zu behalten, sondern es geht auch darum, ein Gleichwertigkeitsversprechen einzulösen und zu sagen: Wir sind eigentlich mit einem Vertrag hier, der sagt, dass alle Menschen das Recht auf Gleichbehandlung haben. Wenn dann ein Teil in der Gesellschaft sagt: Nein, das empfinde ich aber ganz anders, ich fühle mich überhaupt nicht gleichberechtigt, ich werde die ganze Zeit runtergemacht –, dann ist es doch super, wenn wir sagen: Ja, dann lasst uns doch darüber reden und was wir dagegen machen können.

Es gibt Bereiche, in denen wir damit schon sehr weit sind. Heute würde doch keiner mehr die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn es um die Notwendigkeit des Einbaus einer Rampe geht, weil manche Menschen eben mit einem Rollstuhl durch die Gegend fahren. Da würde doch jeder sagen: Ja, klar, sonst können sie halt nicht die Treppe hochkommen, deshalb müssen wir eine Rampe einbauen. – Rassismus ist doch sozusagen auch eine Benachteiligung oder eine Behinderung, die zum Teil intergenerationell wirkt. Wenn wir uns darüber verstündigen, was das ist, woran genau das liegt und wie man das überwinden kann, sind wir doch in dieser Richtung auf jeden Fall auf einem guten Weg. – Vielen Dank!

Vorsitzender Raed Saleh: Herr Leucht, vielen Dank für Ihren Beitrag! – Dann Herr Klein, bitte!

Jeff Kwasi Klein (GBG): Vielen Dank! – Ich war auch überrascht, dass wir über Grundprinzipien von Rassismus sprechen. Allerdings bin ich nicht überrascht über die jeweilige Haltung, die damit einhergeht, weil das Haltungen sind, die weitverbreitet sind und die auch dazu führen, dass es keine Akzeptanz für gewisse Maßnahmen oder für das Verständnis von strukturellem Rassismus gibt. Daher finde ich gut, dass wir über die Grundlagen sprechen und auch die Möglichkeit bekommen, Aussagen zu widerlegen.

Es geht einmal darum, dass wir über Rassismus sprechen, aber auch, wie wir über Rassismus sprechen. Da wende ich mich jetzt zuerst an Frau Jarasch. Ich kann verstehen, dass man, wenn man rassistische Vorhaben, Dinge, die passiert sind, wiedergeben will, die Wörter benutzt, um dem Ganzen noch mal mehr Punch zu geben und damit zu versuchen zu erklären: Guck mal, wie schlimm das ist! – Aber: Wenn wir über Rassismus reden wollen, auch in der Tiefe, dann dürfen wir nicht Rassismen reproduzieren. Wir können auch darüber reden, ohne zum Beispiel das Z-Wort auszusprechen. Das gilt natürlich nicht nur für Sie, sondern generell für den Umgang oder für die Diskussion über Rassismus. Lassen Sie uns versuchen, nicht Rassismen zu reproduzieren, während wir über Rassismus reden!

Ich muss leider doch wieder zurück zu Kant, Herr Hansen:

„Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“,

also basierend auf der Vernunft des Menschen, aber wer galt für Kant als vernunftbegabt? – Das waren de facto nur weiße Männer. Wie kann man ein universelles Gesetz aufstellen, wenn man es gleichzeitig überhaupt gar nicht universell meint und praktischerweise ganze Gruppen, wie Schwarze Menschen, indigene Menschen und Frauen, als nicht vernunftbegabt und auch nicht als vollwertige Menschen sieht? Dadurch geht diese Universalität komplett flöten. Diese Universalität wurde dann auch kodifiziert, zum Beispiel in der Verfassung, die im Geiste der Aufklärung entstanden ist, beeinflusst durch Kant, Montesquieu, Code Civil und so weiter. Ein wichtiger Satz in der US-Verfassung ist

„We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal.“

Es ist selbstevident, dass alle Menschen gleich geschaffen worden sind. Aber auch da wurde ausgespart und gesagt, nicht die ganze Menschheit, sondern es gibt nur bestimmte Gruppen, die Menschen sind, und das sind wieder weiße Männer; na gut, in dem Fall auch Frauen, aber sie hatten trotzdem nicht die gleichen Rechte. Schwarzen Menschen, Indigenen wurde das Menschsein abgesprochen. Daher können wir in diesen Konzeptionen nicht cherrypicken, sondern sie hängen miteinander zusammen.

Ich muss auch noch mal zu Obama und Harris zurückgehen. Wir haben jetzt schon geklärt, dass Obama und Harris nicht als weiß gelesen werden. Vielleicht gab es da ein Missverständnis, aber es ist wichtig, weil es stellvertretend für eine Debatte und grundsätzliche Einstellung ist, wie ich eingangs gesagt habe. Ich würde dazu noch mal die Auseinandersetzung mit Inter-

sektionalität empfehlen, denn ja, auch Schwarze Menschen können Privilegien haben. Das Beispiel von Obama zeigt, dass der vermeintlich mächtigste Mann im vermeintlich mächtigsten politischen Amt trotzdem massivem Rassismus ausgesetzt war. Ich erinnere an die Blockadekampagne von Mitch McConnell, dem damaligen Senatsmehrheitsführer, der das ausgesprochen und damit Obamas Agenda komplett blockiert hat. Ich erinnere an die Birther-Kampagne von Donald Trump, die auch in der Zeit passiert ist und rassistisch ist. Der Unterschied ist hier aber: Obama erlebte Rassismus auf individueller Ebene – Anfeindungen, Delegitimierung, auch aus der Bevölkerung – und hatte bestimmt durch sein Amt auch Probleme, seine Agenda umzusetzen, was ein normaler Vorgang ist, womit er aber nicht unbedingt Probleme hatte, war der Zugang zu gesellschaftlichen Gütern, wie eben dem Wohnungsmarkt und dem Arbeitsmarkt und so weiter.

Damit komme ich zu der Frage: Können weiße Menschen Rassismus erfahren? – Ich weiß, dass das für Irritation sorgt, weil es vielleicht bei Ihnen so ankommt, dass damit gesagt wird, dass weiße Menschen keine Benachteiligung, keine Diskriminierung und so weiter erfahren können. Wir reden hier aber spezifisch über eine Form von Diskriminierung, die Rassismus ist. Rassismus ist eben nicht nur das Vorurteil, sondern es ist Vorurteil plus Macht. Rassismus ist ein System, das spezifisch geschaffen wurde, um weiße Menschen zu bevorzugen, wie wir bei Kant gesehen haben, mit den Hierarchisierungen zum Beispiel. Es geht im Kern darum, den Zugang zu Ressourcen zu ordnen, wie ich am Anfang gesagt habe, und auch den Raub dieser Ressourcen zu rechtfertigen. Das war der Grund, warum es diese Hierarchisierungen gab, auch durch Kant und andere Denkerinnen und Denker: Um zu rechtfertigen, dass es sowieso schon einen Land- und Ressourcenraub gab. Dieser musste im Nachhinein durch diese universellen Ansprüche gerechtfertigt werden. Das heißt, ich erkenne offensichtlich Widersprüche. – Das war, glaube ich, eher in Ihre Richtung, Herr Lenz. Sie haben anerkannt, dass es unterschiedliche Behandlungen und Strukturen gibt, und natürlich gibt es Unterschiede. Wir sind schon irgendwie etwas weitergekommen. Andererseits sagen Sie dann aber auch, dass rückwirkende und ausgleichende Maßnahmen, um genau diese historisch gewachsenen Benachteiligungen anzugehen und auszugleichen, auf keine Akzeptanz stoßen. Ich sage aber andersherum: Warum sollte es für uns – für mich und für Leute, die von Rassismus und Benachteiligung betroffen sind – in irgendeiner Weise akzeptabel sein, dass wir aufgrund von rassistischen Wissensbeständen benachteiligt werden? Wenn wir über Toleranz und Akzeptanz sprechen, dann gelten sie für alle. Das heißt, lassen Sie uns versuchen zu schauen, wie wir ausgleichende Maßnahmen haben können, damit wir uns überhaupt auf einem Level bewegen können und individuelle Unterschiede ausmachen, wie erfolgreich wir tatsächlich sind, aber eben nicht diese strukturellen Benachteiligungen!

Vorsitzender Raed Saleh: Vielen Dank! – Vielen Dank, Herr Klein, Herr Leucht und Frau Balog, für die Zeit und die wirklich tolle Diskussion, die wir mit Ihnen hatten! An dieser Stelle im Namen der gesamten Kommission, glaube ich, ein ganz großes Dankeschön dafür, dass Sie heute da waren und uns so sehr bereichert haben! Vielen Dank dafür!

Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung zu Punkt 2. Ich halte Folgendes fest: Gegebenenfalls wird um schriftliche Stellungnahmen der Anzuhörenden gebeten, wo Fragen vielleicht noch nicht beantwortet worden sind. Gegebenenfalls werden Berichtsaufträge an den Senat festgehalten. Wir hatten verabredet, dass die Fragen an den Senat, weil wir heute die Diskussionsrunde haben wollten, bitte schriftlich nachgereicht werden. Es gab die Diskussion in Richtung Senat, wie viel der Exekutive jetzt zumutbar ist, wir haben das vorhin im Vorgespräch der

Sprecherinnen und Sprecher diskutiert: Diese Kommission hat jetzt gerade natürlich Priorität. Deswegen wäre nach wie vor meine Bitte – die Haushaltsberatungen sind seitens der Exekutive jetzt beendet –, den Fokus hier auf diese Kommission zu legen, auch was die Beschleunigung der Abfragen betrifft. Die Kommission kommt ja nicht alle Tage zusammen. – Die zwei Punkte von Frau Jarasch und Frau Senge habe ich festgehalten. Das machen wir im nächsten Vorgespräch.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.